PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, 9. November 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

11. November 1976 Jg. 4 Nr. 45 50 Pfg.

Stellungnahme der ZANU gegenüber KVZ:

„Der Feind hat uns nicht spalten können"

„Wir kontrollieren eine ganze Reihe Gebiete im Land, den ganzen Südwesten, den Osten, Nordosten Zimbabwes. Schritt für Schritt dringen wir weiter vor. Es wird nicht lange dauern, bis wir auch in die städtischen Gebiete vordringen." Dies erklärt Rugare N. Gumbo, Sekretär der ZANU für Information und Öffentlichkeitsarbeit in Genf, in einer Stellungnahme für die KVZ.

„Wir haben auf der Konferenz keine großen Fortschritte gemacht, insofern das Smith-Regime unnachgiebig geblieben ist. Auf der anderen Seite sind wir der Auffassung, daß die afrikanische Delegation hier zumindest einen Fortschritt gemacht hat, insofern wir dem Smith-Regime eine vereinte Front entgegengestellt haben. Unsere Forderung nach einem festen Termin für die Unabhängigkeit wurde allgemein angenommen. Das ist sehr wichtig. Unser Standpunkt ist, daß ein genauer Termin durch die Konferenz festgelegt werden muß, bevor zu irgendetwas anderem übergegangen werden kann. Dieser Termin muß innerhalb der nächsten zwölf Monate liegen. Wir haben selbst den 1.9.1977 als Tag, an dem Zimbabwe für unabhängig erklärt werden muß, vorgeschlagen. Wir sind bereit, eine Verschiebung innerhalb einer Spanne von drei Monaten zu akzeptieren, also zwischen September und Dezember 1977, aber ganz sicher akzeptieren wir keinen Termin, der über die zwölf Monate hinausgeht.

Wenn der Termin festgelegt ist, treten wir in die zweite Phase der Verhandlungen ein, die Bildung einer Übergangsregierung. Die Bildung einer Übergangsregierung bedeutet, daß wir die Mittel und Wege festlegen, um die wirkliche Macht auszuüben. Dies bedeutet, daß die Afrikaner, die diese Übergangsregierung kontrollieren, wirksame Machtinstrumente wie die militärische Kontrolle, die der Gerichtsbarkeit, der wirtschaftlichen und der politischen Kontrolle haben müssen, so daß das Rassistenregime die Lage nicht zum eigenen Vorteil ausnutzen kann. (...)

Die Auffassung der ZANU ist, daß die grundlegende Form des Kampfes der bewaffnete Kampf ist. Als revolutionäre Bewegung können wir andere Formen des Kampfes wie friedliche Methoden nicht ausschließen, aber diese sind untergeordnet. Wir halten die Front in Genf für eine wichtige Kampffront insofern, als wir die Imperialisten und ihre Lakaien am Konferenztisch durch unsere Forderungen, die gerecht und wahr sind, auch hier besiegen wollen. Gleichzeitig betrachten wir aber das Schlachtfeld als wichtigste Front. Der bewaffnete Kampf geht deshalb weiter, während wir hier verhandeln.

Würden wir nicht hierherkommen, würden wir verurteilt, international kritisiert. Es hieße, diese Leute sind kriegslüstern, die ZANU will keine Verhandlungen, diese Leute sind wild. Ihr habt sicher davon gehört. Wir wollen versuchen, die Unterstützung der internationalen Völkergemeinschaft zu erhalten, indem wir verschiedenes Nützliches dafür tun. Aber der bewaffnete Kampf ist unsere Hauptkampfform. Wir setzen den bewaffneten Kampf fort und intensivieren ihn tatsächlich, während wir hier verhandeln.

Die ZANLA-Streitkräfte sind weit ins Land, nach Zimbabwe vorgedrungen. Der Überfall von Ian Smith, die Aggression auf Mozambique, verfolgt die Absicht, uns zu einer unbesonnenen Reaktion zu veranlassen. Wir sollten wegen der Invasion die Gespräche abbrechen. Aber wir konnten durchsetzen, daß keiner von uns sich durch die provokative Aktion des Feindes in die Ecke drängen läßt. Entscheidend ist, daß der bewaffnete Kampf in Zimbabwe sich jeden Tag stärker entwickelt. Zimbabwer kommen aus dem Land, um militärisch ausgebildet zu werden, und mehr und mehr kehren ins Land zurück. Wir kontrollieren eine ganze Reihe Gebiete im Land, den ganzen Südwesten, den Osten, Nordosten Zimbabwes. Schritt für Schritt dringen wir weiter vor. Es wird nicht lange dauern, bis wir auch in die städtischen Gebiete vordringen. Die Lage im (Fortsetzung Seite 2)



7 000 Schüler demonstrierten in Kassel gegen die Schulverhältnisse. Über diese Streikbewegung der Kasseler Schüler wird auf S. 8 ausführlich berichtet.

Schüler wird auf S. 8 ausführlich berichtet.

halterpläne

Bewegung für Festgeldforderungen in der Metallindustrie

Anfang dieser Woche haben bei Opel Rüsselsheim und auf dem Bremer Vulkan die Vertrauensleutevollversammlungen über die Forderungen für den Tarifkampf in der Metallindustrie beschlossen. Bei Opel Rüsselsheim haben die Vertrauensleute bei Anwesenheit von 560 der 800 Vertrauensleute mit zwei Dritteln für eine Forderung von 6 Prozent und 120 DM gestimmt.

Eine starke Minderheit stimmte für eine Festgeldforderung. In der Debatte hatten mehrere Vertrauensleute 1 DM gefordert. Auf dem Vulkan haben die Vertrauensleute eine Forderung von 210 DM für alle verabschiedet. Vorausgegangen war der Verabschiedung dieser Forderung eine Umfrage unter den Vulkan-Arbeitern über Art und Höhe der Forderung. 1 443 Arbeiter der 6 000 Mann starken Belegschaft hatten ihre Fragebögen zurückgegeben. Die Sozialdemokraten hatten durch diese Fragebögen Beschlußfassungen auf Branchenversammlungen umgehen wollen. Die Bewegung für eine Festgeldforderung konnten sie damit nicht aus der Welt schaffen. Auf den Fragebögen sprachen sich 1 018 Arbeiter für eine Festgeldforderung aus, durchschnittlich für rund 170 DM. 198 sprachen sich für eine Prozentforderung mit einem Mindestbetrag aus.

145 für Sockel und Prozent und nur 72 für eine reine Prozentforderung. Gerade die Arbeiter aus den kampfstärksten Branchen, der Schweißerei, den Schiffsbauerhelgen, der Bordmontage, der Schlosserei und der Dreherei hatten sich nahezu vollständig für eine Festgeldforderung ausgesprochen.

In dieser überwältigenden Mehrheit für die Festgeldforderung zeigt sich die starke Bewegung unter den Metallarbeitern für einen entschiedenen Lohnkampf gegen die Kapitalisten. Der Streik, der dazu notwendig ist, kann am besten mit einer Forderung in Mark und Pfennig geführt werden. Diese starke Bewegung zeigt sich in der Umfrage zersplittert, und so bleibt für Manöver der Klassenversöhnler, die alles tun, um den Kampf zu unterlaufen und die Einheit zu spalten, immer noch Raum. Zunächst wollten einige auf der Vertrauensleutesitzung auf eine Forderung in Prozent mit Sockel raus. Damit war kein Durchkommen. Mehrere Vertrauensleute traten für eine Forderung von 1 DM ein. Da schlug ein Sozialdemokrat vor, 210 DM zu fordern. Das ist dann rasch verabschiedet worden, weil sich auch der Vertrauenskörpervorsitzende dafür aussprach. Der Sozialdemokrat, der die Forderung einbrachte, ist bekannt dafür, daß er den Kampf der Arbeiter bisher noch nie geführt, sondern oft zu unterdrücken versucht hat. Was steckt also dahinter, wenn er die hohe Forderung einbrachte, die weit über dem liegt, was die Arbeiter durchschnittlich gefordert hatten? Sicher steckt ein Manöver dahinter, um in der Tarifkommission von der Forderung wieder herunterzukommen, weil sie verglichen mit den Forderungen aus anderen Betrieben zu hoch sei. Mit der Höhe der Forderung soll dann auch die Forderungsart vom Tisch. Das ist wohl die Rechnung.

Die Bewegung für Festgeldforderungen ist zu stark, um sie frontal anzugehen. Also soll sie betrogen werden. Das wird sie nicht zulassen, denn in der Forderung nach Festgeld steckt die Entschlossenheit zum Streik, und die brauchen die Metallarbeiter in diesem Tarifkampf. Manöver von seiten der Sozialdemokraten können sie dagegen nicht brauchen. Auch die Umfrage in Schleswig-Holstein über die Forderungsart war ein solches Manöver. Auch sie sollte Beschlußfassungen unterlaufen. Sie hat eine große Mehrheit für Festgeldforderungen gebracht. Laut Arno Weinkauf von der Verwaltungsstelle Bremen 55 Prozent. Auf einer Betriebsversammlung bei Hornkuhl und Wolf hat er sogar selber eine Festgeldforderung vertreten. Aber nur um eine Beschlußfassung über die 173 DM zu verhindern.

Die Metallkapitalisten sagen ganz klar, was sie wollen. Schleyer hat am Dienstag gesagt, der „Rahmen" sei 1977 „noch enger" als dieses Jahr. Der Bayrische Metallkapitalistensprecher Walter Mohr von Siemens, Vorstandsmitglied von Gesamtmetall und Vorstandsmitglied des BDA, hat gesagt, 3,5 Prozent sei schon fast zuviel.

Die Arbeiterbewegung in der Metallindustrie muß rasch und entschieden den Zusammenschluß auf einer Forderung anstreben, die einen erfolgreichen Streik ermöglicht. Das ist mit der Mark für die Stunde, den 173 DM auf den Monat möglich.

Nebelwerfer

Der neugewählte Präsident der USA, Jimmy Carter, hat nach seiner Wahl gesagt, daß er zunächst die Linien der Außenpolitik abstecken wolle. Europa müsse den Schwerpunkt der Außenpolitik bilden. Im übrigen wolle er nicht wie Kissinger die Welt in zwei Machtblöcke aufteilen, sondern mehr mit den einzelnen Nationen individuell verhandeln. Ist das nicht fortschrittlich?

Der bisherige und aller Wahrscheinlichkeit auch zukünftige Verteidigungsminister der Bundesregierung, Georg Leber, hat zwei alte Nazi-Generäle aus der Bundeswehr entlassen, den Generalleutnant Krupinski und seinen Stellvertreter, Generalmajor Franke. Sie hatten mit einem anderen Nazi, dem ehemaligen Kampfflieger Rudel gefeiert und hatten sich anschließend despektierlich über Herbert Wehner ausgelassen.

Dient das nicht dem Frieden?

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind die USA in die Fußstapfen Hitlers getreten. Sie wollten sich zu den Herren der Welt aufwerfen. Wer viel Kapital aufgehäuft hat, der will es überall in der Welt anlegen, der will seine Anlagesphären und Märkte in der Welt sichern, der will die Weltherrschaft. Im Kampf um die Weltherrschaft waren die USA nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst ohne Konkurrenz. Die Sowjetunion stand unter der Herrschaft der Arbeiterklasse. Sie strebte nicht nach Weltherrschaft, sondern kämpfte gegen den Imperialismus.

Die unterdrückten Völker unterstützte die Sowjetunion in ihrem Befreiungskampf. Die europäischen imperialistischen Staaten waren durch den Zweiten Weltkrieg geschwächt oder wie der deutsche Imperialismus zu Boden geworfen. Sie waren keine Konkurrenten für die USA. Heute

Konkurrenten für die USA. Heute

haben die USA in der von einer neuen Bourgeoisie beherrschten Sowjetunion einen gierigen und aufstrebenden Konkurrenten, der Rivalität um die Weltherrschaft aufgenommen hat. Es ist klar, daß sich diese Rivalität auf Europa konzentriert. Welche imperialistische Macht in Europa vorherrscht, herrscht überhaupt. Gegenwärtig ist Europa in Einflußbereiche der beiden Supermächte gespalten. Beide wollen über ganz Europa herrschen, um den Rivalen zu überflügeln. Carter spricht das aus. Das ist das eine. Das andere ist, daß er sagt, die USA müßten zum Angriff auf den Einflußbereich der Sowjetunion übergehen. „Individuelle" Verhandlungen mit Polen über US-amerikanischen Kapitalexport nach Polen? Frieden wird das genausowenig bringen, wie wenn die Sowjetunion in Portugal oder Spanien Fuß fassen will oder Norwegen durch Raketenübungen in der Barentssee kirre machen will.

Was aber ist mit der Entlassung der Haudegen aus dem Weltkrieg II?

Es spricht nicht für Frieden, sondern für Krieg, wenn Generäle entlassen werden, die schon mal einen imperialistischen Krieg verloren haben. Wenn die Bourgeoisie Maulhelden entläßt, dann schaltet sie nicht auf Frieden, sondern dann schaltet sie immer bewußter auf Krieg, der unvermeidlich dem Imperialismus und der Rivalität der Supermächte entspringt.

Stellungnahme der ZANU

„Der Feind hat uns nicht spalten können"

(Fortsetzung von Seite 1)
revolutionären Kampf in Zimbabwe ist ausgezeichnet. Die Massen unterstützen die ZANU, und sie verstehen unsere revolutionäre Linie.

Was den Angriff auf Mozambique angeht, so befinden wir uns im Krieg, und natürlich versucht der Feind stets, unsere Streitkräfte anzugreifen, selbst in unserem Hinterland in Mozambique. Das Smith-Regime ist, wie ihr alle wißt, ein faschistisches Regime, und von einem faschistischen Regime muß man alles erwarten, gezielte Massaker an unserem Volk, Angriffe auf das Land Mozambique. Alle von uns verurteilen die faschistische Aggression in Mozambique und die Massaker von Zimbabwern durch das Smith-Regime. Wir können nicht angreifen und erwarten, daß Smith nicht zurückschlägt. Wir müssen ihn bekämpfen, wo immer er ist. In Mozambique, in Zimbabwe.

Ich glaube, aus diesen Überfällen haben wir eine Menge Lehren gezogen und werden in ein paar Monaten eine klare Linie dagegen entwickelt haben, wie wir dem Feind Gegenschläge versetzen. Wir haben ihm bereits bisher Gegenschläge versetzt. So der Vergeltungsangriff auf Umtali, der sehr wichtig ist. Was da wirklich passiert ist, darüber haben wir nur spärliche Informationen. Was wir erfahren haben, ist, daß die Streitkräfte von Ian Smith Mozambique von zwei Fronten her angriffen, einer in der Provinz Tete und einer in der Provinz Gaza. In Tete töteten sie einen Genossen der FRELIMO, einen Soldaten; in der Provinz Gaza bombardierten sie einen Zug, wobei zehn Zivilisten getötet und andere verwundet wurden. Das ist in etwa alles, sehr wenig, was sie erreichten.

Aber wir müssen zugeben, daß dieser Angriff des Smith-Regimes tatsächlich sehr schwer war, weil von ihm verschiedene schwere Waffen eingesetzt wurden. Trotzdem hat Smith nichts erreicht. Wir haben weiter erfahren, daß einige von Smiths Soldaten in Mozambique in eine Falle der Kämpfer geraten sind. Das ist ebenfalls ein taktischer Sieg für uns, weil bisher das Smith-Regime innerhalb Mozambiques nie in eine Falle geraten ist. Daß dies geschah, muß hervorgehoben werden.

Wichtig ist, sich auf die Front in der Heimat zu konzentrieren, zu konzentrieren auf den Krieg in Zimbabwe selber. Wenn wir den Krieg in Zimbabwe verstärken, kann der Feind nicht Mozambique überfallen. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen erhöhen, ihn innerhalb Zimbabwes zu schlagen und ihn da zu vernichten, damit er nicht aus dem Land heraus unseren Nachbarn Mozambique angreifen kann. Die Taktik des Feindes ist von den USA in Vietnam und den Briten in Malaysia usw. wohlbekannt. Das Wichtigste für uns Revolutionäre ist, daß wir den Krieg innerhalb Zimbabwes vorantreiben."

Die Präsidenten der afrikanischen Staaten Mozambique, Botswana, Sambia, Tansania und Angola haben am Wochenende eine Erklärung veröffentlicht, „den bewaffneten Kampf für die Befreiung Zimbabwes als den einzigen Weg zu unterstützen, durch den die Unabhängigkeit der Kolonie erreicht und die permanente Quelle der Aggression – der Kolonialismus – beseitigt werden kann"

Die Arbeiter und Bauern der Völker Afrikas wollen ganz Afrika von der Herrschaft des Kolonialismus und Imperialismus befreien. Jüngst hat in Accra, der Hauptstadt Ghanas, die Konferenz der afrikanischen Arbeiterinnen getagt. Mehr als 60 Delegierte aus 37 afrikanischen Ländern haben an der Konferenz teilgenommen, die von der Organisation für afrikanische Gewerkschaftseinheit einberufen und organisiert wurde. Die Delegierten der afrikanischen Arbeiterinnen haben eine Resolution verabschiedet, in der sie zur Verstärkung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika aufrufen und zum Kampf für die vollständige Befreiung Afrikas vom Joch des Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und des Rassismus. Sie heben die bedeutende Aufgabe der afrikanischen Frauen im Befreiungskampf gegen die weißen Minderheitenregimes im südlichen Afrika hervor. Sie rufen die Völker der Welt auf, die Sache des Volkes von Namibia im Kampf für sofortige und uneingeschränkte Unabhängigkeit zu unterstützen. (Nach: Hsinhua, 3.11.76)

Die Imperialisten manövrieren. Eines ihrer Manöver ist die Genfer Konferenz. Es klappt nicht. Ian Smith hat die Genfer Konferenz verlassen wegen der „wirtschaftlichen Lage des Landes und der Verstärkung des Guerillakampfes" (Frankfurter Rundschau, 3.11.76). Während die Imperialisten in Genf von Frieden säuseln, treffen sie sich insgeheim in New York, einem Zentrum der Finanzbourgeoisie. „In New York begannen unterdessen nach glaubhaften Quellen Geheimverhandlungen zwischen den USA, Großbritannien und Südafrika über die finanziellen Aspekte der Entkolonialisierung Rhodesiens." (Frankfurter Rundschau, 8.11.) Es geht um „mehrere Milliarden DM". Das ist eine Investitions- und Kriegskasse. Die Imperialisten wollen ihre Ausbeuterherrschaft verteidigen und planen Aggression.

„Rhodesiens viertgrößte Nickelmine in Shangani soll bis Ende des Jahres die volle Produktion aufnehmen. (...) Die Investitionen werden auf 80 Millionen DM geschätzt. Das abbaufähige, nickelhaltige Erzlager umfaßt 19 Millionen Tonnen." Dies meldet „Blick durch die Wirtschaft", eine interne Zeitung der westdeutschen Imperialisten. 1974 wurde der Ausbau dieser Mine begonnen. Die Nickelproduktion beherrscht die Anglo American Corporation, an der die europäischen Finanzbourgeois erheblich beteiligt sind. Die Imperialisten wollen ihre Ausbeuterherrschaft mit allen Mitteln retten. Der revolutionäre Krieg des Volkes von Zimbabwe wird ihre Herrschaft zerschlagen. Dabei hat es die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse.

„Neue Methoden zur Früherkennung des Todes notwendig"

Göttingen. Schichtwechsel auf der neurologischen Intensivstation der Universitätskliniken. Die Frühschicht berichtet, daß der Arbeiter St. klinisch tot ist. Das EEG (Elektroencephalogramm) zeigt eine Nullinie. Doch während seit Tagen fast alle Medikamente abgesetzt sind, wird mit einem Mal großer Aufwand betrieben. Dem Patienten ist ein Lumbalkatheter gelegt, und mit einem Gerät, das mehrere hunderttausend Mark gekostet hat und so gut wie immer in der Ecke herumsteht, wird der Liquordruck (Liquor ist gleich Nervenwasser) gemessen. Klar ist, daß diese Maßnahme nicht dem Patienten dient, sondern daß er zur Forschung mißbraucht wird. Dies wird durch einen Arzt bestätigt. Auf die Frage, welche Folgen diese Diagnostik für die weitere Therapie hat, antwortet er: Keine! Die Frage, ob die Angehörigen ihr Einverständnis gegeben hätten, daß der Arbeiter St. zu Forschungszwecken mißbraucht wird, verneint der Arzt, nicht ohne sich über den aggressiven Stil zu beschweren, in dem die Fragen vorgetragen wurden. „Wir würden noch heute mit Holzhammermethoden in der Medizin arbeiten, wenn wir solche Gelegenheiten nicht zur Forschung nutzen würden", mit diesen Worten versuchte er sich zu rechtfertigen, und ein zweiter Arzt sprang ihm zu Hilfe: Schon vor mehreren Monaten hätten sowohl der Kurator der Universtität als auch der Verwaltungsdirektor der Kliniken ausdrücklich bestätigt, daß die Göttinger Universitätskliniken in erster Linie der Wissenschaft und Forschung dienen und nicht der Gesundheitsversorgung. Und das sei ja auch so, wenn man sich anschaue, daß rund 50 Prozent der an den Kliniken verabreichten Medikamente sich noch im Erforschungsstadium befänden oder daß man sich für eine Sektion der Verstorbenen nicht das Einverständnis der Angehörigen einholen müsse. Damit widerlegte er aber nicht die Vowürfe, sondern bekräftigte nur noch einmal, daß die Forschung an dem Arbeiter St. nicht ein Einzelfall ist, sondern daß alle Patienten, die ihren Fuß über die Schwelle der Göttinger Universitätskliniken setzen (sofern sie nicht privatversichert sind und aus der Bourgeoisie kommen), ihren Körper zur medizinischen Forschung freigeben.

Offenbart schon der Mißbrauch eines Arbeiters zu Forschungszwecken den unterdrückerischen Charakter des kapitalistischen Gesundheitswesens, so wird am Zweck der Forschung die ganze Verrottetheit der bürgerlichen Wissenschaft deutlich. Geforscht wurde an dem Arbeiter St. eine neue Methode zur rechtzeitigen Erkennung des Todes. Gerechtfertigt wurde dieses Forschungsprojekt von einem Arzt damit, daß die bisherige Methode zur Feststellung des Todes, die Angiografie (Darstellung der Gefäße im Gehirn), häufig genug zum letzten Todesstoß wurde. Doch nicht um eine „humanere" Methode der Feststellung des Todes geht es, sondern um frühzeitige. Die Bourgeoisie setzt alle Mittel ein, damit die Rentenversicherung wieder der „Kapitalgeber" wird, der „sie immer gewesen ist". Dafür sind neue Methoden zur Früherkennung des Todes notwendig. Nur in dieser Richtung kann die medizinische Wissenschaft unter der Herrschaft des Imperialismus noch Fortschritte erzielen. (k.r., Göttingen)

er: Keine! Die Frage, ob die Angehöri- anschaue, daß rund 50 Prozent der an ganze Verrottetheit der bürgerlichen tingen)

Faschisten-Kundgebung in Mannheim:

Über Schleichwege mußten die Faschisten in eine Polizeifestung geschleust werden

Sonntag, 7.11. „Heldengedenkfeier" der faschistischen „Deutschen Volksunion" (DVU) im Kulturhaus im Mannheimer Stadtteil Käfertal. Aus der ganzen BRD kamen die Faschisten – etwa 800 – in diese Stadt, in der die älteren Arbeiter stolz davon erzählen, daß „der Hitler sich nie hierhergetraut hat, außer einmal, wo er dann entsprechend mit Tomaten und faulen Eiern empfangen worden ist". Die „Heldengedenkfeier" war eine Veranstaltung zu Ehren des ehemaligen SS-Standartenführers Peiper, verantwortlich für Massaker an Kriegsgefangenen. Dieser Peiper ist im Sommer in Frankreich, wo er zuletzt gelebt hatte, getötet worden. Unter den Parolen „Nieder mit Faschismus und Reaktion! Nieder mit der Nazi-Provokation in Mannheim!" hatte der Bezirksverband Rhein-Nekkar I des KBW dazu aufgerufen, diese Faschisten-Kundgebung zu verhindern.

Es gab einige, die sagten: „Laßt die doch, die nimmt sowieso kein Mensch ernst." Das ist eine ganz falsche Auffassung.

Die Faschisten sind die Todfeinde der Arbeiterbewegung, sie sind die militantesten Vertreter der Ziele der Finanzbourgeoisie.

Die Ziele der Finanzbourgeoisie sind: Höchstprofite zu erreichen durch Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und Unterjochung fremder Völker. Die Faschisten vertreten diese Ziele vehement. Sie wollen sie gegen die Arbeiterklasse direkt mit offenem, nacktem Terror durchsetzen, sie wollen die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften zerschlagen.

Tatsächlich setzt die westdeutsche Finanzbourgeoisie im Moment nicht hauptsächlich auf diese Methode. Sie setzt die Faschisten aber ein, unterhält ihre Presse und läßt sie öffentlich auftreten.

Schon vor zweieinhalb Wochen haben in Mannheim die „Jungen Nationaldemokraten" eine Demonstration veranstaltet. Die Gegendemonstration, die der KBW organisiert hatte, um den Faschisten den Weg in die Mannheimer Innenstadt zu versperren, wurde von der Polizei heimtückisch überfallen. Den Haß der Volksmassen haben die Faschisten aber zu spüren gekriegt: Hinter einem Sperriegel von Polizei mußten sie ihre Kundgebung in der hintersten Ecke des Paradeplatzes – des zentralen Platzes in der Mannheimer Innenstadt – abhalten.

Diese Auseinandersetzung hat die Klarheit über den Klassencharakter des Staates sehr gefördert. Man hatte gesehen: der bürgerliche Staat schützt die Faschisten. Er schützt sie, weil sie Vertreter der Ziele der Finanzbourgeoisie sind. Er ist dazu da, die Herrschaft der Finanzbourgeoisie aufrechtzuerhalten und ihre Ziele gegen die Volksmassen durchzusetzen.

Als kurz darauf bekannt wurde, daß die Faschisten eine neuerliche Provokation in Mannheim planen, die „Heldengedenkfeier", mußte der bürgerliche Staat zu einem Manöver greifen: Das Ordnungsamt der Stadt Mannheim hat die Faschistenkundgebung verboten. Der Zweck dieses Verbots lag auf der Hand: Die eine Seite war, die Erfahrung, daß der Staatsapparat die Faschisten schützt, zu vertuschen. Die andere Seite war: die Wut über die Nazi-Provokation zu beruhigen, den Widerstand dagegen zu täuschen und zu zersetzen. Das Verbot war also in Wirklichkeit ein taktischer Schritt zur Durchsetzung der Nazi-Kundgebung.

Drei Tage vor dem Kundgebungstermin hob das Verwaltungsgericht Karlsruhe das Verbot auf. Die Faschisten konnten sich darauf von vornherein verlassen. Sie hatten ihre Vorbereitungen unbeirrt weitergeführt.

Der Bezirksverband des KBW hatte das Manöver der Stadtverwaltung entlarvt und eine Versammlung einberufen, auf der über 150 Teilnehmer mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedeten, die dazu aufrief, alle Kräfte zu mobilisieren, um die Faschistenkundgebung zu verhindern. Nachdem so das erste Manöver der Bourgeoisie zur Durchsetzung der Faschistenkundgebung gescheitert war, wurde eilig ein zweites eingeleitet: Der Kreisvorstand des DGB rief zu einer Kundgebung für Sonntag auf an einem Platz weitab vom Treiben der Faschisten und zu einem Zeitpunkt, wo es notwendig gewesen wäre, in dem Stadtteil Käfertal die Kräfte zur Verhinderung der Faschistenkundgebung zusammenzuschließen. Sämtliche bürgerliche Parteien einschließlich der Revisionisten haben mit zu dieser Kundgebung aufgerufen. Wir haben an unserer Taktik festgehalten und zur Kundgebung und Demonstration in Käfertal in der Nähe des Kulturhauses aufgerufen. Zu der DGB-Kundgebung kamen dann etwa 250 Leute. Viele Arbeiter haben gesagt: „Das bringt ja nichts, da geh ich nicht hin." Und von den 250 machte sich ein gutes Drittel zum großen Teil noch vor Abschluß dieser Kundgebung auf den Weg nach Käfertal, um sich an Aktionen gegen die Faschisten zu beteiligen. Zur Kundgebung des KBW kamen zunächst etwa 100 Leute. Viele Arbeiter gingen weder zum DGB noch nach Käfertal, weil sie einerseits das Manöver der Sozialdemokraten verurteilten, andererseits kein ausreichendes Vertrauen in den Bezirksverband des KBW hatten, der als einzige Organisation zur Verhinderung der Faschistenprovokation aufgerufen hatte. Schließlich waren wir erst vor zwei Wochen von der Polizei erfolgreich überfallen worden. Um die 1000 Polizisten hatten den Stadtteil praktisch besetzt und das Kulturhaus mit Sperrgittern und Polizeiketten dahinter in eine Polizeifestung verwandelt.

Im ganzen Stadtteil hingen Plakate und Wandzeitungen mit der Losung: „Nieder mit den Naziprovokationen in Mannheim." Auch an der Fassade des Kulturhauses selbst war diese Losung angemalt worden.

An der Hauptzufahrtsstraße zum Kulturhaus Kundgebung des KBW mit 100 Teilnehmern, anschließend Demonstrationszug durch den Stadtteil mit 150, wieder Kundgebung und erneute Demonstration, diesmal mit 200. Die Busse mit den Faschisten konnten den normalen Weg nicht benutzen; die Teilnehmer der „Heldengedenkfeier" mußten über Schleichwege eingeschleust werden. Aufgrund des Spaltungsmanövers der Sozialdemokraten haben die Kräfte nicht ausgereicht, um die Faschistenkundgebung zu verhindern. Trotzdem ist die Bourgeoisie aus diesen Auseinandersetzungen als Verlierer hervorgegangen. Sie hat alle Register gezogen, um den Widerstand gegen die Faschisten zu zerschlagen und zu entmutigen. Das ist ihr nicht gelungen, und es ist darüberhinaus klarer geworden:

1. die Arbeiterklasse muß sich im Kampf gegen die Reaktion zusammenschließen, und das muß sie gegen den bürgerlichen Staat tun;

2. die Arbeiterklasse kann diesen Zusammenschluß nur erreichen, wenn sie die Ideologie des Klassenfeindes in ihren eigenen Reihen, den Reformismus und Revisionismus, überwindet und mit den Verfechtern dieser Ideologie, den Sozialdemokraten und der DKP, bricht. – (h., Mannheim)

Sozialbeirat fordert Senkung der Renten und Erhöhung der Beitragssätze

Der Sozialbeirat, in dem die Kapitalistenverbände, die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und einige bürgerliche Professoren jährlich ein Gutachten über die Rentenversicherung anfertigen, hat am vergangenen Wochenende eine Verschiebung der Rentenanpassung an die Inflation um ein halbes Jahr gefordert. Außerdem müßte der Beitragssatz von 18 Prozent auf 19 Prozent erhöht werden und die Rente noch um einen Krankenkassenbeitrag gekürzt werden. Gleichzeitig hat die CDU ein „umfassendes Sanierungsprogramm" gefordert. Die Finanzbourgeois gehen planmäßig daran, die Rentner auf Wasser und Brot zu setzen und gleichzeitig die Beitragssätze zu erhöhen, damit die Rentenversicherung wieder eine Kapitalquelle für sie werde.

Private Goldproduktion in der Sowjetunion

Private Goldschürfer in der Sowjetunion haben im vergangenen Jahr 35 Tonnen Gold zum Verkauf gebracht.

Dies ist dem jetzt erschienenen Bericht über die Weltgold-Produktion der südafrikanischen Bergbaukammer zu entnehmen. 35 Tonnen an Gold entsprechen etwa einem Preis von 350 Millionen DM. Diese ungeheure Menge Geldes kann leicht zum Ankauf fremder Arbeitskraft verwendet werden, und vor allem dient sie allen Formen der Spekulation.

Um die Aufhäufung gesellschaftlichen Reichtums in privatem Besitz und die Sabotage der planmäßigen Produktion und Versorgung zu unterbinden, hatte die proletarische Staatsmacht der Sowjetunion den Besitz von Gold verboten. Unter der Herrschaft der neuen Zaren wird die kapitalistische Profitwirtschaft umfassend restauriert. (Blick durch die Wirtschaft, 1.11.76)

Die westdeutschen Imperialisten sichern sich polnisches Kupfer

Am 2. November wurde in Warschau der zwölfjährige Liefervertrag über Kupfer zwischen der Metallgesellschaft, Gutehoffnungshütte, Norddeutsche Affinerie und Siemens mit Polen geschlossen. Jährlich muß Polen 40 000 Tonnen Elektrolytkupfer liefern. Der Ausbau der Kupfergruben wird mit einem Kredit finan-
fer liefern. Der Ausbau der Kupfer-
gruben wird mit einem Kredit finanziert, für den die drei westdeutschen Großbanken die Zinsen einstreichen.

Die Bundesregierung hat für den Kredit eine Bürgschaft übernommen, was ihr jederzeit als Vorwand dient, die Kupferlieferungen zu erzwingen. Die westdeutschen Monopole haben erklärt, das polnische Kupfer liege für sie „gleichsam vor der Haustür". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.11.76)

Länder der Dritten Welt verurteilen den BRD-Imperialismus

In einer Resolution der UNO-Vollversammlung werden die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, die USA und Israel wegen „nuklearer und militärischer Zusammenarbeit mit dem rassistischen Minderheitenregime Südafrikas" verurteilt.

In der Resolution wird weiter verlangt, daß die gegen das rhodesische Siedlerregime verhängten Sanktionen eingehalten werden. Die Länder der Dritten Welt haben mit großer Mehrheit (93 Stimmen) diese Resolution gegen die westlichen imperialistischen Mächte, die dagegen stimmten (9 Gegenstimmen), durchgesetzt.

Es hat neun Enthaltungen gegeben. Bei diesen Enthaltungen steht die andere Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion, an der Spitze.

Diese Supermacht sichert den Siedlerregimes ausdrücklich Existenzgarantien zu und strebt selber nach Herrschaft über die afrikanischen Völker.

Die „UZ", die Zeitung der DKP, berichtet Montag, den 8.11., von dieser Abstimmung. In der „UZ" hat sich das Abstimmungsergebnis verändert. Die Enthaltungen werden verschwiegen. Die revisionistische DKP versucht, die Verbrechen und den imperialistischen Charakter der Supermacht Sowjetunion zu verdekken. Vergeblich.

„Arbeitsbeschaffungsprogramm":

Beschafft werden Höchstprofite und die Arbeitslosigkeit nimmt zu

Ende Oktober waren bei den Arbeitsämtern 943 700 Arbeitslose registriert. Insgesamt mußten sich von Januar bis August 2,125 Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos melden; seit Beginn des Jahres 1975 waren es 5,575 Millionen, etwa jeder vierte Lohnabhängige. In den ZDF-Nachrichten vom 4.11. wurde Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, zitiert, er rechne mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosen auf über eine Million. Zugleich werde die Konjunktur weitere Fortschritte machen. Die Zunahme des Elends der Volksmassen ist Ergebnis und Bedingung für das Wachstum des Reichtums in den Händen der Kapitalisten.

„Nur wenn die Gewinne steigen, sinkt die Arbeitslosigkeit", versucht die bürgerliche Klasse zur Vorbereitung der Tarifkämpfe durch ihre Massenmedien den Volksmassen einzuhämmern. Die Sozialdemokraten, die Gewerkschaften der Arbeiterklasse besetzt halten, haben in diesen Posaunenchor längst eingestimmt. Hans Mayr, der „Tarifexperte" der IG-Metall, hat letzte Woche den Kapitalisten in der „Wirtschaftswoche" mitgeteilt: „Wir haben nie bestritten, daß Gewinne für Investitionen notwendig sind." Mit „wir" meint dieser Bourgeois im Arbeitergewande seine Parteifreunde von der SPD. Freiweg behauptet er, die Löhne seien im ersten Halbjahr um 6,3 Prozent gestiegen. Tatsächlich ist der Arbeiterlohn nicht gestiegen, sondern – mit Unterstützung von Inflation, Steuerreform und Sozialbeiträgen – erheblich weniger geworden. Es liegt auf der Hand, daß sich die Lohnabhängigen auf eine äußerst harte Auseinandersetzung im kommenden Tarifkampf vorbereiten müssen. Da kann man es keinesfalls dulden, wenn die Sozialdemokratie die Arbeiterinteressen der Profitlogik der Kapitalistenwirtschaft unterwerfen will. Es ist nicht neu, daß die Kapitalisten damit hausieren gehen, höhere Profite wären ein Segen für die Volksmassen. Die Wahrheit ist anders.

Die erste tiefe Krise erlebte die westdeutsche Wirtschaft 1966/67. Im Durchschnitt waren 1967 459 000 Lohnabhängige arbeitslos. Das war die höchste Zahl seit 1959. Seither, seit Beginn des Jahres 1969 bis Ende 1975 haben die in Westdeutschland ausgebeuteten Arbeiter ein Bruttosozialprodukt von 5 850 Milliarden DM produziert. Diesen Reichtum haben sie produziert als Kapital in den Händen der Besitzer der Produktionsmittel, denen sie ihre Arbeitskraft verkaufen mußten. Einen Teil dieses Reichtums mußten die Kapitalisten für den Verbrauch von Arbeitskraft als Lohn bezahlen. Rund 2 743 Milliarden DM haben sie verwendet, um ihren Besitz zu erhalten, ihr Luxusleben zu finanzieren und um ihren Besitz zu vergrößern, ihr Kapital zu akkumulieren. Allein das reproduzierbare Sachvermögen, der Wert der Maschinen, Fabriken und Vorratslager hat sich in dieser Zeit mehr als verdoppelt.

Diese zusätzliche Masse an Arbeitsmitteln und deren höhere technische Qualität, die sich in der Verdoppelung des Werts des reproduzierbaren Sachvermögens ausdrückt, haben die Lage der Arbeiterklasse nicht verbessert, sondern verschlechtert. Nicht Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion, sondern erhöhte Last für die Arbeiterklasse bedeutet dieser Reichtum. Die jetzige Krise ist tiefer, das produzierte Elend größer.

Im Jahr 1969, nach der Explosion der Profite, betrug das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 160 Milliarden DM, im Krisenjahr 1975 war es auf 225 Milliarden DM (plus 40,6 %) gewachsen. Trotzdem haben die Kapitalisten in diesem Jahr im Inland kaum investiert – allerdings haben sie den Kapitalexport zwecks Ausbeutung von Arbeitskraft fremder Völker gesteigert. „Nicht die Gewinne der Vergangenheit, nicht die Liquidität bestimmen die Investitionsneigung der Wirtschaft, sondern die Gewinnerwartung für die Zukunft." So Hans-Günther Sohl, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie in den BDI-Informationen von Oktober. Es fehlt nicht an Mitteln, die Produktion zu entwickeln, es fehlt nur den Kapitalisten an „Gewinnerwartung". Je höher ihr eingesetztes Kapital, umso höheren Profit wollen sie machen. Triebkraft der kapitalistischen Produktion ist das Streben nach Höchstprofit. Die ständige Drohung, bei dieser Jagd auf der Strecke zu bleiben, bewegt den Kapitalisten, die Produktivität der Arbeit, die er ausbeutet, zu erhöhen. Dazu ist erhöhter Einsatz von Maschinerie notwendig. Unter kapitalistischen Bedingungen heißt dies, größeren Anteil an konstantem Kapital, geringeren Anteil des Kapitals für den Ankauf von Arbeitskraft.

Akkumuliert der Kapitalist seinen Profit, so legt er dieses neue Kapital zu einem größeren Teil als das alte in konstantem Kapital an. Der Teil, der für den Ankauf von Arbeitskraft zur Verfügung steht, nimmt relativ ab. Die Nachfrage nach Arbeitskraft hält nicht Schritt mit der Ausdehnung des Gesamtkapitals. Und der Kapitalist beläßt es nicht dabei, sein neu angelegtes Kapital umzuwälzen. Er muß sein gesamtes Kapital umwälzen. Je größer daher die Ausdehnung und der Umfang des Kapitals, umso rascher sinkt die Nachfrage nach Arbeit. Gegenwärtig sind nur etwa 80 % der Produktionsmittel ausgelastet. Die Kapitalisten nehmen so gut wie keine Erweiterungsinvestitionen vor, etwas Ersatzinvestitionen für veraltete Maschinerie, der größte Teil ist Rationalisierungsinvestition, also Umwälzung des vorhandenen Kapitals und Erhöhung des Anteils des konstanten Kapitals. Die Produktion kommt nicht in Gang und die Nachfrage der Kapitalisten nach Arbeit erhöht sich nicht, sondern sinkt. Die industrielle Reservearmee, die sich die Kapitalisten schon geschaffen haben, dehnt sich weiter aus.

Alle diese Maßnahmen, die ein Anschwellen der industriellen Reservearmee zur Folge haben, dienen der erhöhten Auspressung von Arbeitskraft. Wenn die Kapitalisten einen größeren Teil ihres Kapitals in konstantem, bzw. fixem Kapital anlegen müssen, so drückt dies auf ihren Profit. Denn das konstante Kapital liefert keinen Mehrwert. Quelle des Profits ist die Ausbeutung der Arbeitskraft, und wird ein relativ geringerer Anteil für den Ankauf von Arbeitskraft aufgewendet, so versucht der Kapitalist alles, um die Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft zu verschärfen. Er will die Rate seines Profits auf das gesamte eingesetzte Kapital halten oder womöglich erhöhen. Je größer die Masse des Kapitals, das den Arbeitern gegenübersteht, umso drückender die Last, umso rabiater die Bourgeois, umso verheerender die Folgen der Krise.

Andererseits versuchen die Kapitalisten, das fixe Kapital möglichst rasch zu verflüssigen. Es läßt sich nur verflüssigen, wenn es durch menschliche Arbeit in Funktion gesetzt wird. Die Akkordarbeit wird ausgedehnt, vor allem wird Nacht- und Schichtarbeit eingeführt. In der Krise ist der Drang des Kapitalisten nach solchen Neuerungen besonders heftig. Er läßt mit vorhandener Maschinerie noch mehr produzieren, obwohl die Märkte schon verstopft sind. Er schafft neue Überkapazität, und dennoch wird, um noch mehr Kapital muß vernichtet werden, noch mehr Arbeiter werden auf die Straße gesetzt. Die Kapitalisten, die unterdurchschnittliche Profite erzielen, gehen Pleite. 6 102 Pleiten wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres registriert, mehr noch als 1975. Sämtliche großen Konzerne nehmen gegenwärtig große Umstrukturierungen ihrer Produktionsstätten vor. Sie konzentrieren die Produktion, lassen die Arbeiter dort rund um die Uhr arbeiten, legen ganze Werke lahm und schicken die Arbeiter fort. So wie Siemens in Braunschweig oder Bruchsal.

Um 20 Prozent seien die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im ersten Halbjahr 1976 gegenüber dem Vorjahr gestiegen, teilt der Monatsbericht Oktober der Bundesbank mit. Die Netto-Lohn- und Gehaltssumme sei um drei Prozent gestiegen, die Preise für Nahrungsmittel sind nach denselben Angaben um 7,5 Prozent gestiegen, die Aufwendungen für Wohnungsmieten um 9 Prozent. Das sind amtliche Zahlen der Bourgeoisie, die die Wirklichkeit immer gehörig beschönigen. Man kann ihnen aber entnehmen, welchen Erfolg die Bourgeois schon erzielt haben. Das müsse so weiter gehen, sagen sie, das sei erst der Anfang. Die Finanzbourgeois verlassen sich dabei nicht auf Glück und Zufall, sondern gehen nach Plan vor. Sie setzen ihre Regierung in Aktion.

Mit der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, das „Arbeitsbeschaffungsprogramm" bekanntgegeben, das die Bundesregierung am 10. November beschließen will. Danach soll ein Arbeitsloser, der mindestens ein halbes Jahr arbeitslos war, eine Prämie erhalten, wenn er um 15 Prozent geringer entlohnte Arbeit annimmt oder seinen Wohnort wechselt. Stingl verspricht sich „eine Belebung der Mobilität der Arbeitskräfte. Ich halte das für richtig, wieviel wir unterbringen, weiß ich nicht. Aber ich rechne damit, daß die Sorgen mancher Betriebe, ‚ihr könnt uns ja nicht genügend vermitteln', dadurch erleichtert werden und daß wir einige zehntausend sicherlich dazu bewegen können, einen etwa minder bezahlten Arbeitsplatz oder einen anderen Arbeitsplatz an einem anderen Ort anzunehmen."

Das sind die offen vorgetragenen Absichten der Bourgeoisie. Der Druck der in der Jagd nach Profit geschaffenen Reservearmee soll den Lohn noch mehr senken und den Profit noch mehr heben. Der bürgerlichen Propaganda, die den Lohnkampf zurückhalten will, liegt ein Taschenspielertrick zugrunde. Die Arbeiterklasse soll dem siechenden Körper der kapitalistischen Produktionsweise ihr Blut spenden, damit er erneut über sie herfallen kann. Der Trick ist aber durchschaut. Der Klassenkampf der Arbeiterklasse verschafft diesem Blutsauger einen kurzen Atem, und die proletarische Revolution befreit die Gesellschaft von dieser Fessel. – (fb)

Sozialminister Arendt gegen ausländische Arbeiter

„Bundesweite Wohnungsaufsicht" und weitere Sklavenhalterpläne

Zwecks weiterer Entrechtung von zehn Prozent der Arbeiterklasse in Westdeutschland mit dem Ziel der Verschärfung der Ausbeutung hat das „Sozialressort" der westdeutschen Kapitalistenklasse, das Ministerium für Arbeit und Soziales unter dem Sozialdemokraten Arendt, *bundeseinheitliche Verwaltungsvorschriften* herausgegeben, die an Bund und Länder weitergeleitet wurden und von der *Bund- und Länderkommission für Arbeit und Soziales* beraten wurden. In dieser Kommission sind die Minister für Arbeit und Soziales der Länder in der BRD vereinigt.

Die *Verwaltungsvorschriften*, die von Arendt vorgeschlagen wurden, dienen der weiteren Verschärfung der Ausländergesetze in der BRD. Diese Verwaltungsvorschriften sind bisher nicht veröffentlicht. Wir veröffentlichen hier Auszüge aus ihnen.

Diese Vorschriften dienen folgendem Zweck: Schleunigste Abschiebung von arbeitslosen Ausländern, Erstellung weiterer Zuchthausvorschriften für die ausländischen Arbeiter, Beschaffung junger, für die Zwecke der Kapitalisten genügend ausgebildeter Arbeitskraft, Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland, Verbesserung der Ausbeutungsbedingungen für die Kapitalistenklasse, Verhinderung der proletarischen Revolution.

Man muß sich klar vor Augen halten: Den Kapitalisten dient die elende Lage der Arbeiter in Südafrika nicht weniger als Druckmittel gegenüber den Arbeitern in Westdeutschland als die Ausbeutung billiger, z.B. türkischer Arbeitskräfte in Westdeutschland selber. Die Lage der ausländischen Arbeiter in der BRD ungefähr so zu gestalten wie die der südafrikanischen Arbeiter, um sie noch stärker als Druckmittel gegen die westdeutschen Arbeiter einzusetzen, dieses Ziel wird verfolgt.

Als erstes soll geregelt werden, daß nur noch solche ausländischen Arbeiter eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen, die erstens sich willig ausbeuten lassen und zweitens bestimmte Kenntnisse haben. *„Die Aufenthaltserlaubnis sollte nur erteilt werden, wenn sich der Ausländer als integrationsfähig und -willig erweist. Hierzu müßte er bestimmte Auflagen erfüllen, zum Beispiel den Nachweis von Sprachkenntnissen, die der Dauer des Aufenthaltes entsprechen. Dies könnte durch ein bundeseinheitliches Zertifikat geschehen. Bei der ersten Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis müßten bereits elementare Sprachkenntnisse nachgewiesen werden."*

Weitere Bedingung für die Aufenthaltserlaubnis soll der Nachweis „angemessenen Wohnraums" sein. *„Dies nicht nur bei der ersten Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung nach der Einreise, sondern auch bei jeder Verlängerung."* Was künftig als „angemessen" gelten soll, wird gleich hernach festgehalten: Sozialminister Arendt gibt die Anregung, die Wohnungen der ausländischen Arbeiter in Zukunft für die Polizei offen zu halten: *„Es sollten Vorkehrungen für eine bundesweite Wohnungsaufsicht geschaffen werden."* Und: *„Es sollten Möglichkeiten für eine Überwachung privater Unterkünfte geprüft werden."* Offensichtlich plant die westdeutsche Bourgeoisie, zehn Prozent der Arbeiterklasse zu kasernieren und sie nur noch aus dem Stall zu lassen, um sie in die Fabrik zu jagen.

Durch die Verwaltungsvorschrift soll weiter die Verhinderung der gesellschaftlichen Reproduktion der ausländischen Arbeiter geregelt werden: Familie sollen sie auf keinen Fall haben. Dazu sind sie schließlich nicht hier. Was interessiert die westdeutsche Kapitalistenklasse der Nachwuchs der ausländischen Arbeiter. Der bringt momentan noch keinen Profit. Deshalb schlägt der Sozialdemokrat Arendt vor: *„Familiennachzug nur, wenn bereits eine unbeschränkte Aufenthaltserlaubnis vorliegt."*

Dazu muß man wissen, daß im Normalfall die Aufenthaltserlaubnis nur für ein Jahr erteilt wird. Erst wenn sich die Bourgeoisie entschlossen hat, den ausländischen Arbeiter für den Rest seines Lebens in der BRD auszubeuten, bekommt er unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Die Bourgeois haben vor, zu diesem Zweck eigens den Begriff „Familie" näher zu definieren. *„Welche Verwandtschaftsgrade umfaßt die Familie? Welche Altersbegrenzungen sind bei Kindern maßgeblich?"* Das soll künftig genau untersucht und festgelegt werden, und es soll *„für nachziehende Kinder unter 16 Jahren die Aufenthaltserlaubnispflicht"* eingeführt werden. Dadurch spart man außerdem Kindergeld, denn das erhalten die ausländischen Arbeiter, die nicht aus den EG-Staaten kommen, nur dann, wenn ihre Kinder in der BRD leben. *„Vor Genehmigung des Familiennachzuges sollte eine obligatorische Beratung stattfinden."*

Die westdeutsche Arbeiterklasse hat sich bestimmte Schutzrechte gegenüber der Kapitalistenklasse erkämpft. Es gibt auch Gewohnheitsrechte. Die westdeutsche Arbeiterklasse weigert sich, unter bestimmten Bedingungen zu arbeiten. In welchen Branchen, kann man an der Statistik sehen: 25,9 % der Beschäftigten in den Gießereien sind Ausländer. In der Kunststoffverarbeitung sind es 18,7 %, 19,9 % in der Textilverarbeitung und 16,3 % in der Papiererzeugung und -verarbeitung. Die Kapitalisten versuchen dort die Lohngrenze dahin zu drücken, wo es ins Unerträgliche geht. So in der Kunststoffverarbeitung, wo man bei 40 bis 50 Grad Celsius Plexiglasherstellung, wo die Lösungsmittel sich so tief in die Haut der Arbeiter einfressen, daß sie den Gestank, wie sie selber sagen, mit keinem Waschmittel mehr heraus kriegen. Oder wie in der Textilindustrie, wo die Arbeiter und insbesondere die Arbeiterinnen oft mit einem Lohn von siebenhundert bis achthundert Mark netto nach Hause gehen. Für diese Tätigkeiten sollen jetzt die ausländischen Arbeiter *„spezielle Vorbereitungskurse"* erhalten, die es ermöglichen, *„eine berufliche Bildung in jenen Wirtschaftsbereichen aufzunehmen, die in besonderem Maße auf die Beschäftigung von Ausländern angewiesen sind."*

77 283 arbeitslose ausländische Arbeiter waren Ende August 1976 gemeldet. Das sind 8,2 Prozent der Arbeitslosen in der BRD. In den vergangenen Monaten wurden schon 600 000 ausländische Arbeiter in ihre Heimatländer abgeschoben. Diese verbliebenen 77 283 sind sozialversicherungspflichtige ausländische Arbeiter. Das heißt, sie haben Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Also wird vorgeschlagen: *„Die Beziehung zwischen dem Arbeitserlaubnisverfahren und dem Kündigungsschutz sollte erörtert werden."* Im Klartext heißt das, daß die Bourgeoisie die Arbeitslosengelder nun wieder bei den Arbeitern, die sie hinausgeschmissen haben. Der Erhalt von Arbeitslosengeld ist nämlich daran gekoppelt, daß man zur Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht. Das tut man aber nicht ohne Arbeitserlaubnis. Wer kein Arbeitslosengeld oder keine Arbeitslosenhilfe kriegt, ist auf Sozialhilfe angewiesen. Das bedeutet für die ausländischen Arbeiter die Ausweisung. § 10, Ziffer 10 Ausländergesetz bestimmt, daß ausgewiesen werden kann, wer *„den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet."*

Die Kapitalisten, diese Blutsauger, und ihre Regierung wissen, was ihnen droht: Der bewaffnete Aufstand der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Die Kapitalisten fürchten jeden Arbeiter mehr, der das Waffenhandwerk versteht, in klarem Bewußtsein dessen, daß diese Fertigkeiten nicht in der Hand der Arbeiter sein dürfen. Die Bundesregierung in Gestalt des Geschäftsführers für „Soziales und Arbeit" schlägt deshalb vor: *„Ausländern, die nach Ableistung ihres Wehrdienstes in das Bundesgebiet zurückkehren, sollte die Arbeitserlaubnis versagt werden."*

Versagung der Arbeitserlaubnis heißt Versagung der Aufenthaltserlaubnis. Die Kapitalistenklasse verfolgt damit einmal das Ziel, nur noch blutjunge Arbeiter in die Hand zu kriegen – und zweitens hat sie im Auge, die Arbeiterklasse zu entwaffnen.

Die Kapitalistenklasse will einen beträchtlichen Teil der Arbeiterklasse in Westdeutschland niederschlagen, abspalten und strebt an, die Behandlung dieses Teils der Arbeiterklasse so zu gestalten, daß man tatsächlich nicht mehr davon sprechen kann, daß dies die Bedingungen von Lohnsklaverei sind, sondern dies schon eher an die Bedingungen der Leibeigenschaft erinnern. Die Kapitalistenklasse hat in der BRD schon ganze Industriestädte für ausländische Arbeiter zum Sperrgebiet erklärt.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat nicht nur große Furcht vor dem bewaffneten Aufstand, sondern auch begründete. Der Zusammenschluß der deutschen und ausländischen Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist der Bourgeoisie zutiefst zuwider. In verschiedenen Kämpfen hat sich gezeigt, daß deutsche und ausländische Arbeiter viel voneinander lernen können und sich zusammenschließen gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat.

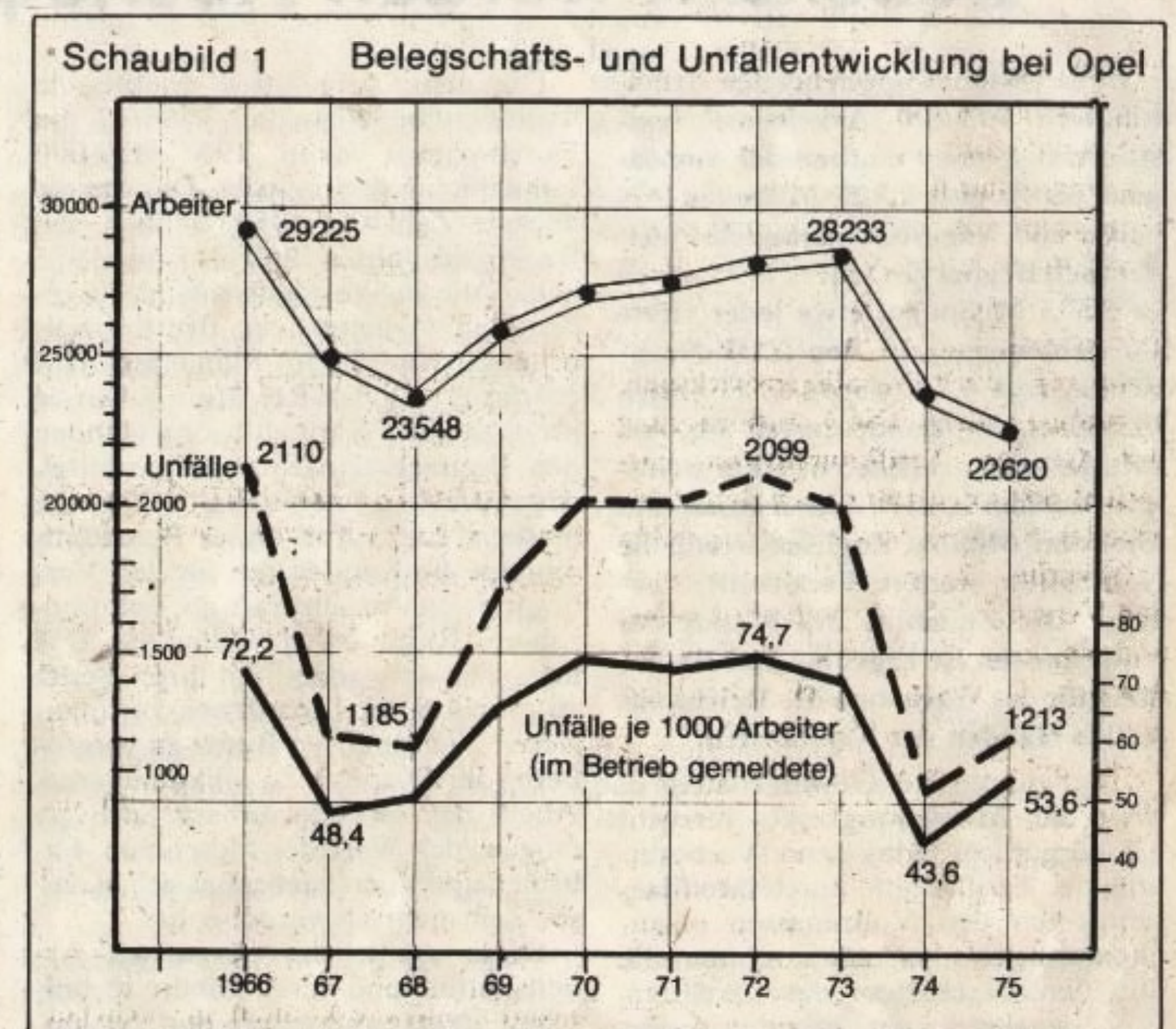
Die Arbeiterklasse, die eine internationale Klasse ist, und die sich international zusammenschließt, begreift die Tatsache, daß die Kapitalistenklasse rund um den Erdball jagt und die Arbeiter dieser Kapital zwecks Verkauf der Arbeitskraft folgen müssen, nicht einfach als Pech. Wie die Bourgeoisie mit dem Kapital ihre eigenen Totengräber schafft, ist die Proletarier, so schafft sie mit dem „Wanderarbeitern" die Bedingungen dafür, daß die Arbeiter aller Nationen sich zusammenschließen. Hier in Westdeutschland zum Zwecke der Organisierung der proletarischen Revolution. Und in der Welt zum Zwecke der proletarischen Weltrevolution. Die Arbeiter werden sich nicht gegeneinander ausspielen lassen: Sie werden gleiche Rechte im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und gegen den Staat – sie werden diese Rechte durchsetzen im Kampf, der sich zum Ziel die Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus setzt. – (am)

Die Arbeiterbewegung wird im Tarifkampf keine Seite der Ausbeutung vergessen

Auf dieser Seite berichten zwei Betriebszellen über die Verschärfung der Ausbeutung, wie sie sich in den Unfallzahlen bei Opel zeigt und wie sie betrieben werden soll durch kapitalistische Rationalisierung bei Klöckner Osnabrück.

Die Kapitalisten behaupten, die Zahl der Betriebsunfälle sei im großen und ganzen rückläufig. Das läge an vorbeugenden Maßnahmen der Regierung. Selbst ihre eigenen Zahlen beweisen, daß dies nicht stimmt. Wenn die Stockung der Profitproduktion durch die Krise für einzelne Kapitalisten überwunden ist, zeigt sich der gewalttätige Charakter der kapitalistischen Profitproduktion gegenüber der Arbeitskraft wieder in unverhüllter Form. Mit den Krisenzyklen steigt und sinkt auch die Unfallhäufigkeit, keine Rede von kontinuierlicher Abnahme. Die Bundesregierung hat vor drei Wochen bekanntgegeben, daß die Zahl der Berufskranken an Lärmschwerhörigkeit auf 12 418 angezeigte Fälle 1975 gestiegen ist. 1960 waren es 149, 1970 2 007. Die Berufskrankheiten und ihre Zunahme zeigen noch stärker als die Unfallhäufigkeit den zerstörenden Charakter der Profitproduktion auf die Arbeitskraft der Arbeiter.

Die Klöckner-Zelle Osnabrück beschreibt den Beginn des Kampfes gegen die Rationalisierung und Entlassung und die so betriebene zusätzliche Ausbeutung der Arbeiter. Um Schutzrechte gegen die körperliche und geistige Zerstörung der Arbeitskraft gibt es Kampf. Kampf gibt es auch gegen die Stillegung ganzer Betriebe und die Rationalisierung und Entlassung in anderen. An beiden Fronten herrscht Krieg zwischen der Kapitalistenklasse und dem Proletariat. Die Arbeiterbewegung schließt sich jetzt zusammen in der Vorbereitung der Tarifkämpfe. Die Kämpfe an den anderen Fronten beflügeln das.



Opel Unfallbericht 1975:

Blutige Bilanz der Jagd nach Höchstprofit

Rüsselsheim. Im von der Abteilung Unfallverhütung im August herausgegebenen Unfallbericht für das Jahr 1975 schlägt sich deutlich nieder, daß die kapitalistische Profitwirtschaft zunehmend die Arbeitskraft der Arbeiterklasse ruiniert.

Karl Marx hat festgestellt, daß mit der Regelmäßigkeit der Jahreszeiten die industrielle Produktion ihre jährlichen Schlachtbulletins liefert. Konjunktur und Krise der Entwicklung der kapitalistischen Produktion, die gesetzmäßig diesen Zyklus durchläuft, schlagen sich ebenso gesetzmäßig in der Anziehung und dem Abstoßen von Arbeitskräften, der Verschärfung der Arbeitshetze und entsprechend der Zunahme der Unfallopfer nieder. (Schaubild 1.)

Das Schaubild, das auf den Angaben der Opel-Kapitalisten beruht, gibt natürlich nicht an, wieviele Unfälle aus Sorge vor Entlassungen gar nicht mehr gemeldet werden. Trotz dieser Verzerrung zeigt das Schaubild, wie die Opel-Kapitalisten nach den Produktionseinschränkungen durch die Krise jetzt, wo die Produktion wieder auf der früheren oder höherer Stufe läuft, die Ausbeutung noch viel schärfer steigern, als es vergleichsweise 1967/68 der Fall war. Man kann sicher sein, daß der Anstieg für den Zeitraum 1975/76 noch viel steiler sein wird. Um 3 % hat Opel 1976 seinen Marktanteil gegen-
noch viel steiler sein wird. Um 3 % hat
Opel 1976 seinen Marktanteil gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Der Konkurrenzkampf um die Marktanteile wird mit Blut und Knochen der Arbeiter geführt. Im Unfallbericht heißt das:

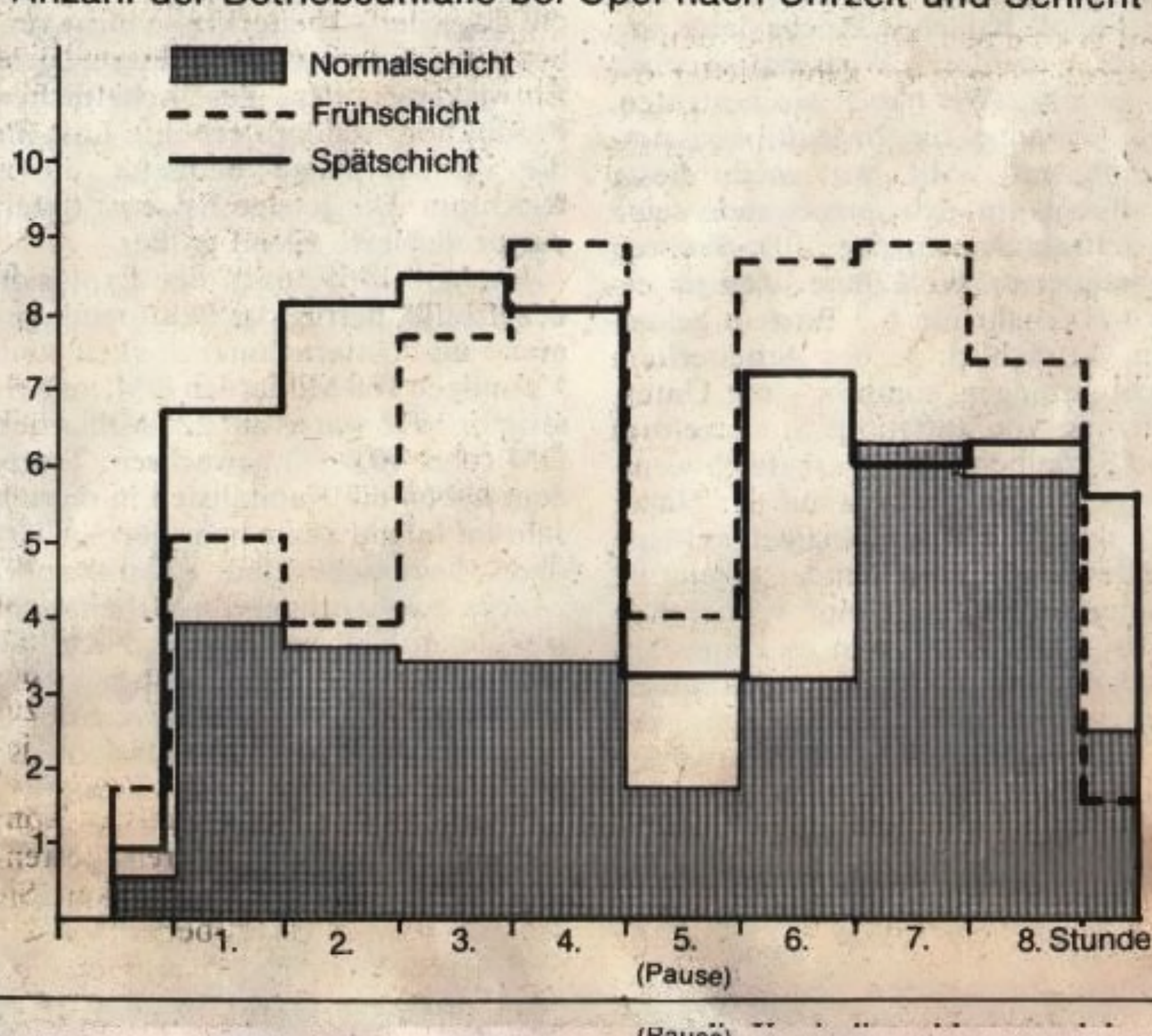
„Das Unfallgeschehen im Jahre 1975 stand im Zeichen der Wiederbelebung der Nachfrage nach unseren Produkten." In Zahlen: Gegenüber 1974 haben die Kapitalisten die Lohnbelegschaft (worunter alle Arbeiter fallen) um 5 % reduziert. Sie haben dieser verringerten Belegschaft eine um 11 % erhöhte Produktionszahl abgepreßt. Entsprechend hat die Zahl der Betriebsunfälle um 17 %, die Zahl der ausgefallenen Arbeitstage um 33 % zugenommen. Letztere Zahl macht deutlich, daß bei verringerter Lohnbelegschaft nicht nur die Zahl der Unfälle erheblich zugenommen hat, sondern in noch schärferem Maß die Schwere der Unfälle. „Jeder 19. Lohnempfänger erlitt einen Betriebsunfall mit einer durchschnittlichen Ausfallzeit von 15 Arbeitstagen", heißt es im Bericht.

Um 4 % ist die Unfallhäufigkeit von 1974 auf 1975 gestiegen und um 20 % die Unfallschwere. Das Schaubild 1 zeigt, daß sich das Verhältnis der Zahl der Lohnbelegschaft zur Zahl der Betriebsunfälle von 74 auf 75 drastisch verschlechtert hat. Daß 1975 kein tödlicher Unfall passiert ist, ist reiner Zufall. 1976 hat es bis zum Oktober bereits mindestens 3 tödliche Betriebsunfälle gegeben, wovon der Tod des Werkzeugmachers Engelmann im K 67 allgemein bekannt geworden ist.

Die Kapitalisten wollen den Höchstprofit, das treibt sie zur Expansion in alle Länder der Welt. Dazu verschärfen sie ständig die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Der Mehrwert, gewonnen aus der Ausbeutung der Arbeiter, ist
terklasse. Der Mehrwert, gewonnen
Quelle des Profits der Kapitalistenklasse. Unaufhörlich steigern die Kapitalisten die Ausbeutung, die Abpressung von Mehrarbeit. Auf Grundlage der Senkung des Lohns steigern die Kapitalisten die Akkordhetze und erpressen ruinöse Schichtarbeit, Sonderschichten und Überstunden. „Marktspitzenposition" für die Adam Opel AG – wachsendes Elend und blutiger Verschleiß für die Arbeiter.

Das Schaubild 2 vergleicht die Zahl der Unfälle in der Früh- und Spätschicht mit der der Normalschicht. Man sieht, daß die Unfälle bei den Wechselschichten nahezu doppelt so häufig wie in der Normalschicht sind. Gegenüber 1974 war 1975 bei der Normalschicht ein geringer Rückgang der Unfallzahlen, bei der Frühschicht eine Steigerung von 30 % und bei der Spätschicht um 32 %. Die Schichtarbeit ist ein Mittel der Kapitalisten, die Auspressung der Ware Arbeitskraft nicht auf 8 oder 10 Stunden zu beschränken, sondern möglichst auf alle 24 Stunden auszudehnen. Die maßlose Gier nach Einsaugung lebendiger Arbeitskraft führt zum rapiden Verschleiß der Arbeitskraft. Durch Schichtzulagen, Spätschichtzuschlag usw. kann dieser vermehrte Verschleiß nicht ausgeglichen werden. Die Folge: die Lebenszeit der Arbeiter verkürzt sich, die Arbeitskraft ist frühzeitig verschlissen. Nicht einmal die Hälfte aller Arbeiter bei Opel erreicht arbeitsfähig das normale Rentenalter. In jeder „Opel Post", dem Propagandablatt der Geschäftsleitung, finden sich in den Todesanzeigen zahlreiche Todesfälle von 40-, 50-jährigen Arbeitern.

In der Hand der Kapitalistenklasse ist die industrielle Produktion allein Mittel zur ständig steigenden Ausbeu-
Mittel zur ständig steigenden Ausbeu-
tung der Arbeiterklasse. Die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums werden geistig und körperlich verstümmelt; alle Maßnahmen zur Entwicklung der Produktion führen zur Vergrößerung des Elends und der Arbeitsqual der Arbeiterklasse. Die kapitalistische Produktionsweise wird selber zum Hemmnis und zur Fessel der Entwicklung der Produktion, zur Schranke und zur Vernichterin der Produktivkräfte, vor allem der ersten



Produktivkraft, der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse muß sich ihre Partei, die Kommunistische Partei, aufbauen und das Volk zur Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Revolution führen und die Kapitalistenklasse enteignen. Um diesen Weg einschlagen zu können, muß die Arbeiterklasse der Ruinierung ihrer Arbeitskraft, der Zerstörung ihrer Existenz Schranken setzen, indem sie sich gegen die Kapitalistenklasse und deren Staat zusammenschließt für das gesetzliche Verbot der Akkordarbeit, der Schichtarbeit und für das Verbot der Überstunden, für den gesetzlichen Siebenstundentag, für die Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebs- bzw. Personalrat, Bestreitung der Kosten durch den Kapitalisten. – (Betriebszelle Opel)

Klöckner Osnabrück / Georgsmarienhütte:

Über 400 Entlassungen, um die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen

Im Rahmen des Zusammenschlusses der beiden Werke in Osnabrück unter einheitlicher Führung sollten in allen Betriebsabteilungen Arbeiter entlassen werden. Geschehen sollte dies bei einem Teil über Sozialplan. Die Kapitalisten sind dabei auf Widerstand gestoßen. Im Instandsetzungs- und Reparaturbereich haben die Arbeiter Entlassungen abgelehnt. In einigen anderen Betriebsteilen hat es scharfe Auseinandersetzungen gegeben. Die Kapitalisten sind an dieser Front nicht mehr weitergekommen. Jetzt wollen sie über Sozialplan über 400 Arbeiter aus beiden Werken entlassen. In Osnabrück 120, in Georgsmarienhütte 261, ca. weitere 50 Arbeiter, die als Alkoholiker und Faulenzer beschimpft werden, sollen so entlassen werden. Auch in Hagen-Haspe sollen Arbeiter rausfliegen. Die Klöckner-Kapitalisten wollen die alten Arbeiter, die sie die Zeit ihres Arbeiterlebens bis aufs Blut ausgepreßt haben, rausschmeißen. Die anderen Arbeiter sollen aufs doppelte ausgebeutet werden, um die imperialistische Expansion der Klöckner-Kapitalisten voranzubringen. Die Stahl-Kapitalisten wollen die Preise halten, das gelingt ihnen nur, wenn sie in der Produktion aus den Arbeitern verstärkt Mehrwert rauspressen. Deswegen wollen die Klöckner-Kapitalisten die Belegschaft zusammenschmelzen. Gewaltig haben die Kapitalisten die Ausbeutung verschärft. Von 1971 bis 1975 wurde die Belegschaft um 15 % verringert. Der Gesamtumsatz ist im gleichen Zeitraum um 55 % erhöht worden. Der Umsatz pro Arbeiter wurde von 90 784 DM auf 164 569 DM gesteigert. Das entspricht einer Steigerung von ca. 80 %. Selbst wenn man die Zahlen inflationsbereinigt sieht, sie zeigen klar die Verschärfung an. (Alle Angaben nach „Pütt und Hütte", Werbezeitung der Klöckner-Kapitalisten, Nr. 2/76)

Das soll jetzt weiter vorangetrieben werden. Deutlich wird die Verfaultheit des imperialistischen Systems, in dem die Entfaltung der Produktivkräfte gehemmt wird bei gesteigerter Ausbeutung und Elend der Arbeiterklasse. Die Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse spitzen sich immer weiter zu. Das bestimmt auch die Diskussion im Betrieb. Die Arbeiter wissen genau, was die Kapitalisten vorhaben. „Das machen die auch, um uns im Tarifkampf zu schwächen", ist die Meinung der Arbeiter. „Aus wenigen Leuten mehr rausschlagen und gleichzeitig den Lohn drücken." So scharf werden die Fronten gesehen. Unklarheiten gibt es noch mit dem Sozialplan und den älteren Arbeitern. Weil viele dieser älteren Arbeiter eigentlich froh sind, aus dieser Knochenmühle rauszukommen. Das sehen die anderen Arbeiter auch. In den Diskussionen gewinnen jetzt aber Meinungen Boden, die sagen: „Das darf man prinzipiell nicht zulassen, man muß sich einig sein." Wo doch auch gesehen wird, daß der Sozialplan über die Versicherungen der Arbeiterklasse finanziert wird. Die Arbeiter sollen für den Rausschmiß ihrer Kollegen zahlen. Daß jetzt die Widersprüche nicht aufbrechen und Kampf vermieden werden soll, daran arbeitet die sozialdemokratische Führung im Betriebsrat. Er will noch in dieser Woche mit den Kapitalisten über die Konjunkturlage beraten. Gegen die Entlassungen hat er prinzipiell nichts, „wenn der Sozialplan gut ist". Gemeinsam werden sie beraten, wie die Klöckner-Kapitalisten ihre Konkurrenzfähigkeit erhöhen können. Ein Betriebsrat auf der Hütte hat gesagt: „Die Faulenzer und Trinker können wir uns sowieso nicht mehr leisten." So ist es recht, sagen die Kapitalisten, wenn wir den Betriebsrat haben, dann geht alles leichter. Die Schädlichkeit der Klassenversöhnler, die Idee der Klassenzusammenarbeit wird gerade jetzt vielen Arbeitern klarer. Sie sehen genau, halten sie sich daran, können sie gleich einpacken und sich von den Kapitalisten das Fell über die Ohren ziehen lassen.

Man wird sich aber nicht daran halten. Die Diskussionen in den Betrieben sind scharf und packen die Fragen an: was tun, welche Maßnahmen ergreifen, um die Kapitalisten zurückzuschlagen? Man denkt dabei an die Demonstration 1973 in Georgsmarienhütte, wo 2000 Arbeiter entlassen werden sollten. Die Genossen der Klöckner-Zelle arbeiten an dieser Front gegen die Kapitalisten.

Man arbeitet auf Beschlüsse und Versammlungen hin. Die Verbindung mit den Tarifkämpfen, die gegen Lohnabbau und Drückung der Arbeiter ins Elend gerichtet sind, wird immer klarer. Schlägt man die Kapitalisten jetzt zurück, setzt das weitere Kräfte frei im Tarifkampf. Das Bewußtsein muß herrschend werden, dann fällt die Ideologie des Friedens, der Sozialdemokratie, dann werden die Klöckner-Kapitalisten eine Niederlage kassieren. Die Stahlarbeiter sind dazu in der Lage. – (Klöckner-Zelle Osnabrück)



Streik gegen Entlassungen und Stillegungen bei VW Salzgitter im letzten Jahr. Die Entlassungen hatten den Zweck, die Ausbeutung der VW-Arbeiter in großem Umfang zu steigern. Darum gibt es Kampf. Im letzten Tarifkampf streikten die Arbeiter mehrere Male in den VW-Werken.

Tarifkampf in der Stahlindustrie

Ohne Streik wird nichts gehen

Am 11. November finden die ersten Tarifverhandlungen zwischen der IG Metall und den Stahlkapitalisten für Nordrhein-Westfalen und die Bremer Klöckner-Hütte statt. Die Große Tarifkommission der IG Metall hat eine Forderung von 8,5 Prozent, Angleichung der stahltypischen Zuschläge an die Metallindustrie und zwei Urlaubstage aufgestellt. Gleichzeitig ist der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen offen. Die Lohnforderung der Großen Tarifkommission entspricht nicht den Interessen der Stahlarbeiter. Sie brauchen nach den großen Lohnverlusten und bei dem wachsenden Verschleiß der Arbeitskraft mehr, und sie brauchen eine Forderung, aif der sich alle zusammenschließen können. Sie brauchen wenigstens eine Mark mehr für die Stunde.

Die Forderung der Großen Tarifkommission liegt knapp über der von den Wirtschaftsinstituten in ihrem Gutachten vorgelegten Lohnleitlinie von rund 6 Prozent. Die Stahlkapitalisten wollen natürlich auf noch weniger raus. Flink haben sie die Forderungen der IG Metall zusammengerechnet und sind auf eine Forderung von 12,2 Prozent gekommen. Die 3,7 über den 8,5 Prozent rechnen sie dann wieder von den von den Wirtschaftsinstituten festgelegten 6 Prozent ab und sagen, mehr als eine Lohnerhöhung von höchstens drei Prozent sei nicht drin, oder die anderen Forderungen könnten nicht erfüllt werden. Wolff von Amerongen, Sprecher des Industrie- und Handelstages und selber Stahlkapitalist, hat die Forderung der IG Metall als Forderung nach „Phantasielohnerhöhungen" bezeichnet, an denen man sehe, wer die Stabilität gefährde. Der Vorsitzende des „Vereins Deutscher Eisenhüttenleute" (VDEh) Günther Klotzbach hat die Forderung der IG Metall als „schwer verständlich" bezeicht. „Solche Forderungen seien nur als ‚völlige Verkennung der wirtschaftlichen Situation unserer Unternehmen' zu deuten. Man sei davon um so mehr überrascht, als die gegenwärtige Situation in dieser mitbestimmten Branche ‚auch den Gewerkschaften bekannt sein muß'." Er sei der Auffassung, daß die Lohnerhöhungen der letzten Jahre und der „dadurch ausgelöste Rationalisierungszwang das Tempo des ‚Wegrationalisierens' von Arbeitsplätzen wesentlich mitbestimmt habe. Auch in der Stahlindustrie werde nun mit der Tarifpolitik nicht nur darüber entschieden, wieviel diejenigen verdienen, die einen Arbeitsplatz haben, sondern gleichzeitig auch darüber, wieviele überhaupt einen Arbeitsplatz haben werden." (Die Welt, 8. November)

werden." (Die Welt, 8. November)

Das sind heftige Drohungen von seiten der Kapitalisten. Sie sind jedoch leer. Die Arbeiter schaffen durch Lohnverzicht nicht die Krise der kapitalistischen Stahlindustrie aus der Welt, sondern sich selber. In der Stahlindustrie herrscht nach wie vor Überproduktionskrise. Die Kapitalisten haben soviel Kapital in Produktionsanlagen gesteckt, daß sie dieses Kapital durch die Profitproduktion nicht profitabel verwerten können. Um die Profite zu halten, haben sie die Devise ausgegeben „Preis geht vor Menge". Um die Profite bei niedriger Produktion zu steigern, führen sie erneut verstärkt Kurzarbeit ein und wollen mit Entlassungsdrohungen Lohnerhöhungen verhindern.

Die Arbeiter können die heftige Konkurrenz auf dem Weltmarkt nutzen

Der jetzige Tarifkampf wird sehr hart werden, wenn es den Kapitalisten nicht gelingt, im ersten Anlauf mit den Sozialdemokraten zu einem Abschluß zu kommen, durch den die Interessen der Stahlarbeiter vollständig an die Kapitalisten ausverkauft werden.

Den Stahlkapitalisten ist es bitter ernst mit ihren Absichten, die Löhne zu drücken. Das hat das ganze letzte Jahr gezeigt. Es geht ihnen um ihre Profite, und die können sie nicht anders halten und erhöhen als durch Verschärfung der Ausbeutung und Druck auf die Löhne. Die Stahlarbeiter dagegen können und wollen Verschärfung der Ausbeutung und Verelendung nicht hinnehmen. Also kann es keine Versöhnung und keinen Interessenausgleich geben. Es kann nur Kampf geben, und die Interessen der einen oder anderen Seite bleiben in diesem Kampf mehr oder weniger auf der Strecke.

Muß es sein, daß die Interessen der Arbeiter auf der Strecke bleiben? Um das zu beantworten, muß man die Kampfbedingungen untersuchen. Über die Kräfteverhältnisse entscheidet die Geschlossenheit auf jeder der beiden Seiten. Diese Geschlossenheit hängt davon ab, wie es jeweils gelingt, das kapitalistische Wolfsgesetz der Konkurrenz untereinander einzuschränken und alle Kraft auf die Niederschlagung des Klassenfeindes zu konzentrieren. Die Kapitalisten können unter sich die Konkurrenz bestenfalls vorübergehend einschränken. Sie können sie aber nicht überwinden. Jeder strebt nach dem Maximalprofit, und dabei steht ihm der andere Kapitalist im Weg. Die Arbeiter können unter sich die Konkurrenz überwinden. Sie haben unter sich keinerlei entgegengesetzte Interessen. Sie verkaufen alle ihre Arbeitskraft, und nur wenn sie sich zusammenschließen, können sie gegenüber den Kapitalisten erzwungen, daß der Wert ihrer Arbeitskraft auch tatsächlich bezahlt wird. Gerade weil die Arbeiter keine gegensätzlichen sondern gemeinsame Interessen haben, setzen die Kapitalisten alles daran, um die Arbeiter zu spalten und unter ihnen die Konkurrenz zu schüren. Diesem Zweck dienen die verschiedensten Machenschaften mit Lohnformen, Lohngruppen und Zuschlägen. Diesem Zweck dient auch der Versuch, die Arbeitslosen und die Arbeiter, die in der Fabrik ausgebeutet werden, gegeneinander auszuspielen. Als ob nicht jede Lohnsenkung die Lage der Arbeitslosen verschlechtern würde und als ob nicht gerade die schlechte Lage der Arbeitslosen sie jedem Druck der Kapitalisten ausliefern würde. Die Reformisten und Revisionisten sind das politische Instrument der Kapitalisten bei ihren vielfältigen Versuchen der Spaltung der Arbeiter. Reformisten und Revisionisten kleiden die Wolfsabsichten der Kapitalisten in angeblich vernünftige Argumente, um sie an den Mann zu bringen. Da ihre Argumente nicht der Wahrheit entsprechen, kommen sie immer mehr unter Beschuß. Es ist halt nicht richtig, daß Prozentforderungen gegenwärtig den Interessen der Facharbeiter am besten entsprechen, denn auch die Facharbeiter können den Wert der Arbeitskraft nur verteidigen, wenn sie sich mit allen übrigen Arbeitern zusammenschließen.

Stahlkonzerne	Land	Rohstahlerzeugung (in Mill. t.) 1975	1974
1. Nippon Steel	Japan	32,5	38,5
2. US Steel	USA	24,0	30,8
3. British Steel	Großbritannien	17,2	19,3
4. Bethlehem Steel	USA	15,9	20,2
5. Nippon Kokan	Japan	14,7	16,2
6. Sumitomo	Japan	13,4	14,6
7. Nawasaki	Japan	13,4	14,9
8. Finsider	Italien	12,9	13,6
9. **Thyssen-Hütte**	BRD	12,2	16,3
10. **Estel Hoesch/Hoogovens**	BRD	9,7	12,2
11. Republik Steel	USA	8,0	9,6
12. Broken Hill	Australien	7,9	7,8
13. National Steel	USA	7,8	9,6
14. Kobe Steel	Japan	7,7	8,1
15. Usinor	Frankreich	7,1	9,5
16. Irland Steel	USA	6,6	7,3
17. Armco Steel	USA	6,4	8,1
18. Jones & Laughlin	USA	5,2	7,3
19. Ensidesa	Spanien	5,1	5,2
20. Iscor	Südafrika	4,9	4,3
21. Stelco	Kanada	4,9	5,0
22. Cockerill	Belgien	4,9	6,6
23. Steel Authority of India	Indien	4,7	3,9
24. **Mannesmann**	BRD	4,6	5,1
25. Arbed	Luxemburg	4,2	5,7
26. Sacilor	Frankreich	4,0	5,8
27. Youngstown	USA	4,0	5,4
28. **Salzgitter**	BRD	3,9	5,5
29. Vöest-Alpine	Österreich	3,6	4,1
30. **Krupp**	BRD	3,4	4,5
31. Wheeling-Pittsburg	USA	3,0	3,8
32. **Klöckner-Werke**	BRD	2,8	3,7

In der Stahlindustrie herrscht Krise. Auf den ersten Blick schwächt das die Kampfbedingungen der Arbeiter, weil die Kapitalisten sich angeblich einen Streik leicht leisten können, wenn sie von sich aus Kurzarbeit einführen. Das ist nicht richtig. Die Kapitalisten führen Kurzarbeit ein, um bei verringerter Produktion die Profite zu halten und zu steigern. Gleichzeitig plündern sie die Arbeitslosenkasse, indem sie sie für einen Teil des Lohns aufkommen lassen. Wenn die Arbeiter streiken, dann wird jedoch gar nicht produziert, dann gibt es gar keine Profite und dann trifft das die Kapitalisten empfindlich. Gerade auch in der Krise.

Die Stahlkapitalisten müssen einen Streik fürchten

Bei einem Streik steht die Frage: Wer hält ihn länger aus? Die Arbeiter oder die Kapitalisten. Wessen Front bricht zusammen? Die Kapitalisten wollen jetzt weismachen, daß sie eine vollständig feste Front bilden im Kampf gegen die Lohnerhöhungen. Die Reformisten und Revisionisten plappern das nach. Die Kapitalisten bilden aber bloß solange eine feste Front, solange es nicht zum Streik kommt. Jeder von ihnen ist natürlich gegen Lohnerhöhungen. Kommt es zum Streik, dann geht es nicht mehr einfach darum. Sonst könnte ein Streik nie Erfolg haben. Im Streik geht es für die Kapitalisten darum: welche jetzigen und zukünftigen Profiteinbußen sind sie bereit hinzunehmen, um die geforderte Lohnerhöhung zu verhindern. Wieviel Marktanteile können sie riskieren und welche Markteinbußen können sie in Kauf nehmen? Wie verändert sich die Konkurrenzsituation gegenüber den anderen Kapitalisten durch den Streik? Wie lange hält die Einheit der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse, wenn durch einen Streik die ganzen Beziehungen des kapitalistischen Produktionsapparates durchschlagen werden und zum Beispiel die Abnehmer bestimmter Edelstähle, die keinen Ersatz finden, ohne Nachschub dastehen, oder die Autoindustrie, in der Sonderschichten gefahren werden, ohne ausreichende Menge von Blechen? Man erinnert sich, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" während des Druckerstreiks mit den Druckkapitalisten Krach bekam, weil sie die Profitverluste durch das Nichterscheinen der Zeitung nicht länger hinnehmen wollte. Gäbe es nur die westdeutsche Stahlindustrie, wäre der westdeutsche Stahlmarkt fest in der Hand der westdeutschen Stahlkapitalisten, dann ständen die Stahlkapitalisten ganz gut da in ihrem Kampf gegen Lohnerhöhungen. Die westdeutsche Stahlindustrie ist hochmonopolisiert. Gäbe es bloß die Stahlindustrie in der EG und gäbe es bloß EG-Stahlkapitalisten auf dem westeuropäischen Markt, dann ständen die Kapitalisten auch noch einigermaßen gut da. Wären sie bloß auf den westdeutschen Markt angewiesen oder wenigstens nur auf den EG-Stahlmarkt, dann könnten sie mit großer Zuversicht in den Kampf gegen die Lohnerhöhung ziehen. Aber all diese Bedingungen treffen nicht zu. Obwohl die westdeutsche Stahlindustrie hochmonopolisiert ist, haben die westdeutschen Konzerne unter sich doch nicht die Konkurrenz beseitigt. Auf dem Weltmarkt insgesamt stehen sie in härtester Konkurrenz mit den anderen EG-Kapitalisten und insbesondere mit den Stahlkapitalisten Japans und der USA, aber auch mit den modernen Revisionisten, wie auch bereits mit der Stahlindustrie einiger Länder der Dritten Welt. In einer Situation der Überproduktion verschärft sich diese Konkurrenz. Bereits ein Drittel des westdeutschen Stahlmarktes befindet sich nicht in der Hand der westdeutschen Stahlkapitalisten. Gegenwärtig dringen insbesondere die japanischen Konkurrenten auch auf diesem Markt vor. Sie unterlaufen die Devise „Preis geht vor Menge" und unterbieten die westdeutschen Kapitalisten. Auf dem lateinamerikanischen Stahlmarkt haben die japanischen Stahlkapitalisten ihren Marktanteil bei kaltgewalzten Blechen auf 92 Prozent erhöht. Der Marktanteil der EG-Stahlkapitalisten ist von 22 auf 8 Prozent gesunken. Auf dem US-Stahlmarkt haben die Japaner ebenfalls große Erfolge erzielt in der Niederschlagung der imperialistischen Konkurrenz. Sie halten jetzt einen Anteil von 80 Prozent am US-Stahlimport. Jetzt versuchen sie bereits auf dem Stahlmarkt der revisionistischen Länder den EG-Stahlkapitalisten und speziell den westdeutschen Stahlkapitalisten Marktanteile abzujagen. Die japanischen Stahlkapitalisten haben ebenfalls große Überkapazitäten. Sie versuchen jedoch ihre Kapazitäten voll auszufahren und ihre Exporte zu erhöhen. Dies gelingt ihnen weitgehend, weshalb das Geschrei der westeuropäischen Kapitalisten groß ist. Insbesondere aus dem EG-Markt wollen sie die Konkurrenten heraushalten.

Diese harte Konkurrenzsituation verheimlichen die Stahlkapitalisten keineswegs. Sie versuchen durch ihre drastische Darstellung die Arbeiter vor den eigenen Karren zu spannen. Die Arbeiter sollten sich durch Lohnverzicht auf die Seite der westdeutschen Kapitalisten schlagen. Das sei ihr Interesse. In Wirklichkeit ist es aber so, daß die Arbeiterklasse diese Konkurrenzsituation nutzen muß, um ihre Interessen im Streik durchzusetzen. Das gilt für die Arbeiter in allen Ländern.

Wenn die Stahlarbeiter ihre Interssen durch Streik vertreten, dann stehen die Stahlkapitalisten schlecht da. Die Löhne wollen sie drücken, um in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt möglichst große Profite zu machen. Sie laufen aber durch den Streik Gefahr, gegenüber ihren Konkurrenten so zurückzufallen, daß sie lieber den Lohnforderungen nachgeben. Es ist für die Kapitalisten nicht schön. Für die Arbeiter ist es gut, auch wenn der Kampf schwer ist. Die sozialdemokratischen Verhandlungsführer werden am 11. November alles tun, um den Kapitalisten diese schlechte Lage zu ersparen. Für die Arbeiter der Stahlindustrie dagegen kommt es darauf an, die Kapitalisten in diese schlechte Lage zu bringen. Das bringt Erfolge im Kampf um den Lohn und das bringt Fortschritte im Klassenkampf.

Die Absichten der Stahlkapitalisten liegen auf der Hand. Sie können durchkreuzt werden

Dr. Dieter Spethmann ist Vorstandsvorsitzender der August Thyssen AG, des größten westdeutschen Stahlkonzerns. Er ist auch Chef des Stahlkapitalistenverbandes. Unlängst war er auf der 10. Jahreskonferenz des internationalen Eisen- und Stahlinstituts in Osaka. Da hat er der japanischen Konkurrenz eine Kampfansage gemacht. In dieser Kampfansage ist enthalten, wie die Stahlkapitalisten den Arbeitern im Tarifkampf gegenübertreten werden, die sie sonst gern als „liebe Mitarbeiter" anreden:

„Nach Spethmann trifft die harte japanische Konkurrenz die deutsche Stahlindustrie zu einem Zeitpunkt, in dem der stärkste Produktionseinbruch seit 1930 von 27 % im Jahr 1975 gerade ohne einschneidende Personalmaßnahmen überwunden sei, wo jedoch nach einem temporären Aufschwung im März/April wieder ein Rückgang eingetreten sei. Trotzdem sei ein Zurückdrehen der Situation auf den Exportmärkten zugunsten der deutschen Industrie in naher Zukunft nicht auszuschließen. Auf die Frage, wie, erklärte Spethmann lächelnd: Da gibt es nur eine Möglichkeit." So berichtete das Handelsblatt am 10. Oktober. Die „eine Möglichkeit", die es für den lächelnden Spethmann bloß gibt, ist die Verschärfung der Ausbeutung und die Fortsetzung des Lohnraubes aus dem letzten Jahr. Man kann schon heute sagen, daß dieser Fratze das Lächeln vergehen wird, wenn die Stahlarbeiter, statt sich vor den Karren der imperialistischen Konkurrenz spannen zu lassen, diese Konkurrenz ausnutzen werden, um mit Streik für die Durchsetzung ihrer Interessen zu kämpfen. – (gs)

Grundlage für den Tarifkampf muß 1 DM sein

Siemens München. Auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung des Werkes Hoffmannstraße wurde in einem einstimmigen Beschluß der Betriebsrat aufgefordert, alle Pläne der Geschäftsleitung zur Einführung von Magnetkarten und Auslagerung einiger Abteilungen sowie zu Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen auf der Betriebsversammlung im November offenzulegen, um gegen diese Pläne mit der Belegschaft geeignete Schritte zu ihrer Verhinderung einzuleiten. Um darüberhinaus dem gesteigerten Arbeitsdruck und dem Abbau des Reallohns in der Tarifrunde erfolgreich und einheitlich entgegenzutreten, wurde ohne Gegenstimme beschlossen, auf die Betriebsversammlung wie in die Tarifkommission eine Festgeldforderung zu tragen. Die Redebeiträge der Anwesenden sprachen sich für einen Betrag in Höhe von mindestens 170 DM aus.

Rüsselsheim. Am Montag, dem 8.11., fand eine Vertrauensleutevollversammlung bei Opel statt. Anwesend waren rund 560 Vertrauensleute. Über 15 Anträge lagen vor zur Beschließung einer Forderung für den Tarifkampf 1977. Zwei Anträge mit den Unterschriften von 52 Vertrauensleuten traten ein für 1 DM mehr für alle. Ferner lag ein Antrag vor für 175 DM und einer für 172 DM. Die Sozialdemokraten mußten alles daransetzen, eine Forderung, die die Grundlage des unvermeidlichen Kampfes gegen die Metallkapitalisten bietet, zu verhindern. Allein vier Anträge lagen vor nach einer Forderung von 120 DM Sockelbetrag und 6 Prozent, mit der Klausel, wenn diese Forderung nicht von der großen Tarifkommission angenommen würde, man für 12 Prozent sei, ein Antrag auf 100 DM und 6 Prozent, ein Antrag auf 150 DM Sockel und 8 Prozent sowie ein Antrag auf 250 DM Festbetrag.

Die Sozialdemokraten haben eigens eine Antragsprüfungskommission gebildet, die die Anträge vervielfältigt hatte bis auf die Anträge auf 1 DM, was scharf kritisiert wurde. Gegen die Forderung nach 1 DM sind die Sozialdemokraten breit aufgetreten. Sie sei zu niedrig, wurde behauptet.

Die meisten Arbeiter seien in höheren Lohngruppen. Von 13 403 Akkordlöhnern bei Opel in Rüsselsheim sind 4 508 in Lohngruppe 4 oder 5. Netto kriegen sie zwischen knapp 1 200 DM und rund 1 300 DM, was die Reproduktion der Arbeiter nicht ausreichend ermöglicht. Bei 14 200 Zeitlöhnern sind 7,5 Prozent in Lohngruppe 4 oder 5. Ferner haben die Sozialdemokraten gesagt, man könne keine Festgeldforderung aufstellen, weil der Manteltarifvertrag die prozentuale Abstufung der Löhne festlege. In mehreren Redebeiträgen wurden die Argumente der Sozialdemokraten angegriffen.

Erstens sei die Aufstellung der Forderung keine Sache des Manteltarifvertrages, sondern eine Sache der Kampfentschlossenheit der Kollegen. Zweitens sei die Forderung nach 1 DM genau richtig, weil ohne Streik diesmal überhaupt nichts geht und dafür die Forderung richtig sei, gerade die unteren Lohngruppen vor der Verelendung schütze und so die Spaltung verhindere. Die Antragsprüfungskommission hat nach langer heftiger Debatte abstimmen lassen über 120 DM Sockel und 6 Prozent. Dafür haben etwa zwei Drittel der Vertrauensleute gestimmt, also rund 300. Dagegen zirka 150, die in der Debatte überwiegend für 1 DM bzw. 170 DM eingetreten waren.

Offenbach. Die gewerkschaftlich organisierten Kollegen der Abteilung Datenerfassung der Zentralstelle Dokumentation Elektrotechnik beim Verband deutscher Elektrotechniker e.V. Offenbach fordern für die kommende Tarifrunde: 1 DM mehr pro Stunde, also 173 DM. Die Datentypistinnen in der Abteilung Datenerfassung sind in den untersten Gehaltsstufen eingruppiert. In den unteren Gehaltsgruppen K 1 und K 2 reichen die Tariflohngehälter von 675 DM bis 1 350 DM brutto.

Niedereschbach. Elf von 21 Arbeitern der Wörner KG, einem Autozulieferer, haben bei der Diskussion um die anstehenden Tarifauseinandersetzungen die Forderung von 1 DM mehr für alle erhoben. Der Stundenlohn bei Wörner liegt zwischen 7,50 und 8,50 DM. Um überhaupt leben zu können, müssen die Arbeiter massenhaft Überstunden machen. Die 21 Arbeiter arbeiten zwischen 1 050 und 1 180 Überstunden pro Monat, täglich 40 bis 45 Überstunden.

Gießen. Am Montag, dem 1. November, haben die Arbeiter von Kessler und Luch, einem Betrieb der Heizungsindustrie, auf zwei Großbaustellen die Arbeit niedergelegt. Gegenwärtig finden in der Heizungsindustrie die Tarifauseinandersetzungen statt. Die Kapitalisten haben sich bisher geweigert, auch nur einen Pfennig mehr zu zahlen. Genauso haben sie sich geweigert, den Kündigungsschutz für ältere Arbeiter tariflich festzulegen. Dagegen richtete sich der Streik der Arbeiter von Kessler und Luch.

Hamburg. Am Montag, dem 8.11., legten 500 Beschäftigte der Firma MAN für zwei Stunden die Arbeit nieder und demonstrierten gegen die Stillegung des Betriebs Kesselbau. Sie forderten: Keine Arbeitsplatzvernichtung!

Hannover. VAW-Arbeiter verweigern Überstünden: Die Ericson-Geräte müssen weg! Bei VAW Leichtmetall Hannover sind in der Abteilung Strangpresse an den Maschinen sogenannte „Ericson-Geräte“ installiert. Bei jedem Ausschalten der Maschine muß ein bestimmter Code gewählt werden an diesen Geräten. So gibt es eine Kennzahl für Reparatur, eine für „persönliche Bedürfnisse“ usw. Mit diesen Geräten werden die Arbeiter bis ins Letzte kontrolliert. Diese gehässige Despotie hatten die Arbeiter schon lange satt. Letzte Woche sind sie zum Betriebsrat gegangen und haben gefordert: Die Ericson-Geräte müssen weg. Sie waren sich einig: Hier läuft keine einzige Überstunde mehr, solange die Kontrolliererei mit diesen Geräten nicht aufhört. Kurz darauf hat die Werksleitung die Geräte abschalten lassen.

Köln. Am 29. Oktober ist es bei den Ford-Werken Merkenich in der Produktenentwicklung und in Niehl im Werkzeugbau zu Streiks gekommen. Anlaß war die Weigerung der Geschäftsleitung, das Weihnachtsgeld zu erhöhen. In Verhandlungen hatte die Geschäftsleitung lediglich eine Erhöhung um 5 Prozent angeboten, die zudem noch nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten erfaßt hätte. Als „Gegenleistung“ hatte sie vom Betriebsrat und damit von der Belegschaft verlangt, daß weiterhin den Überstunden und Sonderschichten zugestimmt wird, so den nächsten beiden beantragten Sonderschichten in der Y-Halle. Die Streikaktionen richteten sich gegen den Versuch der Ford-Kapitalisten, die Ausbeutung noch weiter zu verschärfen, die Löhne weiter zu senken und so die Belegschaft in immer größeren Teilen ins Elend zu drücken.

Kiel. Im nächsten Jahr soll in Kiel die Strumpffabrik Tillich stillgelegt werden. 200 Beschäftigte, vor allem Frauen, sollen auf die Straße fliegen. Die Produktion soll nach Mannheim und Augsburg verlagert werden. Schon 1973 waren 100 Beschäftigte entlassen worden.

Offenbach. Stadt und Land sind berühmt für ihre Lederwarenerzeugnisse. Eine andere Art „Berühmtheit“ erlangt diese Branche durch ihre besonders skandalösen Ausbeutungsverhältnisse. Eine Arbeiterin berichtet von einer Lederwarenfabrik in Obertshausen: „In diesem Betrieb ist es schlimmer wie in einem Zuchthaus. Während der Arbeitszeit haben wir Redeverbot. Es ist ein Familienbetrieb mit 50 Beschäftigten, und wir werden von allen Familienmitgliedern ständig beaufsichtigt. Ich hatte einmal verschlafen, und Punkt 7 Uhr 10 (Arbeitsbeginn) stand der Chef vor meiner Haustür, um nachzuforschen, wo ich bleibe. Im Betrieb arbeiten viele ausländische Frauen, mit ständiger Angst vor Entlassungen. Krankschreiben läßt sich so schnell niemand, eine Frau wurde entlassen, während sie wegen einer Mandeloperation im Krankenhaus lag. Die Löhne sind ganz niedrig: von 5,50 DM bis 6,80 DM brutto! Bei achteinhalb Stunden Arbeitszeit verdiene ich im Monat 800 DM netto. Viele machen bis zu zwölf Stunden am Tag, gerade, wenn sie mehrere Kinder haben und das Geld sonst nicht reichen würde.“

In der Lederwarenbranche wurden 1976 dreimal soviel Jugendliche eingestellt wie in den letzten Jahren zusammen. Viele Jugendliche, die keine Lehrstellen finden, arbeiten dort im Monat für 468 DM oder 500 DM im Monat.

Eschwege. In den Werra-Land-Werkstätten arbeiten 80 Behinderte. Hauptsächlich werden einfache Hilfsarbeiten gemacht. Den Nutzen ziehen daraus die örtlichen Kapitalisten. Die Firma „Becker und Hach“ zum Beispiel läßt einfache Arbeit für ihre Bilderrahmen- und Lederwarenproduktion machen. Ebenso vergibt „Heinrich und Goldau“ (Ladenbau) Aufträge. Gelockt werden die örtlichen Kapitalisten durch den niedrigen Preis, für den die Behinderten ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. 10 DM bekommen manche nur im Monat, 160 DM ist der Höchstlohn. Was einer verdient, wird genau über einen „Bewertungsbogen“ ausgerechnet. Es ist nichts weiter als eine versteckte Form des Akkords.

Essen. Erfolgreicher Streik in der Fertigmacherei der Großdruckerei Girardet. Am 29.10. haben zirka 15 bis 20 Frauen in der Druckerei Girardet die Arbeit für eine halbe Stunde niedergelegt. Die Maschinen des Girardet-Kapitalisten laufen so schnell, daß die Frauen nicht einmal aufs Klo gehen können. Durch Einsparung der Springer versucht der Kapitalist, die Frauen aus der Fertigmacherei dazu zu zwingen, die ganze Zeit ohne Pause durchzuarbeiten. Die Frauen forderten einen Springer. Zur Durchsetzung ihrer Forderung stellten sie die Maschinen aus. Mit Erfolg. Die Mittagsschicht, die die Forderung der Frühschicht übernahm, erhielt die Springer.

Gelsenkirchen

Textilarbeiter bekämpfen Stillegung und Massenentlassungen

400 Arbeiter und Angestellte der Eurovia Textil GmbH in Gelsenkirchen haben am Freitag, dem 5.11., gegen die Stillegung ihres Betriebes demonstriert und eine Kundgebung in Düsseldorf vor dem Sitz der Westdeutschen Landesbank durchgeführt.

600 Arbeiter und Angestellte sollen auf die Straße fliegen. Das ist der Wille der Schulte & Dieckhoff Kapitalisten, denen die Eurovia GmbH zu 100 Prozent gehört. Schulte & Dieckhoff ist mit 30 Prozent Marktanteilen das größte Feinstrumpfunternehmen der BRD. Drahtzieher der Stillegung ist das Finanzkapital. Die Westdeutsche Landesbank beherrscht mit einer Beteiligung von 60 Millionen DM am Stammkapital, das entspricht 58,3 Prozent, das Unternehmen.

Die Stillegung dient der Bereinigung der Ausgangspositionen in dem imperialistischen Konkurrenzkampf. Er wird seit Beginn der 70er Jahre zwischen den Kapitalisten in der Feinstrumpfbranche in voller Schärfe ausgetragen. Der Importanteil von Feinstrümpfen aus Billiglohnländern, vor allem aus Italien, hat sich seit 1970 von 14,5 auf 32 Prozent erhöht. Die Kapitalisten haben die Ausbeutungsrate der Arbeiter in dieser Zeit ungeheuer verschärft und ihre Zahl von 30 000 auf 11 000 dezimiert.

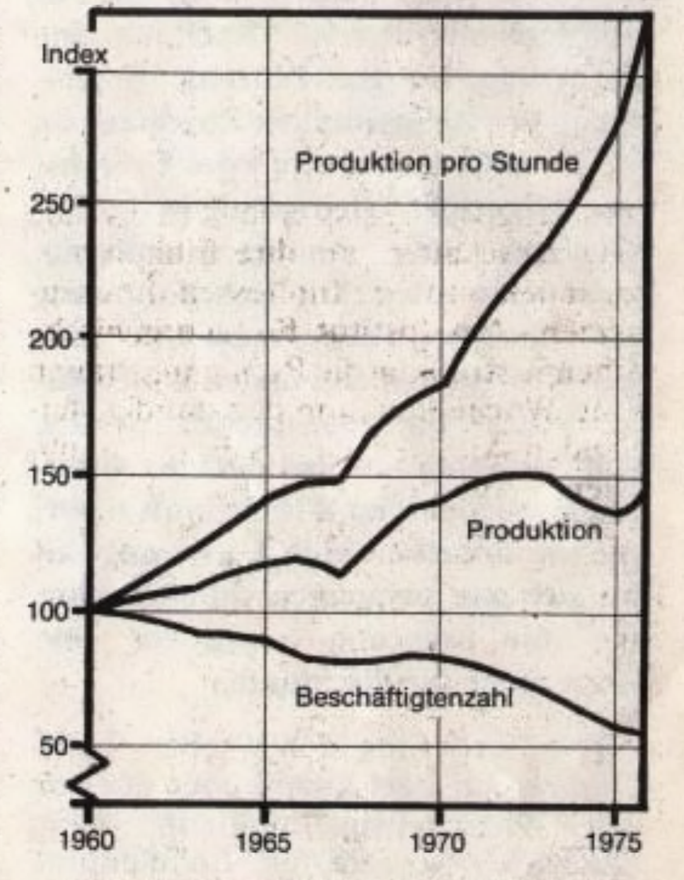
Auf der Betriebsversammlung der Eurovia Textil GmbH am 29.10. wurde in Zwischenrufen von der Belegschaft immer wieder die Verhinderung der Stillegung gefordert.

Die Eurovia Textil GmbH wurde in Gelsenkirchen vor etwa zehn Jahren aufgebaut und damals von den Sozialdemokraten als „Modell für die Überwindung der Kohlenkrise“ gepriesen. Ein Drittel der Belegschaft wird gebildet aus ehemaligen Bergarbeitern, die vor zehn Jahren schon einmal auf die Straße geflogen sind. 140 gehörten zur Belegschaft der „Graf Bismarck“. Meist über 50 Jahre alt, haben sie heute kaum Möglichkeit, noch einen Ausbeuter zu finden, der ihre Arbeitskraft kauft. Die Arbeitslosigkeit liegt in Gelsenkirchen bei 6,4 Prozent.

Ende der 60er Jahre haben die Schulte & Dieckhoff Kapitalisten für 4 DM die Stunde die Arbeiter Tag und Nacht, zum Teil auch sonntags schuften lassen, um ihnen den Konzern aufzubauen. Bereits im Jahre 1972 haben sie wochenlang kurzarbeiten lassen und seitdem 2 600 Arbeiter von ehemals 5 300 entlassen. Seit zwei Jahren wurde in den Werken Gelsenkirchen und Rheine immer wieder kurzgearbeitet.

Bereits am Freitag, dem 29.10., hat die Belegschaft durch einen Warnstreik ihren Willen demonstriert, die Stillegung durch Kampf zu verhindern. Die Sozialdemokraten haben zu spalten versucht, indem sie forderten, die Entlassungen müßten gleichmäßig auf die Werke Gelsenkirchen und Rheine verteilt werden.

Die Belegschaft ist auf dieses Spaltungsmanöver nicht hereingefallen und kämpft gegen die Massenentlassungen. Am folgenden Dienstag auf der Belegschaftsversammlung wurde Schulte & Dieckhoff Geschäftsführer Prümer immer wieder durch Zwischenrufe unterbrochen, die die Verhinderung der Stillegung forderten. An der Demonstration in Düsseldorf hat fast die ganze Belegschaft teilgenommen. – (hd/Red)



Das Schaubild zeigt, wie die Kapitalisten der Textilindustrie in den letzten 16 Jahren aus einer immer geringer werdenden Arbeiteranzahl immer mehr Arbeit herausgepreßt haben. Die absoluten Zahlen sind:

Jahr	Beschäftigtenzahl	Umsatz in Mio DM
1960	619 500	16 482
1975	356 900	26 946

Begleitet war dies von einer Konzentration des Kapitals. Die zehn größten Textilunternehmen vergrößerten ihren Umsatzanteil in den Jahren 1960 bis 1973 von 7,2 Prozent auf 9,6 Prozent.

Die Textilarbeiter gehören zu den schlechtest bezahlten Teilen der Arbeiterklasse in der BRD. 25 Prozent der 192 700 Textilarbeiterinnen erhielten im Januar 1976 einen durchschnittlichen Stundenlohn von 7,21 DM.

Quellen: Statistisches Jahrbuch, Arbeits- und Sozialstatistik

Anhänge zum Druckmanteltarif

Technische Entwicklung in der Satzherstellung dient der Steigerung der Ausbeutung

In der Druckindustrie findet seit Jahren eine gewaltige Umwälzung der Produktion statt. Zahlreiche Korrespondenzen in der KVZ haben diese Entwicklung untersucht. Die folgende Korrespondenz untersucht die Umstellung im Bereich der Satzherstellung von Bleisatz auf Fotosatz und ihre Auswirkungen unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion auf die Lage der Arbeiter. Zum 31.12.1976 werden die Anhänge zum Manteltarif in der Druckindustrie gekündigt. Im Kampf zwischen Druckkapitalisten und Druckarbeitern geht es um Arbeitsbedingungen, Lohneingruppierung, Pausenregelung und Länge des Arbeitstages. Wochenlang haben die Sozialdemokraten in der IG Druck und Papier die von der Tarifkommission bereits beschlossenen Forderungen verschwiegen. Stattdessen verbreiten sie mit ihrem Gerede von der „Humanisierung der Arbeit“ Nebel über die kapitalistische Produktionsweise, in der der Arbeiter ausgebeutet und zum Anhängsel an die Maschinerie entwürdigt wird. Mit ihrem Vorgehen und ihren Parolen wollen die Sozialdemokraten den Zusammenschluß der Druckarbeiter auf der Grundlage geeigneter Forderungen zersetzen. Für die Arbeiter bedeuten die technischen Umwälzungen Entlassungen, Dequalifizierung der Arbeitskraft, Lohndrückerei, Intensivierung der Arbeit. Im ersten Halbjahr 1976 haben die Druckkapitalisten gegenüber dem gleichen Zeitraum 1975 7700 Arbeiter auf die Straße gesetzt und gleichzeitig ihren Umsatz um 6,7 Prozent gesteigert. (Frankfurter Rundschau, 4.11.) Die bisherigen Anhänge zum Druckmanteltarif haben der Verschärfung der Ausbeutung keine ausreichenden Schranken gesetzt.

Noch 1972 hat eine Umfrage bei 1 152 Druckereien unterschiedlicher Größe ergeben, daß 60,2 Prozent eine reine Bleisatzherstellung und nur 2,8 Prozent Fotosatzherstellung haben. Heute wird in den großen Druckzentren die Satzherstellung abgewickelt über elektronische Texterfassung, Textverarbeitung, Textspeicherung und Textausgabe. Ebenso hat sich die Fotosatzherstellung in den Zeitungsverlagen auch in kleineren Betrieben durchgesetzt. Die Mergenthaler Linotype GmbH, eine Herstellerfirma für Fotosatzanlagen, zeichnete 1975 Aufträge für über 25 Millionen DM und rechnet für 1976 mit einer Auftragssteigerung von 60 Prozent.

Eine vollständige Fotosatzanlage hat folgenden Arbeitsablauf: 1. Korrigierte Manuskripte werden mit Maschine getippt und mit Angaben über Schrifttypen und -größen versehen. 2. Diese Manuskripte werden von sogenannten OCR-Geräten gelesen, wobei eine nochmalige Korrektur über ein Bildschirmgerät möglich ist. 3. Entweder geben die OCR-Geräte einen Lochstreifen heraus, der dann in die Fotosatzmaschine eingegeben wird, oder die OCR-Geräte sind über Kabel mit der Fotosatzmaschine verbunden. 4. Automatisch wirft die Maschine die Zeichen, heraus kommt eine Textfahne, die anschließend nur noch montiert zu werden braucht.

Die Lesemaschinen haben eine durchschnittliche Sekundenleistung von 75 Zeichen und erreichen in der Stunde 300 000 Zeichen. Die durchschnittliche Leistung eines Maschinensetzers macht 6 000 Zeichen pro Stunde aus. TTS-Maschinen, die lochbandgesteuert sind, bringen im Schnitt 18 500 Zeichen pro Stunde. Eine Fotosatzanlage ersetzt so 50 manuelle oder 17 lochbandgesteuerte Bleisatzmaschinen. Viele qualifizierte Arbeiter werden arbeitslos, Berufe wie Maschinensetzer, Perforator, Textmetteur usw. sterben aus, beim Korrektor, dem Anzeigenredakteur und bei der Textmontage finden Veränderungen statt. Insgesamt wird die Ausbeutung enorm verschärft.

Die bisherigen Anhänge zum Manteltarif sind keine ausreichende Schranke gegen die verschärfte Schweißauspressung. Im allgemeinen Anhang wird ausgeführt, daß bei Einführung neuer Maschinensysteme auf Ersuchen einer der Tarifvertragsparteien Gespräche stattfinden, um „nach Vorliegen von technischen Erfahrungen und unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten in der BRD erforderlichenfalls zu tariflichen Vereinbarungen zu kommen“. 1975 hat die IG Druck und Papier dem Bundesverband Druck Mustervereinbarungen an OCR- und Bildschirmgeräten vorgelegt. Bis heute sind die Druckkapitalisten zum Abschluß tariflicher Vereinbarungen nicht bereit. Unter Berufung auf die Anhänge behaupten sie, keine „hinreichenden Erfahrungen und Kenntnisse“ zu besitzen. Den tariflosen Zustand nutzen sie zur weiteren Verschärfung der Auspressung. Die Sozialdemokraten in der IG Druck und Papier nehmen diese Unverschämtheit jetzt schon lange hin. Anders die Druckarbeiter. Die Springer-Arbeiter in Berlin haben im März 1976 den Vorstand aufgefordert: „Die Mitgliedschaft sollte befragt werden, ob gewerkschaftliche Mittel gegen die weitere Verschleppung der Verhandlungen der Arbeitgeber über OCR-Geräte und Bildschirmterminals eingesetzt werden sollen“. Weiter greifen sie die Öffnungsklauseln im Manteltarif an: „Mit hohem Kapitalaufwand werden die modernsten Maschinen und Geräte eingesetzt und von Fachfremden und kurzfristig Angelernten bedient … Qualifizierte Arbeitskräfte werden dann zu Arbeitslosen gemacht … Öffnungsklauseln des Manteltarifvertrages der Druckindustrie werden rigoros ausgenutzt. So zieht man Arbeiten der Satzherstellung in den Verlagsbereich, der diesem Manteltarifvertrag nicht unterliegt.“

Unzureichend ist die Bestimmung: „Alle elektronischen Bildherstellungsgeräte, fotomechanische Farbauszugsgeräte und mechanische Klischeeherstellungsgeräte werden vorzugsweise von Fachkräften der Druckformherstellung bedient.“ Vorzugsweise heißt, es braucht nicht. So setzen die Kapitalisten zum Tippen der Manuskripte Frauen in Heimarbeit ein. Das ist billig, denn dafür gibt es überhaupt keinen Tarifvertrag.

Weiter heißt es in den Anhängen: „Fotosatzmaschinen sind durch geeignete Fachkräfte nach erfolgter Einweisung zu bedienen.“ Diese „erfolgte Einweisung“ hat beim Hamburger Auer-Druck so ausgesehen, daß im 20-Stunden-Schnellverfahren die Schriftsetzer die Grundbegriffe des Fotosatzes kennengelernt haben und anschließend abwechselnd im Blei- und Fotosatz arbeiten mußten. Das hat dazu geführt, daß teilweise die Arbeiten im Fotosatz nicht geschafft werden konnten und dann im Bleisatz in Überstunden gemacht werden mußten. Auf diese Weise ersparen sich die Kapitalisten die Ausbildungskosten und bürden den Arbeitern verschärfte Arbeitshetze und Verlängerung des Arbeitstages auf.

Keine Festlegung enthält der Manteltarifvertrag zur Entlohnung der Arbeit an Fotosatzmaschinen. So verdient jeder Arbeiter etwas anderes, da er jetzt nach seiner alten Tätigkeit bezahlt wird. Die Arbeiter der Mannheimer Morgen Großdruckerei haben am 25.11.1975 gefordert, daß alle bei der Arbeit im Fotosatz 120 Prozent bekommen sollen.

Ebenso enthält der Manteltarif keine Festlegung zur veränderten Arbeit der Korrektoren, so daß die Kapitalisten dazu übergehen, den Redakteuren diese zusätzliche Arbeit aufzuhalsen. Im Hannoveraner Druckzentrum Mattsack wird angestrebt, daß Kleinanzeigen von Frauen in der Anzeigenaufnahme, die eingegeben werden auf Band und über ein Bildschirmgerät kontrolliert werden können, ohne zusätzliche Korrektur gleich gesetzt werden sollen. Noch keine Vereinbarung enthält der Manteltarif über die Arbeit am Bildschirmgerät. Die Arbeit am Bildschirmgerät erfordert eine große Konzentration. Außerdem ist festgestellt worden, daß die Sehleistung beeinträchtigt wird je nach Dauer der Arbeitszeit. Nach einer vierstündigen Dauerarbeit am Bildschirmgerät braucht man eine halbe Stunde, bis die Sehbeeintträchtigung zurückggeht.

Für die Druckarbeiter kommt es im Kampf um die Anhänge darauf an, Schranken zu errichten zum Schutz ihrer Arbeitskraft gegen die Auswirkungen des Lohnsystems. Dazu wird in der IG Druck und Papier die Forderung nach dem Siebenstundentag breit diskutiert. Auf dem letzten Gewerkschaftstag lagen zwei Anträge der Landesbezirke Bayern und Baden-Württemberg vor, die dem Hauptvorstand als Material überwiesen wurden. In der Begründung der Anträge heißt es: „Die rasche technische Entwicklung in der Druckindustrie bringt ständig steigende Belastungen für die Beschäftigten mit sich … Dieser Entwicklung muß durch Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 35 Stunden entgegengewirkt werden.“ – (lb, Hamburg/Red.)

Personalratswahlen in den niedersächsischen Staatsdiensten

Teil des Kampfes gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung

Am 30.11. werden in den niedersächsischen Staatsdiensten neue Personalvertretungen gewählt.

„Diese Wahlen finden in einer Zeit statt, wo sich die Widersprüche zwischen dem staatlichen Dienstherren und den Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes verschärfen. Die Lohnabhängigen organisieren sich in den Gewerkschaften, um ihre Einheit herzustellen und ihre Interessen durchzusetzen. Am Institut für anorganische Chemie streikten die Reinigungsfrauen eine Woche lang, um der ständig steigenden Arbeitshetze ein Ende zu machen. An den Universitätskliniken streikten die studentischen Sitzwachen über sechs Wochen lang gegen eine 30-prozentige Lohnkürzung. Während der Lohnauseinandersetzung führten 70 Arbeiter und Angestellte der Universitätskliniken eine Demonstration und Kundgebung für die volle Durchsetzung der 135 DM-Forderung durch. Und in den Abteilungen flammt immer erneut der Widerstand auf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Der staatliche Dienstherr versucht, seine Dienstaufsicht an der Universität auf Trab zu bringen, um seine Ziele durchzusetzen. Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung.

Bei den anstehenden Personalratswahlen steht zur Entscheidung: Schaffen wir uns einen Personalrat, der die Interessen und den Widerstand der Lohnabhängigen an der Universität bedingungslos unterstützt, oder wird ein Personalrat gewählt, der vertrauensvoll mit der Dienstaufsicht zusammenarbeitet, um die Ziele des staatlichen Dienstherren gegen die Interessen der Belegschaft der Universität durchzusetzen." (Programm der Gewerkschaftlichen Liste gegen Lohnabbau, Rationalisierung und Politische Entrechtung)

Schweißauspressung bis zum äußersten

Daß sich die Entscheidung in dieser Schärfe stellt, beweist die Untersuchung des Personalrates der Medizinischen Klinik.

Von Januar bis Juli 1976 mußten die zirka 100 Schwestern und Pfleger 3 527 Überstunden machen, das sind 22 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des letzten Jahres; 21 475 Patienten wurden von Januar bis Juli durch die acht Stationen und die Poliklinik geschleust, das sind 4,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Ähnlich sieht es in den anderen Abteilungen aus. Mehrarbeit und Überstunden, systematische Verringerung der Belegschaft durch Einstellungsstopp und generelle Streichung der Urlaubs- und Krankheitsvertretungen – so versucht der Dienstherr die Schweißauspressung bis zum äußersten zu treiben und die Lohnkosten drastisch zu senken.

Auf der Infektionsstation mußte eine Schwester mehrere Tage elf zum Teil schwerkranke, infektiöse Patienten allein versorgen. Ihre Arbeitszeit ging teils von 6.30 bis 21.00 Uhr. Eine Schwester war erkrankt, ein Pfleger in Urlaub, die Dienstaufsicht weigerte sich, Vertretungen zu stellen.

Auf der Privatstation ist der Patientendurchlauf um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, und vier examinierte Schwestern und eine Hilfskraft mußten insgesamt 490 Überstunden machen (137 Prozent mehr). Im Oktober zog ihnen die Klinikleitung eine Planstelle ab. Ein Schwester weniger auf dieser 15-Betten-Station. Billige Hilfskräfte, drei Krankenpflegeschüler, ein Zivildienstleistender und ein Praktikant, der keinen Pfennig für die Malocherei erhält, halten den Stationsbetrieb mit aufrecht. Die Meinung der Stationsbelegschaft: So geht das nicht weiter, die Planstelle muß wieder her!

Auf der allgemeinen Männerstation mußten allein drei Schwestern und Pfleger 726 Überstunden im ersten Halbjahr machen. Gegen die immense Schweißauspressung haben sie im August die Schließung von fünf Betten gegen den Widerstand der Oberschwester und die Stationsärzte durchgesetzt.

Von den 48 Putzfrauen waren vor 2 Wochen über 20 im Urlaub bzw. erkrankt. Eine Kollegin berichtete, daß sie pro Tag jetzt auf 3 Stationen putzen müßte. Sie würde sich nicht mehr rumhetzen lassen. Viele Arbeiten müssen liegen bleiben. „Daß das Krankenhaus weiter verdreckt und die Infektionsgefahr steigt, ist nicht unsere Schuld."

Auf der Infektionsstation, wo ebenfalls eine Putzfrau fehlte, ließ sich die Oberschwester etwas Besonderes einfallen, um aus der griechischen Putzfrau die Arbeiten von zweien rauszuholen. Sie wollte es ihr *praktisch* beweisen, daß man innerhalb von wenigen Minuten ein Zimmer putzen kann. Eines Morgens kam sie überraschend auf Station, nahm Scheuerbesen und Tücher und machte sich ans Werk. Über eine Stunde lang mühte sie sich ab mit dem Putzen. Sie hatte bewiesen, daß sie selbst zum Putzen nichts taugt. Unter dem Gespött und Gelächter der Belegschaft und der Patienten zog dieser verhaßte Spitzel und Antreiber wieder ab.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung beschließt ein Programm

Der Dienstherr ist nicht sehr weit gekommen mit seinen Plänen. Überall stößt er auf Widerstand der Lohnabhängigen. So auch, wenn jetzt der Verwaltungsdirektor mit dem „Überstundenproblem" Schluß machen will. Er hat angeordnet, daß Überstunden nur noch bezahlt werden, wenn sie vorher vom Dienstvorgesetzten schriftlich angeordnet werden! Er hofft auf freiwillige, unbezahlte Überstunden.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung an den Uni-Kliniken hat deshalb ein Programm beschlossen: gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung.

30 Angestellte und drei Arbeiter kandidieren für die örtlichen Personalräte in der Medizin, Chirurgie, Kinder- und Nervenklinik auf diesem Programm. Insgesamt über 200 Angestellte und Arbeiter haben diese Liste bis zum 25. Oktober unterschrieben und damit die Kandidatur dieser Liste gesichert. Zwölf Angestellte kandidieren auf diesem Programm für den Gesamtpersonalrat der Universität, unterstützt von 160 Lohnabhängigen; neun Angestellte aus Göttingen kandidieren für den Hauptpersonalrat beim niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, unterstützt von 107 Lohnabhängigen.

Diesen Zusammenschluß fürchtet die Dienstaufsicht. Hektische Reaktionen legt sie an den Tag. Sie ordnete an, daß die Programmplakate „Gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung" in allen Abteilungen abgerissen werden. So legte der Oberpfleger der Nervenklinik selbst Hand an. Auf mehreren Stationen wurden sie wieder aufgehängt.

In der Medizinischen Klinik drohte ein Oberarzt einem Personalratskandidaten des Programms ein „schwerwiegendes Dienstvergehen" an, wenn er während der Arbeitzeit weiterhin zuviel über das Programm diskutiere. Die Abteilung hat diesen Angriff zurückgewiesen.

Als bekannt wurde, daß die Oberschwester in der Kinderklinik eine Liste zusammenbringen wollte, war die einhellige Meinung: Wer darauf kandidiert, wird nicht unterstützt. Diese Liste ist dann auch nicht zustandegekommen.

Je mehr der Zusammenschluß gegen den Dienstherren an Kraft gewinnt, vergrößern die Reformisten und Revisionisten ihre Anstrengungen, den Kampf der Klinikbelegschaft zu spalten und zu unterdrücken. Der Geschäftsführer der ÖTV versuchte eine Mitgliederversammlung, an der vom Ausschluß bedrohte Angestellte teilnahmen, aufzulösen und somit auch die Verabschiedung des Programms zu verhindern. Das gelang ihm nicht. Der Geschäftsführer und sechs weitere Sozialdemokraten verließen die Versammlung. Das Programm wurde mit großer Mehrheit von den über 70 Teilnehmern verabschiedet.

Auf der Personalversammlung in der Medizinischen Klinik haben sich Reformisten und Revisionisten für die Forderungen des Programms ausgesprochen, aber nur, um die Belegschaft der Medizin erneut an den Staat zu fesseln. Nicht „bedingungslose Unterstützung des Widerstands" der Lohnabhängigen, wie es im Programm heißt, ist ihr Ziel, sondern die Belegschaft vor der Regierung auf dem Bauch kriechen zu lassen. Deshalb haben sie auf der Personalversammlung durchgesetzt, daß nicht Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Forderungen beraten werden, sondern eine Petition an den Landtag geschickt wird. Damit werden sie nicht länger mehr durchkommen, das wissen sie selber. Deshalb versuchen sie jetzt, an der Nervenklinik eine Personalversammlung, auf der das Programm diskutiert und Kampfschritte gegen die Entlassung von zehn Angestellten beschlossen werden sollen, zu verhindern. Doch sofort wurden über 150 Unterschriften gesammelt für diese Personalversammlung, und es wird sich dort zeigen, wer den Kampf gegen Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung unterstützt und wer auf der Seite des Dienstherrn steht. Für diese Klärung der Fronten ist das gewerkschaftliche Programm: Gegen Lohnabbau, Rationalisierungund politische Entrechtung eine gute Waffe.

Die Tatsache, daß auf diesem Programm Angestellte für den Hauptpersonalrat beim niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst kandidieren, ist eine ausgezeichnete Voraussetzung, den Zusammenschluß der Lohnabhängigen in den niedersächsischen Staatsdiensten zu festigen. Das muß man machen. – (i., Bezirk Südniedersachsen)

Beschlußfassung in der Gewerkschaft ÖTV zum Lohnkampf

Hannover: Der Vertrauensleutekörper Fuhramt hat eine Forderung von 170 DM beschlossen. Der Vertrauensleutekörper Gaswerk hat sich für eine Forderung von 8 Prozent ausgesprochen, mindesens 150 DM. Der Arbeitskreis des Vertrauensleutekörpers der Medizinischen Hochschule empfiehlt dem Vertrauensleutekörper 165 DM.

Westberlin: Drei ÖTV-Bereiche am Klinikum Westend fordern 175 DM.

Neu-Isenburg: ÖTV-Jugend: 190 DM

Gettenbach: Die Betriebsversammlung des Jugendsozialwerks mit 60 Teilnehmern fordert 190 DM, zusätzlich: 40-Stunden-Woche, 13. Monatsgehalt, Absicherung der Fahrgeldrückerstattung in einer Betriebsvereinbarung.

Frankfurt: ÖTV Betriebsgruppe Universität Kernbereich: 185 DM. 300 DM Urlaubsgeld. Das Schlichtungsabkommen darf auf keinen Fall erneuert werden. Beschäftigte des Förderungs- und Eingliederungslehrgangs des Jugendsozialwerks: 170 DM, 13. Monatsgehalt, 40-Stunden-Woche.

Offenbach: ÖTV-Betriebsgruppe Jugendsozialwerk: 170 DM

Mainz: Vertrauenskörper der ÖTV an der Universität schlägt den Beschäftigten vor: 180 DM. Für Streikrecht und Beseitigung des besonderen Dienstrechts. In 14 Tagen soll ein endgültiger Beschluß über die Forderung gefaßt werden.

Marburg: Die ÖTV-Vertrauensleute Zahnklinik schlagen vor: 170 DM.

Osnabrück. Die Mitgliederversammlung des GEW-Regionalverbands Osnabrück beschloß, daß die GEW den Tarifkampf gemeinsam mit der ÖTV führen soll: „Die Mitglieder der GEW, Regionalverband Osnabrück-Stadt, tritt in der kommenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst für eine Festgeldforderung von 170 DM ein. Der Hauptvorstand der GEW wird aufgefordert, sich an den Tarifverhandlungen zu beteiligen. Die Tariffähigkeit der GEW muß hergestellt werden."

Offenbach. Am Mittwoch, dem 3.11.76, habenSchulgruppen aus Dudenhofen, Seligenstadt, Dietzenbach, Langen, Dreieichenhain und andere einen Autokorso nach Hausen durchgeführt. Die Autos waren mit Plakaten behängt, auf denen die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Lehrer zu lesen waren: Weg mit den Zwei-Drittel-Stellen, Einstellung arbeitsloser Lehrer, Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung durch den 18 000-Stunden-Erlaß, Weg mit dem Beamtenrecht. Auf der Mitgliederversammlung waren zirka 200, die sich nicht einverstanden erklärten mit dem Beschluß des Hauptausschusses, Urabstimmung und Warnstreik abzublasen. Unter anderem wurde beschlossen: noch im November in den Schulen Aktionen (wie Pausenversammlungen) durchzuführen, um erneut für einen Streik zu mobilisieren, mit eindeutiger Mehrheit wurde ein Antrag auf außerordentliche Landesvertreterversammlung angenommen.

Frankfurt. Die GEW-Schulgruppe der Bornheimer Realschule hat am 4.11. beschlossen, auf einer Kundgebung im Stadtteil Bornheim unter eigenen Transparenten mit den Forderungen: Weg mit den Zwei-Drittel-Stellen, keine Arbeitszeitverlängerung, teilzunehmen. Die GEW-Schulgruppe Helmholtz-Schule hat sich an die GEW-Schulgruppe Bornheim Nordende gewandt mit dem Vorschlag, am kommenden Samstag eine gewerkschaftliche Kundgebung mit den Streikforderungen durchzuführen.

Emden. Der Ortsverband Emden der GEW hat auf seiner letzten Mitgliederversammlung den folgenden Antrag einstimmig angenommen: „Die Mitgliederversammlung protestiert schärfstens gegen den Ausschluß des Landesverbandes Berlin durch den Hauptvorstand. Die Mitgliederversammlung stellt den Antrag, eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung einzuberufen, diese außerordentliche Bundesvertreterversammlung berät und beschließt über den Verbleib des Landesverbandes Berlin in der GEW. (Siehe auch § 20, Absatz 2 der Satzung der GEW)"

Lingen. Nach recht heftiger Diskussion hat am 28.10. mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen die Mitgliederversammlung des Regionalverbandes Meppen der GEW folgenden Antrag an die Vertreterversammlung des Bezirksverbandes Osnabrück der GEW am 8.12.76 beschlossen: „Die Vertreterversammlung des Bezirksverbandes Osnabrück der GEW wendet sich entschieden gegen den Ausschluß des Landesverbandes Westberlin aus der GEW und fordert – wie zahlreiche andere GEW-Gremien, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ebenfalls prinzipiell ablehnen – den Landesvorstand Niedersachsen der GEW auf, auf die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung hinzuwirken, auf der der Ausschluß des Landesverbandes Westberlin und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB neu verhandelt werden sollen."

Vier fristlose Kündigungen im Stadtkrankenhaus Wolfsburg

Höchst unerfreuliche Lage für den Oberstadtdirektor

Wolfsburg. 77 Beschäftigte aus dem Stadtkrankenhaus Wolfsburg haben in einem Leserbrief an die Lokalpresse gegen die geplante Einführung einer Fünfeinhalbtagewoche protestiert. Der Oberstadtdirektor Hasselbrink reagierte darauf mit der fristlosen Kündigung von vier von ihnen. Seit langer Zeit schwelt im Krankenhaus der Konflikt um die Frage der Rationalisierungen. Er hat sich zugespitzt, als die Stadtverwaltung die Streichung von 34 Planstellen beschloß und die Einführung einer Fünfeinhalbtagewoche anstrebte, um diese Streichungen durchführen zu können. In einer Reihe von Beschlüssen und Unterschriftensammlungen haben die Arbeiter und Angestellten dagegen protestiert. Der Dienstherr versuchte den Widerstand von vornherein zu ersticken.

Als in der Betriebszeitung des KBW über einige Verhandlungsmanöver berichtet wurde, die mit dem Personalrat gemacht wurden, drohte die Personalratsvorsitzende, eine Oberärztin, daß der Verfassungsschutz eingeschaltet würde. Es wurde dann der Versuch gemacht, Spaltertruppen ins Feld zu schicken. Eine Stationsschwester wurde vorgeschickt mit einem Flugblatt, um gegenüber den Arbeitern und Angestellten die Fünfeinhalbtagewoche als vorteilhaft anzupreisen und den „Schrittmacher", die Betriebszeitung des KBW, anzugreifen. Im „Schrittmacher" wurde die Gelegenheit ergriffen, um die Argumente des Dienstherrn, die hier indirekt vorgetragen wurden, fein säuberlich zu widerlegen. Eine chirurgische Station schrieb eine Gegendarstellung gegen das Flugblatt der Stationsschwester. Diese Gegendarstellung wurde von anderen chirurgischen Stationen unterstützt. Der Dienstherr versuchte einen erneuten Gegenschlag. Die Oberärztin und Personalratsvorsitzende Lindenberg tauchte auf einer Wahlveranstaltung des KBW auf. Sie wurde zur Rede gestellt und gefragt, ob sie als Spitzel gekommen sei oder als jemand, der etwas zur Sache sagen will. Sie hielt es nicht für nötig, sich zu äußern, und wurde folglich hinausgeworfen. Vor zwei Wochen fand eine Personalversammlung statt. Die Personalversammlung war ursprünglich einberufen worden, um vom Personal offiziell die Zustimmung zu der Dienstzeitänderung zu holen. Die Stimmung war aber so eindeutig dagegen, daß man es erst gar nicht zur Abstimmung kommen ließ. Der Dienststellenpersonalrat im Krankenhaus faßte kurze Zeit später einen Beschluß, daß er die Fünfeinhalbtagewoche ablehnt. Als Sprecher für diese Rationalisierungsmaßnahmen war praktisch der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats aufgetreten, vor einigen Monaten vom SPD-Vorsitz zurückgetreten, weil er ÖTV-Vorsitzender werden wollte. Er sagte, die Sache sei überhaupt nicht zu verhindern, und man solle sich darauf beschränken, bei den Verhandlungen darüber wenigstens etwas herauszuholen. Nach dem ablehnenden Beschluß des Dienststellenpersonalrats ist praktisch der Gesamtpersonalrat für die weiteren Verhandlungen zuständig. In diese Verhandlungen haben die Beschäftigten kein Vertrauen. Sie verfaßten stattdessen einen Leserbrief, der von 77 Arbeitern und Angestellten unterzeichnet wurde, und wandten sich damit an die Öffentlichkeit. In dem Leserbrief wird ausgeführt, daß die Rationalisierungen eine Verschlechterung der Patientenversorgung bedeuten und für das Personal Mehrarbeit bringen. Der Dienstherr wurde an einer empfindlichen Stelle getroffen. Durch die sogenannte Treuepflicht will er allen Lohnabhängigen, die im Staatsdienst arbeiten, verbieten, die Wahrheit über die Verhältnisse in diesem Staat öffentlich zu verbreiten. Genau auf diese Treuepflicht hat sich der Oberstadtdirektor Hasselbrink berufen, als er gegen vier der 77 Unterzeichner des Briefes eine fristlose Kündigung aussprach. Alle vier sind Auszubildende. Am selben Tag, an dem die Kündigungen ausgesprochen wurden, fanden im Krankenhaus zwei Personalversammlungen zu diesem Thema statt. Zunächst wollte man die vier an der Versammlung nicht teilnehmen lassen. Als sie sich jedoch weigerten, den Saal zu verlassen, beschränkte man sich auf ein Redeverbot. Die Schüler aus den beiden Kursen der vier hatten eine Resolution verfaßt, in der sie gegen die Entlassungen protestierten. Bei der Versammlung vormittags erhoben sie sich von ihren Sitzen, um sie gemeinsam vorzutragen. Auf der Versammlung nachmittags, auf der wesentlich mehr erschienen waren, wollten sie dies wiederholen. Als sie jedoch von ihren Plätzen aufstanden, erhob sich fast der ganze Saal. Nur einige wenige waren sitzen geblieben. Hasselbrink versuchte die Kündigung zu begründen. Die vier hätte er sich ausgesucht, weil sie ganz besonders schlimm seien. Sie hätten nicht nur Unterschriften gesammelt, sondern würden auch noch sagen, das sei richtig, und sie seien auch nicht bereit, den Namen der oder des Verfassers zu nennen. Wenn alle 77 so zu ihren Unterschriften stehen würden, dann müßte er sie alle entlassen.

Johlendes Gelächter kam als Antwort aus dem Saal. Viele meldeten sich in der Diskussion zu Wort und griffen Hasselbrink scharf an. Sie betonten, daß sie nach wie vor zu dem stehen, was sie getan haben, und daß sie die Entlassung der vier Kollegen als einen Angriff auf die Meinungsfreiheit betrachten, der das gesamte Personal mundtot machen soll. Es ist ganz offensichtlich: Diese Absicht ist fehlgeschlagen. Nicht Friedhofsruhe, Empörung herrscht im Krankenhaus. Es ist eine höchst unerfreuliche Lage, in die der Oberstadtdirektor da hineingeraten ist. Er muß sich vorkommen wie jemand, der versucht, einen Brand durch Pusten zu löschen, und dabei die Flammen immer mehr anfacht. – (n., Wolfsburg)

Diepholz. Metall-Berufsschulklasse setzt reaktionäre Lehrerin ab. Die Lehrerin Kettler ist bekannt wegen ihrer wilden Unterdrückung der Berufsschüler, die sie anwenden muß, um ihr reaktionäres Gedankengut zu verbreiten. Im Gemeinschaftskundeunterricht behauptet sie z.B., daß die Arbeiter in den Arztpraxen sitzen, weil sie zu faul zum Arbeiten sind, für die Rentner will sie Beitragspflicht für Krankenkassen einführen, weil sie angeblich taschenweise Medikamente aus den Apotheken holen, weshalb die Beiträge erhöht werden müßten. Mit ihren reaktionären Lügen hat sie die Wut der Schüler auf sich gezogen. Zunächst zogen die Schüler zum Klassenlehrer und forderten die Absetzung der Lehrerin. Dieser wiegelte ab und die Schüler nahmen die Sache jetzt selbst in die Hand. In der folgenden Stunde forderte der Klassensprecher die Lehrerin auf, den Raum zu verlassen, da die Klasse einen neuen Lehrer will. Als sie anfing herumzuschreien, packten die Schüler ihre Sachen. Mehrere Spaltungsversuche, wie Delegationen zum Klassenlehrer schicken, zogen nicht. Der Klassenlehrer gab in der nächsten Stunde bekannt, daß die Lehrerin Kettler versetzt worden sei.

Zwei ehemalige Klassensprecher des Fachgymnasiums der Kreisberufsschule Itzehoe sind zu je 450 DM verurteilt worden, weil sie zusammen mit 21 Mitschülern die Entlassung eines Lehrers gefordert hatten. Die Schüler begründeten das damit, daß der Lehrer nicht in der Lage sei, ihnen etwas beizubringen, und die Schüler schikaniert und einschüchtert. So antwortete der Lehrer z.B. auf Fragen der Schüler mit: „Ihr habt doch sowieso keine Ahnung". Der Lehrer erhob gegen die Forderungen der Schüler Anklage wegen Verleumdung. Rückendeckung erhielt er dabei vom Landesschulamt, das ebenfalls Strafantrag stellte. Die Schüler haben dagegen die Forderungen erneut bekräftigt und die Schülervertretung führt eine Unterschriftensammlung durch, in der das Recht der Schüler, ihre Meinung zu Lehrern und Unterricht frei zu äußern, gefordert wird. – (i., Hamburg)

In der BRD gingen 1974 von 1 000 Schülern im Alter von 6 bis 15 Jahren 42 in eine Sonderschule. In Offenbach betrug

In der BRD gingen 1974 von 1 000 Schülern im Alter von 6 bis 15 Jahren 42 in eine Sonderschule. In Offenbach betrug

diese Zahl 57. Ein Jahr später schon 61. Das heißt, von 13 650 Schülern gingen 833 in eine Sonderschule. An der Fröbel-Schule, einer Sonderschule, stieg die Zahl der Schüler von 17 im Jahre 1965 auf 108 im Jahr 1976. Die Kinder, die von der imperialistischen Bourgeoisie in die Sonderschule gesteckt werden, kommen aus der Arbeiterklasse. Im Offenbacher Stadtgebiet Eschig berichteten die Eltern, die ausschließlich Arbeiter sind, daß von den ihnen bekannten 56 schulpflichtigen Kindern 26 Kinder auf die Sonderschule gehen. Diese Einweisungen in die Sonderschule werden vorgenommen unter Hinweis auf „abnormale Verhaltensweisen und unkontrollierte Reaktionen". Als solche gelten bereits Verwechslungen von Buchstaben und Zahlen, z.B. das Schreiben von 54 statt 45. Solch geringfügigen Fehler, womit Bourgeoiskinder allemal Abitur und Studium machen, werden für die Aussonderung vorgeschoben. Die Eltern in Eschig berichten über den Drill und den Stumpfsinn, der an dieser Schule betrieben wird: Die Lehrerin einer Klasse für Lernbehinderte an der Friedrich-Ebert-Schule läßt die 6- bis 10-jährigen Schüler paarweise durch das Treppenhaus gehen, die hinteren auf dem Treppenabsatz links überholen und nennt das Verkehrserziehung. Daß sich die Schüler vor dem Unterricht die Nägel säubern, sich waschen und die Hausschuhe für den Klassenraum anziehen müssen, wird als Vorbereitung auf das spätere Leben bezeichnet.

Auf der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier Bezirk Frankfurt wurde am 30.10. von der Jugendgruppe eine Resolution eingebracht. In der Gutenberg-Schule in Frankfurt wurden in diesem Jahr für mindestens 5 Klassen, die vorher 2 mal 6 Stunden hatten, der Unterricht so verlegt, daß mindestens an einem Tag die Lehrlinge in den Betrieb müssen. In 2 Klassen wurde dies durch Kürzung des Unterrichts von 12 auf 11 Stunden und in einer sogar von 12 auf 9,5 Stunden erreicht. Die Jugendgruppe schlug unter Beifall der Mitgliederversammlung vor, daß die Betriebsräte der Frankfurter Druckbetriebe Maßnahmen zur Verwirklichung der Forderung nach 2 arbeitsfreien Berufsschultagen ergreifen sollen. In einer Resolution verurteilten die ca. 60 Anwesenden die Unterrichtskürzungen und Unterrichtsverlegungen an der Gutenberg-Schule Frankfurt, und stellten die Forderung auf: 2 arbeitsfreie Berufsschultage pro Woche mit jeweils mindestens 6 Stunden Unterricht. (Mit einer Enthaltung mehrheitlich angenommen)

Papenburg. 800 Schüler streiken für Lehrmittelfreiheit. Die Vollversammlung des Gymnasiums Papenburg hat letzten Mittwoch einen zweitägigen Streik gegen den Kopiererlaß des Kultusministers beschlossen. Pro Klasse sollen nur noch 7 Photokopien eines Arbeitstextes gemacht werden dürfen, nur jeder 4. Schüler erhält eine Kopie, den Rest muß man selbst bezahlen. Eine Vollversammlung der Unterstufe hatte der Direktor verboten, weil ein Streik rechtswidrig sei. Die hohe Streikbeteiligung (800 bis 1 100) gab ihm die richtige Antwort.

„30 Prozent Stundenausfall und noch mehr, da müssen neue Lehrer her"

Kassel. Letzten Freitag demonstrierten ca. 7 000 Schüler und Lehrer von Schulen aus Kassel und Umgebung in einem langen Zug zum Rathaus. Fast einstimmig wandten sie sich in Sprechchören gegen Unterrichtsausfall und Lehrermangel und die gesamte Bildungspolitik der SPD-FDP Landesregierung und ihres Kultusministers Krollmann.

Unmittelbarer Anlaß dieser großen Manifestation gegen die Schulunterdrückung ist der geplante Abzug von Lehrkräften aus zwei Kasseler Gymnasien, in denen der übliche Lehrermangel von 30 % unterschritten wird. An der Demonstration beteiligten sich Tausende von Schülern von 11 Gymnasien aus Stadt und Kreis Kassel, Schüler des Hessenkollegs und der Walter-Hecker-Berufsschule sowie Dutzende von Lehrern.

Die Sprecher der einzelnen Gymnasien und der Walter-Hecker-Berufsschule bekamen auf der abschließenden Kundgebung donnernden Beifall, der sich um so mehr steigerte, je mehr Schulen und Delegationen auch von Schulen außerhalb Kassels genannt wurden und je mehr Schülervertreter erklärten, ihre Schulen hätten jetzt auch den Streik beschlossen.

Vorausgegangen war der Demonstration ein Streik der Schüler der Herder-Schule, einem der beiden Gymnasien, an denen je 4 bis 5 Lehrer abgezogen und zwangsversetzt werden sollen. Seit Montag, dem 1. November, befinden sich die Herder-Schüler im Streik.

Zusammen mit den Grimm-Schülern aus dem anderen von dem Abzug betroffenen Gymnasium und zahlreichen Lehrern der beiden Schulen waren sie am 2.11. mit Bussen zum nahegelegenen Jugendhof auf dem Sensenstein gefahren, wo die SPD-Landtagsfraktion tagte. In einem 1 200 Mann zählenden Demonstrationszug marschierten sie vor das Tagungsgebäude und verlangten Krollmann zu sprechen. Krollmann ließ sich wegen einer starken Erkältung entschuldigen. Worauf die Schüler ihn ausbuhten. Er mußte eine Delegation empfangen. Die Delgation wurde kurzgehalten und beschimpft: Der ehemalige Umweltminister Best: „Ihr solltet lieber hinter euren Schulbänken sitzen als hier rumzudemonstrieren." 1 1/2 Stunden dauerte es, bis die Delegation zurückkam. Ohne Ergebnis. Krollmann habe behauptet, über die Versetzung wäre noch nicht entschieden. Viele Schüler hatten nicht so lange warten wollen. „Wenn der nicht rauskommt, müssen wir rein" war die Meinung vieler, und die 30 Polizisten hatten alle Hände voll zu tun, um dem Druck der Massen standzuhalten. Vorsichtshalber hatten sie, für die Schüler nicht auf den ersten Blick sichtbar, eine Hundertschaft Polizei zur Sicherung des Gebäudes und Krollmanns postiert. Erst durch ein Manöver der reformistischen Schülervertretung ist der Krollmann noch mal ungeschoren davongekommen. Die Schülervertretung erklärte: Man solle nach Hause gehen, man hätte ja erreicht, daß man angehört wurde, und eine weitere Eskalation und Konfrontation wäre nur der Durchsetzung der Forderung schädlich.

Die Schüler hatten bereits am Freitag, dem 30.10., genug Erfahrungen mit der Hinhaltetaktik der Regierungsbeamten gemacht, als sie mit 500 Mann vor das Regierungspräsidium gezogen waren und dort eine Resolution überreichen wollten. Deshalb waren viele dafür, Krollmann zu stellen.

Diese Aktionen hatten zur Folge, daß zahlreiche andere Schulen aus Kassel und Umgebung von dem Kampf der Herder- und Grimm-Schüler erfuhren und sich mit ihrem Kampf solidarisierten.

Die Berufsschüler der Walter-Hekker-Berufsschule z.B. haben mehrere Resolutionen von Tagessprecherversammlungen der letzten Woche an die Gymnasien geschickt, in denen sie den Kampf der Oberschüler unterstützen. Auf der Abschlußkundgebung nach der großen Demonstration berichteten die Berufsschüler den Gymnasialschülern von ihrem Kampf:

„Wir werden zur Zeit 8 bis 9 Stunden an einem Tag in die Schule gepreßt, damit die Kapitalisten uns 4 Tage in der Woche ausbeuten können. Wir fordern jetzt 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Wochentagen. Wir kämpfen auch bereits für diese Forderung. Am letzten Montag, Mittwoch und Donnerstag haben wir nach den Tagessprecherwahlen Demonstrationen zur Schule gemacht, unsere Forderungen an den Direktor gestellt und ihn aufgefordert, bis nächste Woche zu erklären, ob er 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Wochentagen geben will oder nicht. Den Unterricht haben wir danach boykottiert als ersten Kampfschritt zur Durchsetzung unserer Forderung. Wir unterstützen euren Kampf und überbringen euch die solidarischen Grüße der Hecker-Schüler."

Die Arbeiterjugendlichen der Hekker-Schule waren es auch, die auf einer Versammlung von Schülervertretern Kasseler Gymnasien am Samstag gegen den Plan einiger Schülervertreter der Herder-Schule auftraten, den Streik abzubrechen, weil „die führenden Leute streikmüde" wären. Auf Initiative der Arbeiterjugendlichen beschloß die Versammlung, von Montag bis Freitag weiterzustreiken, den Streik ab Mittwoch organisiert zu unterbrechen, eine Demonstration zum Regierungspräsidium durchzuführen, wo dem Regierungspräsidium und Kultusministerium ein einwöchiges Ultimatum gestellt werden soll, die Forderung: Keine Zwangsversetzung von Lehrern! zu erfüllen. Das Regierungspräsidium hat bereits jetzt damit gedroht, den besitzlosen Schülern das BAföG zu streichen, wenn sie weiterstreiken, und hat die Rektoren angewiesen, ihm die „Rädelsführer" zu nennen.

Am Montag haben die Schüler der Walter-Heckert-Berufsschule Transparente mit ihren Forderungen aus den Schulfenstern gehängt. Ab der 6. Stunde sind sie in den Streik getreten und sind im Demonstrationszug zur Eyth-Berufsschule gezogen, wo die Schüler der Eyth-Schule sich der Demonstration anschlossen. Gemeinsam sind sie durch die Stadt gezogen, um die Schüler der Herder-Schule bei Informationsständen zu unterstützen. Da die schon weg waren, ging's gleich weiter zum Regierungspräsidium. Kultusminister Krollmann haben sie ihre Forderungen gestellt.

Am Dienstag streikten die Schüler der Heckert-Schule erneut, zogen zur Berufsschule Eyth, und gemeinsam ging es zur Berufsschule Millert. Die Schüler aller drei Berufsschulen machten eine Kundgebung vor der Millert-Schule. Inzwischen streiken die Schüler von 14 Schulen. Für Mittwoch ist beschlossen worden, gemeinsam zum Regierungspspräsidium zu ziehen und das Regierungspräsidium so lange zu belagern, bis der Regierungspräsident versichert, daß er Krollmann das Ultimatum gestellt hat. – (wg/Red.)

chen Lehrern der beiden Schulen waren sie am 2.11. mit Bussen zum nahe- tion überreichen wollten. Deshalb waren viele dafür, Krollmann zu stellen. den Leute streikmüde" wären. Auf Initiative der Arbeiterjugendlichen be- sichert, daß er Krollmann das Ultimatum gestellt hat. – (wg/Red.)



1000 Lehrlinge, Schüler und Studenten demonstrierten am letzten Samstag in Frankfurt gegen die Schließung eines Jugend- und eines Mädchenheimes.

Die katholische und evangelische Kirche, beide Träger dieser Heime, haben die Schließung bereits beschlossen. Seitdem halten die Jugendlichen das Haus im Ziegelhüttenweg besetzt.

Die Berufsschüler der Walter-Hecker-Schule haben für die kommende Schülervertreter-Arbeit ein Aktionsprogramm aufgestellt. Ihre Forderungen sind: 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Wochentagen! Sofortige Fahrtkostenrückerstattung für die Berufsschüler! Für theoretische und praktische Ausbildung an der Berufsschule, Nutzung, Erweiterung und Neubau von Lehrwerkstätten! Keine Entrechtung der Schülervertretung!

BASF-Lehrlinge:

Volle Fahrtkostenrückerstattung für alle Lehrlinge!

Seit Jahren besteht bei der BASF die Forderung von uns Jugendlichen nach der Fahrtkostenrückerstattung. Durchschnittlich 45 DM und bis zu 120 DM zahlen die Lehrlinge für die An- und Abfahrt zu BASF. Auf Druck der zahlreichen in Jugendversammlungen beschlossenen Resolutionen und einer Unterschriftensammlung sind nun Verhandlungen eingeleitet worden. Der erste Versuch der Werksleitung, die Kampffront der Jugendlichen zu zerschlagen, schlug fehl. Zuerst hatte sie angeboten, die Essenspreise zu erstatten (auch eine Forderung der Jugendlichen) statt der Fahrtkosten. Ein billiges Manöver, die Essenspreise liegen in der Kantine bei 1,25 DM!

Dann bot sie an, alles, was über 10 % des Bruttolohns liegt, soll von der BASF gezahlt werden. Dies ist ein doppelter Betrug. 10 Prozent vom Bruttolohn sind rund 40 DM, fast derselbe Betrag wie die durchschnittlichen Fahrtkosten. Die Kapitalisten wollen billig davonkommen, das ist das eine, zum andern soll solch ein Angebot die Lehrlinge, die unter 40 DM zahlen müssen, vom Kampf abspalten.

Die Jugendvertretung hat vor, sich auf einen Kompromißvorschlag einzulassen. So um die 15 DM soll jeder zahlen, was darüber geht, soll die BASF tragen. Davon ist ebensowenig zu halten wie von dem 10-Prozent-Angebot der BASF-Kapitalisten. Wir haben ja die Forderung nicht umsonst aufgestellt: **Volle** Fahrtkostenrückerstattung!

Der Lohn von rund 400 DM reicht auch ohne Fahrtkosten hinten und vorne nicht. Und wer hat den Nutzen davon, daß wir in die BASF schaffen kommen? Die BASF-Kapitalisten haben den Nutzen davon. Sie holen aus unseren Knochen Profite raus oder bilden uns dazu aus, daß wir ihnen die Profite schaffen. Sie müssen auch die Kosten zahlen für An- und Abfahrt zum Werk. Der Vorschlag der Jugendvertretung geht dem direkt entgegen. Dieser Vorschlag bedeutet Versöhnung mit den Kapitalisten. Auf solche Kompromisse können wir uns nicht einlassen, wir brauchen das Geld, die Kapitalisten zahlen nicht freiwillig. Diese beiden Positionen können sich nicht friedlich aussöhnen.

Dies schrieb die BASF-Zelle in ihrem Flugblatt.

Am Donnerstag, den 4. November, haben Vertrauensleute aus zwei Lehrwerkstätten eine Versammlung organisiert. Während der Mittagspause versammelten sich um die 200 Lehrlinge im Aufenthaltsraum, um geschlossen das Angebot der Werksleitung abzulehnen. Die Jugendvertretung war herbeigeholt worden. Sie berichtete über den Stand der Verhandlungen. Es gab kein neues Angebot, aber am nächsten Tag sollten Verhandlungen sein.

Die Versammlung beschloß, daß ein Vertreter der Werksleitung hergeholt werden soll. Wie immer war natürlich „keiner zu erreichen"! Zum jetzigen Zeitpunkt hatten viele der Versammelten schon die Mittagspause um eine Viertelstunde überzogen (die Pausen liegen nicht für alle gleich). Da es in der kurzen Zeit zwar gelungen war, relativ viele Lehrlinge, aber nicht einheitlich ganze Abteilungen oder Gruppen zusammenzuholen, begann sich die Versammlung aufzulösen. Das ist ja auch klar. Wenn von einem Lehrjahr nicht die ganze Gruppe mitstreikt, kann einen die Werksleitung schon belangen. Wir beschlossen deshalb den Warnstreik zu beenden, um am nächsten Tag zur Jugendvertretung rauszugehen und dann vor den Verhandlungsbau.

Jederzeit zur Jugendvertretung oder zum Betriebsrat rauszugehen ist ein erkämpftes Recht der Lehrlinge. Am Freitag wurde uns das verboten. Ganze Gruppen wollten sich beim Meister abmelden. Einige Gruppen, sogar welche vom ersten Lehrjahr, die noch Probezeit haben, wollten gleich richtig streiken. Die Ausbildungsleitung stand Kopf. Die „Aufrührer" wurden gesucht. In der einen Werkstatt rannte der Meister rum: „Keiner kommt raus, weder auf die Jugendvertretung noch auf die Ambulanz oder sonstwohin!"

In der anderen Werkstatt kam der bereichsleitende Ingenieur zu einer Gruppe, die geschlossen raus wollte: „Die Lehrwerkstatt ist doch eine große Familie . . . aber wenn sich die Pole so verhärten . . ." Man müßte sich schon überlegen, daß bald wieder die Übernahmen nach der Lehre ins Arbeitsverhältnis anstünden; da spielten solche Vorfälle natürlich eine Rolle bei der Auswahl. Kurzum: „Wer rausgeht, hat die Konsequenzen zu tragen! Grundsätzlich aber dürfen ganze Gruppen nicht auf die Jugendvertretung."

Zwei Lehrlinge wurden wegen der Abmeldung bis hoch zum Beauftragten für Disziplinarfälle geschickt. „Raus hier", brüllte der, so erzählten die beiden, „alles kommunistische Umtriebe!"

So wurden jedenfalls durch Verbote und Einschüchterung die Lehrlinge zurückgehalten. Nur 15 Vertrauensleute kamen raus. Auf der Jugendvertretung wurde ihnen dann mitgeteilt, daß heute gar nicht die Fahrtkosten sondern die Nichtübernahmen verhandelt würden.

Man muß sich auf einiges gefaßt machen. Die Jugendvertretung setzt erst mal auf Spaltung, wie an dem angestrebten Kompromiß ersichtlich.

Außerdem will sie wohl über die Auseinandersetzung um die Nichtübernahmen die Fahrtkosten unter den Tisch fallen lassen. Die Werksleitung fährt harten Kurs. Sie will mit allen Mitteln die etwa 80 anstehenden Nichtübernahmen durchpeitschen und die Fahrtkostenzahlungen einsparen. So wollte sie gleich mit einem Schlag nachsetzen und die Jugendversammlung für November verbieten.

Damit ist sie nicht durchgekommen. In kürzester Zeit wurden in der Pause über 200 Unterschriften gegen dieses Verbot abgegeben. Die Jugendversammlung wird über weitere Maßnahmen beschließen. Die Forderungen der Lehrlinge sind klar: Volle Fahrtkostenerstattung für alle Lehrlinge! Übernahme aller Lehrlinge! – (BASF-Zelle)

32 Lehrlinge der Schiffswerft J.J.Sietas in Hamburg-Neuenfelde haben die folgende Resolution unterschrieben:
Grußbotschaft an die Bauern der Wilster Marsch

Wir, die unterzeichnenden Arbeiter und Lehrlinge der Schiffswerft Sietas (Hamburg), wenden uns mit dieser Grußbotschaft an euch, weil wir euren Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf voll unterstützen.

Dieses Kernkraftwerk wird eure Existenzgrundlage, die Milchwirtschaft, vernichten und die Wilster Marsch radioaktiv verseuchen. Und das alles im Namen des Fortschritts und zur angeblichen Sicherung der Arbeitsplätze. Das stimmt nicht. Bisher haben die Unternehmer jeden industriellen Fortschritt benutzt, um in den Fabriken durch Rationalisierungen die Arbeitshetze zu steigern und immer mehr Arbeitsplätze zu vernichten. Das Argument mit der Arbeitsplatzsicherung dient nur dazu, uns Arbeiter gegen euch Bauern auszuspielen. Da machen wir nicht mit. Wir unterstützen euch. Arbeiter und Bauern gemeinsam gegen Kernkraftwerke!

Kiel. Die Abteilung Wissenschaft und Forschung des Kreisverbandes Kiel der ÖTV hat in einem Beschluß das Vorgehen des Bezirksvorstandes Nordwest verurteilt. Der Bezirksvorsitzende Schwalbach, Mitglied im Aufsichtsrat der Nordwestdeutschen Kraftwerksunion und der Schleswag verhindert aktiv eine Auseinandersetzung innerhalb der ÖTV um den Bau von Kernkraftwerken, damit er weiterhin im Namen der ÖTV für die Interessen der Nordwestdeutschen Kraftwerksunion-Kapitalisten sprechen kann. Dies konnten die Kollegen anhand ihrer eigenen Erfahrungen mit dem Bezirksvorsitzenden feststellen.

Die Abteilung beschloß, sich am 13.11. mit einer Delegation auf der Versammlung in Brokdorf zu beteiligen, um den gerechten Kampf der Bevölkerung der Wilster Marsch zu unterstützen. Der anwesende ÖTV-Sekretär Fischer drohte mit Ausschluß, falls diese Delegation öffentlich als ÖTV-Delegation ohne Zustimmung des Kreisvorstandes auftritt.

Die ÖTV-Vertrauensleute am Zentralkrankenhaus Bremen-Nord haben in einer Resolution am 3.11. ausdrücklich die Bestrebungen zur Besetzung des Bauplatzes in Brokdorf begrüßt, als notwendiges Mittel, um den Bau des Atomkraftwerkes zu verhindern.

Hamburg. Die Betriebsgruppe GEW des Hauptseminars 7611 erklärt sich mit dem Kampf der Werktätigen der Wilster Marsch solidarisch. In ihrem Beschluß heißt es: Die Errichtung von Kernkraftwerken beschleunigt die Ruinierung der Bauern in dem umliegenden Land. Ihren Nutzen aus den Atomkraftwerken wollen die westdeutschen Kapitalisten ziehen. (...) Wir verurteilen das Vorgehen der ÖTV-Gewerkschaftsführung, die versucht, innerhalb der Arbeiterbewegung gegen den gerechten Kampf zur Verhinderung des Atomkraftwerkes zu mobilisieren und die versucht hat, für den Bau des Kernkraftwerkes zu demonstrieren. Wir werden uns innerhalb der GEW dafür einsetzen, daß der Kampf unter der Losung „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf" aktiv unterstützt wird.

aktiv unterstützt wird.

Nürnberg. Die Vollversammlung im Jugendzentrum Komm hat sich in einer Resolution mit dem Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf solidarisch erklärt und unterstützt die Forderungen der Initiative Unterelbe.

Kassel. Das Studentenparlament der Gesamthochschule hat sich einstimmig bei Abwesenheit des RCDS und LHV mit einer Bauplatzbesetzung in Brokdorf solidarisch erklärt, weil es gerecht ist, den Bau des Kernkraftwerkes zu verhindern.

Westberlin. Der Standpunkt des Fachbereichs 6 der Hochschule der Künste unterstützt eine Bauplatzbesetzung in Brokdorf.

Westberlin. Die Mitgliederversammlung der GEW Neuköl n hat sich mit großer Mehrheit mit dem Kampf der Arbeiter und Bauern in Brokdorf solidarisiert.

Augsburg. Mit 21 gegen 9 Stimmen hat sich am 5.11. eine Initiative gegen das Kernkraftwerk Rehlingen auf Grundlage einer Plattform zusammengeschlossen, die als Aufgabe festlegt, alle Kräfte in Stadt und Land zusammenzuschließen, um das geplante Atomkraftwerk in Rehlingen restlos zu Fall zu bringen. In einer Resolution an den DGB haben die Versammelten der Gründungsveranstaltung den DGB aufgefordert, sich voll hinter die Forderungen der Initiative zu stellen und seine Mitglieder für die Durchsetzung dieser Forderungen zu mobilisieren.

Freiburg. Fünfzig Teilnehmer einer Veranstaltung der Film- und Fotogruppe Freiburg zum Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk in Wyhl erklärten sich solidarisch mit dem Kampf gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf. In ihrem Beschluß heißt es: „Die Ereignisse in Brokdorf zeigen, daß man wachsam sein muß und daß auf die Wiederbesetzung des Bauplatzes in Wyhl hingearbeitet werden muß."

Die Bauplatzbesetzung ist notwendig! Kein Brokdorf in Wyhl!

Freiburg. Am Samstag, den 6. November, demonstrierten 1 200 in einem Fackelzug bei starkem Regen durch die Freiburger Innenstadt, darunter waren 500 Bauern vom Kaiserstuhl. Demonstriert wurde gegen die Blitzaktion des Staatsapparates in Brokdorf. Die Kaiserstühler erkennen zusehends, daß das Hauptsacheverfahren ein Betrugsmanöver der Landesregierung und solcher Führer der Bürgerinitiativen wie der FDP-Landtagsabgeordnete Schött ist.

Ein Arbeiter aus Wyhl sagte: „Das Hauptsacheverfahren ist ein Nebelmanöver. Die Bauplatzbesetzung ist notwendig! Wir hätten gar nie vom Bauplatz runtergehen dürfen. Von Schött ist nichts zu erwarten. Wir müssen sofort eine Bürgerinitiativsitzung durchführen." Ein anderer Wyhler sagte: „Die Bauern und Kaiserstühler werden sich nicht vom Schött abhalten lassen, Gewalt anzuwenden. Wir sind vorbereitet. Es müssen aber viele Leute aus der ganzen Umgebung kommen." Die Bauern in Oberrottweil haben bereits die Konsequenzen gezogen und durchgesetzt, daß eine Bürgerinitiativsitzung stattfindet. Auf dieser Bürgerinitiativsitzung wurde ein Flugblatt beschlossen, in dem zum Widerstand aufgerufen wird unter der Losung: Kein Brokdorf in Wyhl! Währenddessen verbreitet die Landesregierung in der Tagesschau, in Wyhl sei alles ruhig und es würde keine Nacht- und Nebelaktion geben. Gleichzeitig bereitet sie den militärischen Einsatz vor. Der Polizeipräsident von Südbaden ist am Dienstag versetzt worden. Am Dienstag wurde bekannt, daß in der Polizeischule in Freiburg Polizeioffiziere aus ganz Baden-Württemberg zusammengezogen wurden. Gegen den KBW wird eine massive Hetze betrieben. So hat der Südwestfunk am 7.11.76 folgendes verbreitet: „Dort, nach der Besetzung des Bauplatzes (gemeint ist Brokdorf), forderte der KBW seine Mitstreiter auf, das Gelände zu verlassen, und man könne mit diesen reaktionären Marschbauern keine gemeinsame politische Basis finden."

Inzwischen sind die ersten Resolutionen und Erklärungen zur Unterstützung der Kaiserstühler verabschiedet worden. Innerhalb von zwei Tagen haben 30 Soldaten, in der Mehrheit Stammsoldaten, der Kompanie 4/229 der Kaserne in Immendingen erklärt: „... Sogar Bundeswehr und Bundesgrenzschutz sind schon beim Bauplatz gesichtet worden. Wir Soldaten erklären, daß wir uns zu diesem schmutzigen Werk nicht einsetzen lassen. Euch fodern wir auf, dem Vorhaben der Landesregierung zuvorzukommen und selbst den Bauplatz zu besetzen." Auf der Vollversammlung der Universität Freiburg wurde bei 30 Gegenstimmen eine Resolution verabschiedet, in der es am Schluß heißt: „Wir werden den Kampf der Kaiserstühler Bevölkerung mit aller Kraft unterstützen."

„Gegendemonstration" in Brokdorf: Zuckerbrot und Peitsche

Letzten Freitag hat in Brokdorf eine Demonstration für den Bau des Kernkraftwerks stattgefunden, organisiert von ÖTV-Führung und Geschäftsleitung der Nordwestdeutschen Kraftwerksunion (NWK). Über tausend Kollegen der NWK sollen daran teilgenommen haben, angeblich aus Sorge um ihre Arbeitsplätze. Begeistert hat die bürgerliche Presse das aufgegriffen und lang und breit darüber berichtet:

Wie diese Demonstration wirklich zustandegekommen ist, dazu hat uns ein Kollege von der NWK in Wilhelmshaven folgendes berichtet.

Bei der NWK in Wilhelmshaven hat eine Betriebsversammlung stattgefunden, wo der Betriebsrat den Vorschlag einer Gegendemonstration eingebracht hat. Die Kollegen haben daran kein Interesse gehabt und das auch zum Ausdruck gebracht. Daraufhin ist die Geschäftsleitung aufgetreten und hat folgendes Angebot gemacht: 1. Die Demonstration findet während der Arbeitszeit statt. 2. Alles, was darüber hinausgeht, wird als Überstunden bezahlt. 3. Die Fahrt ist frei. 4. Die Kollegen kriegen freies Mittagessen. 5. Sie werden den Abend über freigehalten. 6. Frauen dürfen „selbstverständlich" mitgenommen werden, ebenfalls umsonst.

Das war der Köder, um die Kollegen nach Brokdorf zu kriegen. Dazu wurde eine wilde Hetze gestartet, daß die Bewegung der Volksmassen gegen den Bau des Kernkraftwerks „von linksradikalen Kräften gesteuert" wäre usw. Trotzdem hat es keine Begeisterung gegeben in der Belegschaft für die Demonstration. Der überwiegende Teil der Kollegen ist nicht nach Brokdorf gefahren. Es traute sich aber keiner, offen gegen das abgekartete Spiel von NWK-Geschäftsleitung und der Führung der ÖTV zu rebellieren. Allen ist bekannt, daß für die NWK in Brokdorf viel auf dem Spiel steht, ist sie doch an praktisch allen Kernkraftwerken und den in Planung und Bau befindlichen im Küstenraum beteiligt. So am Kernkraftwerk Stade, Brunsbüttel, Unterweser und Krümmel. Die Methoden, mit denen die Bourgeoisie unter Einsatz sämtlicher Gewaltmittel ihre Pläne gegen die Volksmassen durchzusetzen gedenkt, sind in Brokdorf auch deutlich geworden.

In gewisser Weise kann man also sagen, daß die Kollegen, die nach Brokdorf mitgefahren sind, tatsächlich „aus Sorge um ihre Arbeitsplätze" demonstriert haben: aus der Sorge, daß die NWK-Kapitalisten sie auf die Straße setzen, wenn sie offen gegen die Pläne der Bourgeoisie auftreten.

Einer der Betreiber dieser schmutzigen Erpressung ist Hans Schwalbach, SPD-Abgeordneter im Kieler Landtag, Vorsitzender der ÖTV, Bezirk Nordwest, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der NWK und Aufsichtsratsmitglied der NWK. Im wesentlichen hat er jedoch nur seine Miterpresser nach Brokdorf zusammengebracht, die leitenden Angestellten der NWK. Die Demonstration war übrigens sorgsam vor der Bevölkerung in Brokdorf geheimgehalten worden. Sie war fürs Fernsehen gedacht. Von dem sind für Leute wie Schwalbach auch keine Prügel zu befürchten.



Preis: 1,20 DM

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim

Interview mit einer Arbeiterin von Teldix

Nur wenn sich die Arbeiter zusammentun, kann der § 218 abgeschafft werden!

In der Rüstungsfirma Teldix (AEG und Boschkonzern) verschärfen die Kapitalisten die Arbeitshetze. Im Betrieb finden „Umstellungen" in der Produktion statt. Ganze Abteilungen werden aufgelöst, neu zusammengestellt und die Arbeiter dabei gleichzeitig im Lohn gedrückt. Neueingestellte Arbeiter werden in den unteren Lohngruppen eingruppiert, d.h. die Frauen bekommen kaum 800 DM und Facharbeiter gerade 1000 DM (netto). Im Schnitt bezahlen die Kapitalisten 1350 DM brutto an Frauen und 1700 DM an Männer in der Produktion. Mit diesem Mittel wird eine ungeheure Spaltung zwischen neueingestellten Arbeitern und den Arbeitern, die schon länger bei Teldix arbeiten, betrieben.

Die Kapitalisten versuchen, immer mehr Überstunden aus den Arbeitern herauszuschinden. Bis zu 76 Überstunden arbeiten manche im Monat. Das reicht den Kapitalisten noch nicht. Schichtbetrieb soll in zwei Abteilungen durchgesetzt werden. Wer nicht will, kann gehen. Die, die bleiben, müssen ununterbrochen Samstags und Sonntags arbeiten und auch oft nachts.

Der Widerstand der Belegschaft kommt immer stärker hervor. Eine Abteilung verweigerte zu zwei Drittel die Überstundenschinderei und vereinzelt schließen sich andere Arbeiter an. Der letzte Lohnraubabschluß von 5M4 % hat insbesondere bei den Arbeitern in den unteren Lohngruppen dazu beigetragen, sie weiter ins Elend zu drücken. Die Teldix-Zelle führte mit einer Arbeiterin von Teldix, die durch diese Lage zur Abtreibung gezwungen wurde, ein Interview durch:

Wie ist jetzt deine Lage?

Ich verdiene 795 DM netto. Davon brauche ich allein 347 DM Miete. Dazu kommen noch Ausgaben für Strom, Fahrgeld, Essen. Wenn ich Anschaffungen machen will, ich habe zum Beispiel keine Waschmaschine, keinen Fernseher, dann muß ich Schulden machen. Weil das eben nicht reicht, arbeite ich noch nebenher, 3 Stunden am Tag für 6 DM die Stunde. Wenn jetzt wegen Überstunden gefragt wird, die werde ich machen. Das muß ich einfach.

Der letzte Tarifabschluß war neben dem festen Betrag von 300 DM 5,4%. Das waren in deiner Lohngruppe kaum 50 DM mehr. Anderen hat es gerade gereicht und für die hohen Lohngruppen war es eine ganze Menge. Die Prozentabschlüsse spalten die Belegschaft noch weiter auf.

Ja, wir brauchen doch alle gleich mehr Geld.

Du bist jetzt schwanger geworden. Kannst du ein Kind großziehen?

Nein. Das Geld reicht nicht. Der Wohnraum ist zu klein. Ich muß jeden Tag arbeiten, man muß doch für alles zahlen. Ich hätte das Kind gerne behalten, aber wie und wo hätte es denn aufwachsen sollen?

Der § 218 stellt Abtreibung unter Strafe. Der Staat stellt uns Arbeiter als Mörder hin und festigt gleichzeitig die Verhältnisse, die jährlich Hunderttausende zur Abtreibung zwingen.

Ich weiß, wenn es herauskommt, daß ich einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ließ ohne Zustimmung der Behörden, werde ich bestraft, noch dazu. Es fragt dann keiner, wieso, warum? Das Kind hätte ich sofort abgenommen bekommen, weil ich es gar nicht aufziehen kann. Das Sozialamt mischt sich dann dauernd ein. Wir können das selber entscheiden! So holen die Ärzte das große Geld bei uns raus.

Der Arzt, bei dem ich war, hat 750 DM verlangt. Und der wollte noch mehr, den interessiert meine Lage doch nicht. Er war arg unverschämt. Im Halbschlaf habe ich mitbekommen, daß andauernd Frauen gekommen sind. Er verdient so am Tag bestimmt seine Zigtausend.

Gegen diesen Paragrafen gibt es Widerstand vom Volk, seit er existiert. Hier bei der Teldix hatte der Vertauensleutekörper eine Veranstaltung beschlossen. Die Gewerkschaft ist die Organisation der Arbeiter, in der sie gemeinsam um die Verbesserung ihrer Lage kämpfen. Daher muß auch der Kampf gegen den § 218 von den Gewerkschaften getragen werden.

Das meine ich auch. Nur wenn sich die, die von diesem Paragrafen betroffen sind, zusammentun, kann er abgeschafft werden.

–(aus: KOMMENTAR, Betriebszeitung der Zelle Teldix, Bezirksverband Rhein-NeckarII)

Heidelberg. Gegen die geplanten Ausschlüsse von 4 GEW-Mitgliedern, die öffentlich gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum protestiert haben, hat die Fachgruppe Gymnasien der GEW eine Erklärung verabschiedet, in der die Schiedskommission aufgefordert wird, die Ausschlußanträge abzulehnen. Festgehalten wird, daß die 4 Kollegen als aktive Gewerkschafter bekannt sind, zwei von ihnen als Fach- und Kurssprecher am Studienseminar das besondere Vertrauen der Referendare genießen. In einer weiteren Resolution bekräftigt die Fachgruppe ihre Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, weil die Lehrer in ihrer Gewerkschaft den Kampf gegen den staatlichen Dienstherrn organisieren. Diese Beschlüsse wurden von 26 Mitgliedern bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung gefaßt unter Anwesenheit eines Mitglieds des Bezirksausschusses Nordbaden, der die Ausschlußverfahren eingeleitet hat.

Zentralisierung der Polizei. Die Bourgeoisie zentralisiert und baut ihren Unterdrückungsapparat aus. „Ein vom öffentlichen Nachrichtenverkehr unabhängiges Fernsprech-Sondernetz mit automatischer Vierdraht-Vermittlungstechnik, das derzeit in der Bundesrepublik Deutschland entsteht, soll die überregionale Zusammenarbeit der Polizeidienststellen auf Bundes- und Landesebene koordinieren und stärken." Dies vermeldet „Bild der Wissenschaft" 11/76. Die obere Ebene dieses Sondernetzes bildet ein Maschennetz von Hauptvermittlungen von Bundeskriminalamt zu den Bundesländern und den Sonderstandorten. Die untere Ebene des Netzes verbindet die einzelnen Landespolizeistellen. Außer dem Fernsprechverkehr können über das Netz auch Telephotos übertragen werden.

Hamburg. Die Familienfürsorgeämter erhielten in Hamburg folgende Dienstanweisung: „Um die Nutzung der Plätze (Hort/Kindergarten) zu verbessern, sind die Beauftragten angewiesen, den Tagesheimen rund 10 % mehr Kinder einzuweisen, als es nach der Planzahl vorgesehen ist."

Dies bedeutet: Zusammenpferchung der Kinder und Mehrarbeit für die Erzieher. In Hamburg wurden innerhalb von einem Jahr 605 Tagesplätze gestrichen. Gleichzeitig werden die Kosten immer mehr auf die Volksmassen direkt abgewälzt: Ein Krippenplatz hat sich um 60 DM verteuert, ein Platz für ein Schulkind um 20 DM. Dies sind Zwangsverpflichtungen. Mit einer weiteren Dienstanweisung wird festgelegt, daß der Staat in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter herumschnüffeln kann, um sich Handhabe zu verschaffen, diese Zwangsverpflichtungen einzutreiben. „Solange das Kind das Tagesheim besucht, kann J 122 (Dienststelle) die wirtschaftlichen Verhältnisse prüfen lassen."

Westberlin. 5000 Arbeiter, Angestellte, ÖTV-Betriebsgruppen, Elternvertreter und Erzieher demonstrierten am Samstag, den 5.11., gegen die Stellenstreichungen in den Kindertagesstätten. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hatte zu dieser Demonstration aufgerufen. Die Stellenstreichung in den Kindertagesstätten ist ein Teil des Ge-
Kindertagesstätten ist ein Teil des Ge-
samtangriffsplans des Senats gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst (vgl. KVZ 44/76). 200 Stellen in den Kindertagesstätten sollen gestrichen werden. Trotz der Manöver der Senatorin Ilse Reichel – sie gab drei Tage vor der Demonstration bekannt, daß keine Stellen gestrichen würden – wurde die Demonstration ein großer Erfolg.

Mainz. Eine italienische Arbeiterin berichtete, daß sie während ihrer Schwangerschaft bei Schott in Mainz am Fernsehkolbenband beschäftigt war. Als sie im vierten Monat war, bekam sie eine Fehlgeburt. Das war schon das zweite Mal. Bei der ersten Fehlgeburt war sie in einem anderen Betrieb am Fließband beschäftigt. Der Arzt behauptete, daß dies mit dem Fließband nichts zu tun hätte.

Tatsache aber ist, daß in der Fernsehkolbenproduktion von Schott in den letzten Jahren die Arbeitshetze immer mehr gesteigert worden ist. Die Kolben, die ein Gewicht von 10 bis 14 kg haben, müssen zur Kontrolle vom Band gehoben werden. Vor vier Jahren mußte man 600 Kolben auf diese Weise kontrollieren, heute sind es 2000. So ist trotz 500 Entlassungen im letzten Jahr und Kurzarbeit die Produktion annähernd gleich geblieben.

Westberlin. In Westberlin haben in den ersten sechs Monaten des Jahres 4 143 Frauen § 218-Beratungsstellen aufgesucht. Die Sozialarbeiter im Bezirksamt Neukölln sollten über die Frauen, deren Familien im Amt schon bekannt sind, Aktenvermerke anlegen. Die Kollegen in der Familienfürsorge haben diese Registrierung verweigert. Die Kollegen des Fürsorgerischen Dienstes haben in einer Dienstbesprechung die Registrierung ebenfalls abgelehnt. Die Fachgruppe Sozialarbeit der ÖTV im Bezirksamt Neukölln hat die Forderungen der Komitees und Initiativen gegen den § 218 unterstützt und die Sozialarbeiter aufgefordert, jegliche Registrierung zu verweigern. Aufgrund des geschlossenen Widerstandes der Kollegen wurde die Anweisung zur Registrierung am 2.11. zurückgezogen.

Braunschweig. Ins Zivilschutzamt zog sich der Vorstand des Studentenwerks zurück, um die Mensapreiserhöhungen auf 1,80 DM zu beschließen. Gegenüber den 400 Studenten, die morgens dorthin demonstriert waren, um den Beschluß zu verhindern, schirmte die Polizei unter Einsatz von Hunden und Polizeipferden das Gelände ab. Nur auf diese Weise gelang es dem Vorstand, nach nunmehr 2 Jahren vergeblicher Versuche, die geplanten Erhöhungen zu beschließen. Ab Montag soll jetzt das Essen 1,80 DM kosten. Der Geschäftsführer konnte kaum Essen ausgeben. Die Mensa wird bereits die 2. Woche boykottiert. Nicht durchgekommen ist der MSB/SHB-AStA mit dem Versuch, die Durchführung der Notmensa mit Bekanntwerden der Erhöhung um 40 Pfennig zu sabotieren. Er wurde aufgrund dieser Spaltungsversuche am Montag im Studentenrat mehrheitlich verurteilt und verpflichtet, den Kampf fortzusetzen. Gegen die Stimmen der Jusos und des AStA wurde auf der TU-Vollversammlung mit 800 Studenten ein Antrag beschlossen, wöchentlich die Weiterführung des unbefristeten Boykotts zu beschließen gegen die Erhöhung und für Zahlung der Zuschüsse für besseres Essen durch die Landesregierung. Die Vollversammlung hat die Fachschaftsräte und den AStA aufgefordert, für einen landesweiten Warnboykott als Schritt zu schärferen Kampfmaßnahmen einzutreten. Gleichzeitig soll eine gemeinsame Demonstration in Hannover angestrebt werden, zur Bekräftigung der Forderungen der Studentenschaften in Niedersachsen gegen geplante Erhöhungen, für besseres Essen, den Ausbau der Mensen sowie die Selbstverwaltung der Studentenwerke und ihre Finanzierung durch den Staat. Der AStA wurde beauftragt, eine Diskussionsveranstaltung zum BAFöG durchzuführen. In allen Lehrveranstaltungen soll über bundeseinheitliche Aktionen zur Erhöhung des BAFöG diskutiert werden.

Strukturelle Neuregelung der Studienfinanzierung. In der Zeitung der GEW, „Erziehung und Wissenschaft", Ausgabe November, heißt es in einem Bericht über ein Seminar der GEW zur „Studentenpolitik": „Die Bundesregierung will noch bis zum Ende dieses Jahres den längst überfälligen BAFöG-Bericht vorlegen. (...) In einer besonderen Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung wird parallel dazu über strukturelle Neuregelungen der Studienfinanzierung beraten." Die letzte dieser Sorte „struktureller Neuregelungen" hat die herrschende Klasse mit dem Haushaltsstrukturgesetz beschlossen.

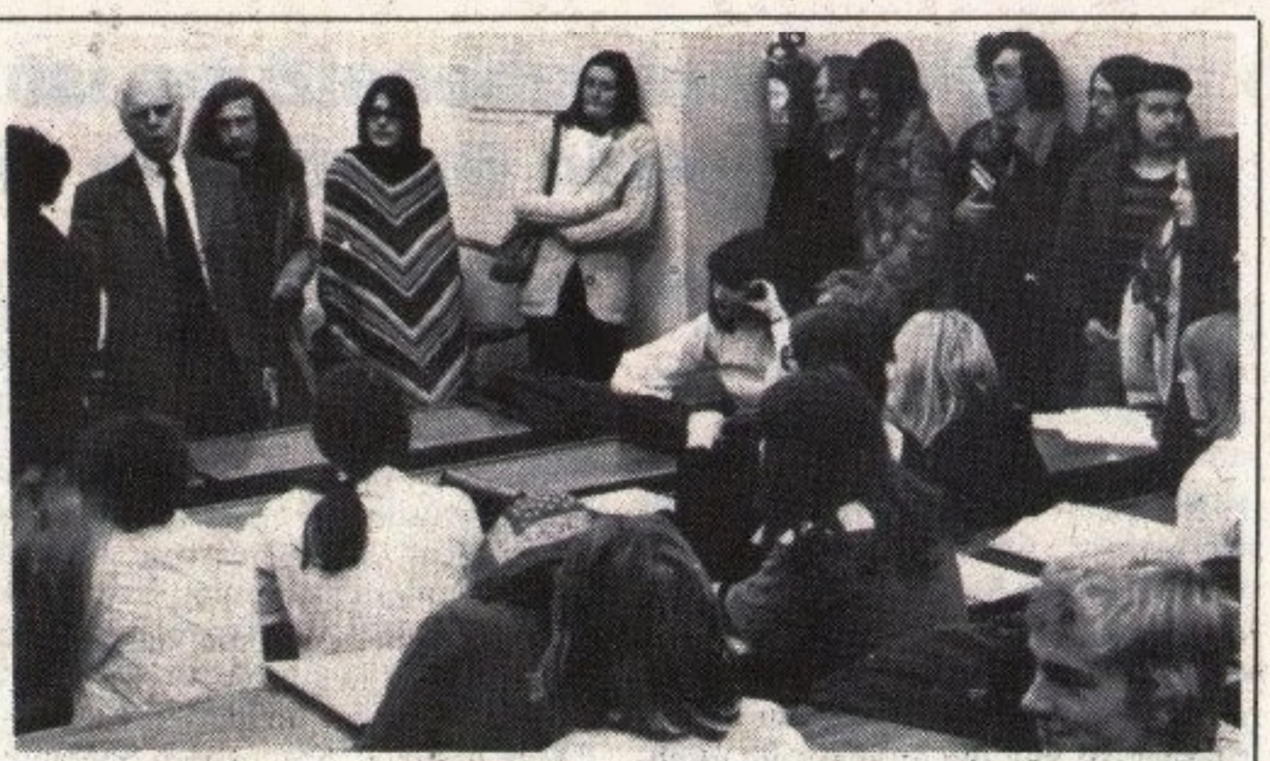
Hamburg. Die Hamburger Universitäts-Vollversammlung hat Warnstreik gegen den Entwurf eines Landeshochschulgesetzes (LHG) beschlossen. Dieses Landeshochschulgesetz soll die Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes für die Hamburger Hochschulen festlegen. Die übergroße Mehrheit der fast 3000 anwesenden Studenten setzte gegen den Widerstand der DKP-Studenten durch, daß vor Beginn des Warnstreiks am 30.11. noch eine Universitäts-Vollversammlung statt-
eine Universitäts-Vollversammlung statt-
findet, die über die Länge und konkrete Ausgestaltung der Streiktage beschließt. Der Vorschlag der DKP-Studenten lief darauf hinaus, für die Dauer des Streiks keine Kampfaktionen gegen den bürgerlichen Staat festzulegen, sondern die „Mitbestimmung" und „Zusammenarbeit" mit den bürgerlichen Regierungs- und Hochschulbeamten zu beschwören. Dies Manöver ist an der Entschlossenheit der Studentenbewegung, das Landeshochschulgesetz vom Tisch zu kämpfen, gescheitert. Auf der jetzt beschlossenen Universitäts-Vollversammlung am 29.11. wird außer dem Ablauf des Warnstreiks weiter über Kampfmaßnahmen gegen das Ausbildungsförderungsgesetz beschlossen. Die Sozialistische Studentengruppe setzt sich dafür ein, daß der AStA eine außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung fordern soll mit dem Zweck, bundesweiten Streik für 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger und 1500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1.10. zu beschließen. Dies wird von der Basisgruppe Jura, der Institutsgruppe Historiker und mehreren Seminaren bisher unterstützt.

Hannover. 800 Studenten der Fachbereiche Maschinenbau, Elektrotechnik und Bauwesen, demonstrierten am 4.11. gegen die Überfüllungen von Vorlesungen und für mehr Tutoren vor das Wissenschaftsministerium. Schon die Ankündigung der Demonstration hat bewirkt, daß die Verwaltung der Technischen Universität 10 zusätzliche Tutorenstellen bewilligt hat.

Westberlin. Der Studentenrat der Hochschule der Künste hat bereits letzte Woche beschlossen, daß der Kampf unter den Forderungen nach 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1. Oktober aufgenommen werden muß. Der Vorschlag, mit dem die Revisionisten hier auftreten (Forderung des DGB-Bildungsausschusses nach 690 DM Förderungsbetrag und 1380 DM Elternfreibetrag) wurde zurückgewiesen und die Vertreterin dieses Vorschlags war gezwungen, den von der Kommunistischen Hochschulgruppe vorgeschlagenen Forderungen zuzustimmen.

An der Pädagogischen Hochschule hat der AStA jetzt die Forderung nach 600 DM BAFöG und 1500 DM Elternfreibetrag erhoben. Gegen die von der Kommunistischen Hochschulgruppe vorgeschlagenen Forderungen ist er, „weil das auf einen Studentenlohn hinausläuft".

Heidelberg. Seit Ende des Sommersemesters boykottieren über 300 Germanistik-Studenten die Klausuren in den Einführungssemestern in Mittelhochdeutsch. Über die ganzen Semesterferien hinweg wurde die Kampffront aufrecht erhalten. Erpressungsversuche der Dozenten mit „Nachholklausuren" und der Verweigerung von Unterschriften unter die notwendigen BAFöG-Bescheinigungen brachten die Studenten durch Go-ins zum Scheitern. Mit der Hoffnung auf Abmilderung der Unterdrückung durch die Professoren versuchten die Sozialdemokraten und Spontaneisten vergebens, die Kampffront zu spalten: Am 2. Semestertag beschlossen die Studenten, am Boykott festzuhalten und alle Mittelhochdeutsch-Seminare aktiv zu bestreiken. Die Reaktionäre wurden immer verzweifelter: sie rissen Wandzeitungen ab, verboten Vollversammlungen und sprachen 7 Relegationsverfahren und 5 Hausverbote aus. Ihre Fehlschläge mußten sie selber eingestehen. Der Germanistik-Professor Michelsen am Telefon: „Ja, glauben Sie denn, daß Hausverbote etwas nützen? Die Betroffenen kommen trotzdem ins Institut, lachen einem frech ins Gesicht und lesen auch noch vor aller Öffentlichkeit die Verbotsverfügung vor." In der darauf beschlossenen Urabstimmung hatten



schon am 2. Tag 329 von 391 Germanistik-Studenten für Streik am ganzen Institut zur Durchsetzung der Forderungen gestimmt. Die Reaktionäre griffen zu ihrem letzten Mittel, um die Kampffront zu zerschlagen: am Donnerstag letzter Woche ließen sie das Germanistik-Seminar schließen. In der „Bild"-Zeitung erklärte der Rektor Niederländer: „Radikalinskis hätten Psychoterror angewandt und seien mit Gewalt gegen ihn und andere Professoren vorgegangen." Von der „Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) wurden die Professoren ebenfalls unterstützt durch Hetzartikel unter Überschriften wie „Terrorzustände am Germanistischen Seminar". Dagegen gingen die Studenten auch in der Stadt durch Aktionen vor.

Der Germanistik-Professor Michelsen versuchte nach der Schließung seine Vorlesung in den Räumen der Neuen Universität durchzuführen. Sie wurde gesprengt und über dreihundert Studenten führen dort die seit Jahren größte Vollversammlung durch. Sie beschlossen Weiterführung der Urabstimmung für Streik unter den Forderungen: Weg mit den Klausuren! Weg mit allen Ordnungsverfahren! Sofortige Öffnung des Instituts!

Vollversammlung der Chemie-Studenten

„Wir fangen jetzt an"

Westberlin. Am vergangenen Freitag fand eine Vollversammlung der Chemie-Studenten an der Technischen Universität Berlin statt. Auf ihr wurden die Aufgaben festgelegt, die in diesem Semester angegangen werden müssen. Es war mit 120 Teilnehmern von knapp 600 Chemie-Studenten die größte Vollversammlung seit langem. Auf dieser Vollversammlung wurde über den Rechenschaftsbericht des bisherigen Aktionsrats und über die nächsten Kampfaufgaben beraten und beschlossen. Im Kampf für den Wiederaufbau der Verfaßten Studentenschaft an der TU haben die Chemie-Studenten mit dieser Vollversammlung einen Schritt vorwärts gemacht.

In früheren Zeiten galten die Chemie-Studenten gemeinhin als „unpolitisch", und seit dem Streik gegen den Löffler-Plan 1973 hat es keine größere Bewegung unter den Studenten gegeben. Das änderte sich jedoch, als im Sommersemester 1975 die Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh), eine Standesorganisation und Organ
der westdeutschen Chemie-Monopole,
der westdeutschen Chemie-Monopole, die Chemie-Fachbereiche an der TU öffentlich aufforderte, Änderungen am Studienplan vorzunehmen. Andernfalls hätten an der TU ausgebildete Chemiker „keine Berufschancen". Dies war nichts anderes als die Drohung mit Arbeitslosigkeit. Die Änderungswünsche bestanden darin, die Unterdrückung der Studentenmassen zu verschärfen durch kürzeres Grundstudium und Einschränkung der Wahlmöglichkeiten im Hauptstudium. Um dieses Verlangen zu unterstreichen, kam auch noch ein Spitzenfunktionär der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie, Dr. Klaus Weissermel, Aufsichtsratsmitglied von Hoechst und Vorsitzender des Fonds der chemischen Industrie, an den Fachbereiche gereist, um hierüber einen Vortrag zu halten. Diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstanden die Professoren und machten sich daran, den Studienplan gemäß ihrem Auftrag zu ändern.

Nicht gerechnet haben sie dabei allerdings mit dem Widerstand der Studenten. Die Durchführung dieser Pläne würde eine erhebliche Verschärfung der so schon unerträglichen Studienbedingungen bedeuten. Es wurden mehrere Vollversammlungen organisiert, auf denen die Pläne von der Gesellschaft Deutscher Chemiker und Hoechst-Kapitalisten kompromißlos abgelehnt wurden. Um den Kampf gegen die Verschärfung der Studienbedingungen organisieren zu können, wurde im letzten Wintersemester ein Aktionsrat gewählt (in Westberlin gibt es keine Verfaßte Studentenschaft).

Um der Spaltung der Studenten durch die Organisation des Studiums zu begegnen, wurden zusätzlich zum Aktionsrat in diesem Sommer von jedem Semester zwei Sprecher gewählt, die ebenfalls an den Sitzungen des Aktionsrates teilnehmen.

Nachdem der bisherige Aktionsrat der Vollversammlung seinen Rechen-
schaftsbericht vorgelegt hatte, faßte er
schaftsbericht vorgelegt hatte, faßte er seine Erfahrungen in einer Resolution zusammen, die er zur Abstimmung stellte. Sie benannte als die zentralen Aufgaben in diesem Semester die Fortführung des Kampfes gegen die Veränderung des Studienplanes und den Versuch der Verschärfung der Unterdrückung durch Einführung der Regelstudienzeit an der Chemie, und den Kampf gegen die Verschlechterung unserer materiellen Lage – für ein kostendeckendes Ausbildungsentgelt. Der neugewählte Aktionsrat wurde beauftragt, eine BAFöG-Veranstaltung zu organisieren, auf der über die Forderungen beschlossen werden soll, die im Kampf erhoben werden müssen.

Die Resolution des Aktionsrates mündet darin, daß wir diese Kämpfe nur werden siegreich führen können, wenn wir die Organe, die sie organisieren sollen, den Erfordernissen der Lage anpassen und den Kampf um die Wiedereinführung der Verfaßten Studentenschaften aufnehmen. Die Resolution schloß: „Wir erklären, daß wir mit dem Wiederaufbau der Verfaßten Studentenschaft bei uns jetzt anfangen wollen. Wir beauftragen den Aktionsrat, bis Weihnachten ein Statut für einen Fachschaftsrat zu entwerfen und zur Urabstimmung zu stellen, damit wir noch in diesem Semester die Wahlen zum Fachschaftsrat Chemie organisieren können.

Wir fordern die Studenten an den anderen Fachbereichen der TU auf,

Seite 15 dieser Ausgabe:

„Die Studentenbewegung läßt sich nicht in den Postsack stecken und in Bonn überreichen."

unserem Beispiel zu folgen, damit wir im Sommer auch die Wahlen zu Studentenparlament und AStA durchführen können."

Weiterhin wurde eine Resolution
Weiterhin wurde eine Resolution
gegen die Entlassung eines kommunistischen Assistenten beschlossen, für das uneingeschränkte Recht auf politische und gewerkschaftliche Organisation im öffentlichen Dienst und gegen KPD-Verbot und Beamtenrecht.

Die Klassenversöhnler haben auf dieser Vollversammlung eine Niederlage erlitten. In Gestalt der SEW-Studenten haben sie versucht, den Beschluß zum Wiederaufbau der Verfaßten Studentenschaft zu Fall zu bringen – ganze vier Stimmen erhielten sie hierfür. In Gestalt der Jusos sprachen sie sich für KPD-Verbot und Beamtenrecht aus – auch das gab nur neun Stimmen. Enthaltungen hat es bei beiden Abstimmungen fast keine gegeben. Daß die Studenten sich gegen den bürgerlichen Staat im Kampf zusammenschließen müssen, diese Einsicht greift Raum. – (KHG-Zelle Chemie, TU)

„Mangel an differenzierter Sicht"

Frankfurt. Am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität wurde der Zweck des Prüfungswesens als Mittel der Zensur und der politischen Unterdrückung der Studentenmassen enthüllt. Zwei Studenten, deren Mitgliedschaft im Kommunistischen Studentenbund bekannt ist, griffen in ihrer Diplomarbeit die Fürsorgeerziehung als Mittel der Unterdrückung der Arbeiterjugend durch den bürgerlichen Staat an und bewiesen, daß die Unterbringung in den Heimen und diese Erziehung der Abrichtung der Arbeiterjugend zu Lohnsklaven dient. Solche Untersuchungen, die zeigen, was hinter den Phrasen der Bourgeoisie über Jugend„hilfe" und das „Wohl des Kindes" in Wirklichkeit steckt, passen den Professoren überhaupt nicht. Sozialarbeiter, die den Kampf der Arbeiterjugend unterstützen, kann der bürgerliche Staat und kann die Kirche nicht gebrauchen.

Deswegen bekommen solche Studenten Noten, die eine Anstellung verhindern sollen. Dafür reicht bei uns schon eine „drei". So ist diese Arbeit von dem Professor Simonsohn auch bewertet worden.

In seinem Gutachten muß er zugeben:

„Die Beurteilung dieser Arbeit bietet erhebliche Schwierigkeiten. Auf der einen Seite muß anerkannt werden, daß sie ordentlich aufgebaut und z.T. gut dokumentiert ist. Die Verfasser haben mit großem Fleiß eine Fülle von Material zusammengetragen, um ihre These zu beweisen. Sie haben dafür die in Betracht kommende Literatur (...) gründlich durchgearbeitet und sehr vieles gefunden, das zur Stützung ihrer These geeignet ist. Insoweit ist sie sicherlich eine beachtliche Leistung, wenn man sich auf den Boden der politischen Grundvoraussetzungen ihrer Sicht des Problems stellt."

Bewertet hat der Professor den Klassenstandpunkt der Arbeit:

„Für eine wissenschaftliche Arbeit gelten jedoch andere Maßstäbe. Ihre Auffassung von der Rolle des Staates und der Klassen stützt sich ausschließlich auf eine Literatur, die vor vielen Jahrzehnten geschrieben wurde. Alle seit damals eingetretenen Veränderungen und die gesamte Literatur, die diese Fragestellungen problematisiert, werden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen."

Professor Simonsohn ist Sozialdemokrat und für seine Aufgabe als Professor betrachtet er es, den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates der herrschenden Klasse als einen Segen für die Arbeiterklasse auszugeben:

„Mangel an differenzierter Sicht aller Bemühungen, den Eingriffscharakter abzubauen, der sich in einem ständigen Rückgang der Fürsorgeerziehung zeigt, macht die Verfasser blind dafür, daß Jugendhilfe auch Hilfe für die Jugend und Schutz vor Gefahren sein kann und daß Eingriffe in das Elternrecht nicht Erweiterung der Repression, sondern Schutz davor sein können."

Weil die Verfasser auf diesen Leim nicht gekrochen sind, deshalb gibt der Sozialdemokrat und Professor Simonsohn unter Mitteilung seiner großen Bedenken, die Arbeit überhaupt anzunehmen, die Note „3":

„In Gliederung und Belegen mit Zitaten zeigen Sie, daß Sie wissenschaftlich arbeiten können, wenn Sie differenzierter urteilen und nicht nur das sehen würden, was in Ihr besonderes Blickfeld gehört." – (Zelle Diplompädagogik, KSB Frankfurt / Red.)

Die Opportunisten der verschiedenen Schattierungen hatten die feste Absicht, in diesem Semester der BAFöG-Frage aus dem Wege zu gehen. Soviele Schattierungen des Opportunismus – soviele Begründungen dafür. Ein paar Wochen nach dem Beginn dieses Semesters haben sich diese Absichten schon hart an den Realitäten gestoßen. Nachdem die Sozialdemokraten im VDS-Vorstand es vorzogen, selbst gegen den ihrer sonstigen Politik entsprechenden „Aufruf zu Aktionstagen" vom 29.11. bis 3.12. zu stimmen, melden sie sich jetzt über die GEW zu Wort. Von der *Zeitung der GEW „Erziehung und Wissenschaft"*, Ausgabe November, wird neuerdings die Forderung von 690 DM BAFöG und 1380 DM Elternfreibetrag, „orientiert" an dem Beschluß des bildungspolitischen Ausschusses des DGB, propagiert. Dieser hat beschlossen: „690 DM BAFöG, Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1200 bis 1400 DM." Während in den Auseinandersetzungen an den Hochschulen mit dem bürgerlichen Staatsapparat die Klarheit wächst, daß dieses Gesetz beseitigt werden und das Koalitionsrecht erkämpft werden muß, treten die Sozialdemokraten jetzt über die GEW mit dem Projekt einer „Sozialkampagne" an unter dem „Motto": „BAFöG verbessern!" Auf der *Landesastenkonferenz in Baden-Württemberg* am Montag dieser Woche stand diese GEW-Forderung als Antrag gegen die von den kommunistischen Studentenvertretungen vorgeschlagenen Forderungen. Die DKP-Studentenvertretungen erklärten hier, daß „man sich die GEW-Forderung überlegen müsse", die Sozialistischen Basisgruppen erklärten, daß sie „ebenfalls darüber beraten wollten". Letztere haben inzwischen auch dem VDS-Aufruf ihre Zustimmung entzogen. Die linken Sozialdemokraten („Spontis"), die den *Tübinger AStA* besetzt halten, treten mit einem Urabstimmungstextvorschlag auf, in dem es hieß: „...fordern wir den Staat auf ...: für ausreichende Finanzierung einer Ausbildung Sorge zu tragen". Auf der Konferenz erklärten sie, daß „der bürgerliche Staat jetzt in der Krise diese Forderungen gar nicht finanzieren könne", und äußerten ihre Befürchtung, „die Kommunisten hätten die Absicht, mit Hilfe der Forderungen die Studenten zu kaufen". Ähnlichen Opportunisten, den *KB-Nord-Studenten in Göttingen*, ist in der letzten Woche das Manöver gelungen, als Marionette der Jusos in den AStA zu kommen. In ihrem Programm schreiben sie: „Unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen ist es allerdings illusorisch, durch Aktionen der Studenten die BAFöG-Frage lösen zu wollen." Für diese Versicherung an die herrschende Klasse haben sie auch den entsprechenden Rückhalt gefunden: im Studentenrat bei den DKP-Revisionisten, den Jusos und dem RCDS. Die „Aktionstage" wurden von den Reformisten und Revisionisten beschlossen, um der Kampfentschlossenheit der Studentenmassen nach den verschiedensten Seiten hin „Auslauf" zu geben, und die Zusammenballung ihrer Kraft gegen den bürgerlichen Staat im Kampf gegen das Ausbildungsförderungsgesetz zu verhindern. Es zeichnet sich jetzt schon ab, daß es anders herum kommen wird.
herum kommen wird.

Bremen. In der Eingangsphase der drei sozialwissenschaftlichen Studiengänge der Universität Bremen wird ab Dienstag gestreikt. Der Senat hatte einen Lehrbeauftragten abgelehnt und vier akademische Tutoren haben bis heute keinen Vertrag. Die Studenten haben beschlossen, am Freitag zusammen mit den ebenfalls streikenden Mathematik- und Musikstudenten eine Demonstration zu Senator Franke zu machen.

Köln. Praktisches Jahr der Medizinstudenten. Die 4 Medizinstudenten, die in Köln ab 1.10.76 erstmals das Praktische Jahr, den letzten Abschnitt der reformierten Medizinerausbildung, absolvieren müssen, haben jetzt 2 Wochen lang Erfahrungen mit dem Praktischen Jahr gesammelt. Sie sind in dem normalen Betrieb des Krankenhauses beschäftigt. Eine besondere Ausbildung findet nicht statt. Sie müssen z.B. von 7.30 Uhr im OP stehen oder den Vorlesungsassistenten für den Professor Kaufmann spielen. Keinen Pfennig Geld bekommen die Studenten für die Arbeitsleistung, die sie erbringen müssen.

Sie müssen sogar noch draufzahlen: Arbeitskleidung wird nicht gestellt, es gibt nicht einmal Essensmarken. Will man sich absichern gegen Schadensersatzansprüche, so muß man privat eine Berufshaftpflichtversicherung abschließen. Noch weiter verschärft werden soll diese Lage für einen Teil der Medizinstudenten, die in 2 Semestern das Praktische Jahr antreten sollen. Sie sollen noch nicht einmal mehr Anspruch auf BAFöG haben, da ihre Höchstförderungsdauer überschritten ist.

Unvermeidlich treibt diese Auspressung und Unterdrückung der Studenten des Praktischen Jahrs den Widerstand hervor.

Gegenwärtig werden an der Medizinischen Fakultät Unterschriften gesammelt, durch die die diese Woche stattfindende Vollversammlung und die Fachschaft aufgefordert werden, den Beschluß zu fassen, gemäß der Empfehlung der Fachkonferenz Medizin auch in Köln eine Urabstimmung für bundesweiten Streik der Medizinstudenten im Sommersemester 1977 durchzuführen. Folgende Forderungen werden erhoben; Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Absolventen des Praktischen Jahrs, Bezahlung von 700 DM mindestens! Recht der Absolventen des Praktischen Jahrs auf Vertretung durch den Personalrat.

Das Vorbild Lettow-Vorbeck

Hamburg. In Hamburg-Wandsbek liegt eine Kaserne, die den Namen Lettow-Vorbeck trägt. Die Bourgeoisie pflegt ihre Kasernen nach Vorbildern ihrer Herrschaft zu benennen.

Lettow-Vorbeck ist 1913 zum Kommandeur der sogenannten Schutztruppe in der von den Imperialisten „Deutsch-Ostafrika" genannten Kolonie ernannt worden.

Das imperialistische Kaiserreich hatte dieses Gebiet besetzt, um seinen imperialistischen Heißhunger nach Kolonien zu stillen und um bei der Aufteilung der Welt durch die imperialistischen Staaten wie z.B. Frankreich und England mitzusprechen.

Zur Unterwerfung der Bevölkerung des Landes wurden sogenannte Schutztruppen zusammengestellt. Dieser Schutz sah so aus, daß man daran ging, die Bevölkerung zu „befrieden", ihren Widerstand gegen die Imperialisten zu brechen. Das endete häufig mit der Ausrottung ganzer Dörfer und Stämme. Die Schutztruppe hatte vor allem auch die Aufgabe, die Einheimischen von ihrem Boden zu vertreiben und zur Zwangsarbeit für die Imperialisten zu zwingen.

Der Kommandeur dieser Schutztruppe wurde Lettow-Vorbeck. Er blieb auf diesem Posten bis zum Ende des I. Weltkrieges 1918. Schon im I. Weltkrieg preßte er die einheimischen Männer in die Armee, damit sie die Interessen der deutschen Imperialisten verteidigten.

Die Unterdrückung der Völker in Afrika ist aber nur eine von Lettow-Vorbecks „Heldentaten".

Gleich nach dem I. Weltkrieg – kaum nach Deutschland zurückgekehrt – übernimmt er das Kommando über die Truppen, die in Hamburg einen Arbeiteraufstand niederschlagen sollten.

1920 beteiligte sich Lettow-Vorbeck am reaktionären Kapp-Putsch, der zum Ziel hatte, die revolutionäre Arbeiterbewegung zu zerschlagen und von der Arbeiterklasse erkämpfte Rechte vollständig zu beseitigen und damit alle Schranken der Verschärfung der Ausbeutung. Dieser Putsch schlug fehl, weil die bewaffnete Arbeiterklasse ihn niederkämpfte. Daraufhin mußte Lettow-Vorbeck seinen Hut nehmen. Das Besondere daran, daß gerade in Hamburg eine Kaserne nach Lettow-Vorbeck benannt wird, ist zum einen, daß Lettow-Vorbeck gerade hier einen Arbeiteraufstand niederschlug, und zum anderen, daß dieser Name an der Kaserne einer Stadt angeschlagen wurde, die traditionell als imperialistisches „Tor zur Welt" gilt.

Der Name Lettow-Vorbeck für eine Kaserne gibt nicht nur die Vergangenheit, sondern auch das Programm der westdeutschen Imperialisten an.

Das wird besonders deutlich, wenn man die Erörterungen der „Wehrwissenschaftlichen Rundschau" betrachtet (KVZ 42), in der auf die Bedeutung des südlichen Afrikas für die westdeutschen Imperialisten eingegangen wird und untersucht wird, wie man dieses Gebiet militärisch besetzen kann, um dafür zu sorgen, daß die Völker sich nicht befreien vom Imperialismus. Ausplünderung der Völker der Dritten Welt, Expansion auf dem Weltmarkt auf der Grundlage der Auspressung von Höchstprofiten aus der westdeutschen Arbeiterklasse; dies gesichert durch die Armee der Imperialisten; dafür soll der Name Lettow-Vorbeck stehen. Aber gerade in dieser Kaserne gibt es heftigen Kampf der Soldaten gegen das Programm des westdeutschen Imperialismus.

In dieser Kaserne haben sich vor einigen Wochen 19 Soldaten geweigert, diesem imperialistischen Staat feierlich die Treue zu geloben.

In dieser Kaserne hat sich eine ganze Ausbildungskompanie zusammengeschlossen, die in einer Übung gegen Gegner der Atomkraftwerke eingesetzt werden sollte: Sie haben gesagt, daß sie sich nicht gegen das Volk einsetzen lassen und haben der Bürgerinitiative gegen ein Atomkraftwerk in Brokdorf eine Solidaritätsadresse geschickt, in der sie feststellten, daß dieser Kampf richtig ist und sie sich nie gegen das Volk einsetzen lassen würden. – (i, Hamburg / Red.)



Mit diesem Bild unterstützt Kai, 7 Jahre, aus Hamburg den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Dies und andere Bilder wurden verkauft, 20 DM für die ZANU kamen zusammen.

Der festgenommene Soldat wurde befreit

Frankenthal. An den Aktionen der Initiative gegen das geplante Kernkraftwerk der BASF am letzten Samstag beteiligte sich ein Soldat in Uniform. Er hatte sich zwei Pappschilder umgehängt, auf denen die Unterstützung der Soldaten für die Bewegung gegen das Atomkraftwerk erklärt wurde. Auf der Rückseite wurde über die Bürgerkriegsübung der 11. Kompanie des Luftwaffenausbildungsregiments 1 in Hamburg berichtet (KVZ 39) und darüber, daß die Soldaten dieser Einheit sich gegen den Zweck dieser Übung und für die Interessen des Volkes ausgesprochen hatten. 2 Polizisten gelang es nicht, die Personalien des Soldaten festzustellen. Die Verstärkung (10 Polizisten) wollten dann kurzen Prozeß machen, sie packten den Soldaten und ein Vorstandsmitglied der Initiative und wollten sie zur Wache transportieren. Als dies bekanntgemacht wurde, äußerte sich die Empörung der Umstehenden auf handgreifliche Weise. Beide wurden sofort befreit. Eine Polizeimütze flog in hohem Bogen durch die Luft. Auch die herbeigerufenen Feldjäger mußten unter Schmährufen unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Neue Polizeiwaffen werden entwickelt

Im „Deutschen Waffen-Journal" 10/76 findet sich folgende Meldung:

„Die Polizei-Führungsakademie Münster hat der Fa. Rheinmetall einen Forschungsauftrag zur Entwicklung einer Stauchgeschoßpatrone in den Kalibern 9 mm Para und 38 Spezial erteilt. Das Geschoß dieser Patrone besteht aus Schwermetallstaub, der einen Kunststoffmantel mit Sollbruchstellen hat. Beim Auftreffen bricht der Mantel, und die Auftreff-Fläche vergrößert sich gegenüber herkömmlichen Geschossen von etwa 64 qmm auf 1 600 qmm. Die Folge ist, daß das Geschoß nur unwesentlich in den Körper eindringt, die im Geschoß steckende Energie den Getroffenen jedoch umwerfen soll. Der
troffenen jedoch umwerfen soll. Der
Entwicklungsauftrag soll bis spätestens Anfang November 1976 abgeschlossen sein." (Deutsches Waffenjournal, 10/76).

Die Kapitalistenklasse betreibt solche Rüstung, weil sie weiß, daß der Ansturm der Volksmassen auf ihre Herrschaft bevorsteht.

Wachblockausbildung in der Saaleck-Kaserne:

„Wie verhält sich die Wache bei Demonstrationen vor dem Tor?"

Hammelburg. „Zu welchem Zweck ist wohl die Kasernen-Wache gut?" Mit dieser Frage begann der erste Wachunterricht. Die laut Vorschrift korrekten Antworten waren: „Zur Abhaltung von Spionen und Saboteuren, zur Kontrolle des korrekten Anzuges von ein- und ausgehenden Soldaten, zur Überprüfung der Fahrtüchtigkeit von Fahrzeugen und zur Abwehr von zersetzerischen Tätigkeiten von außen."

Etwas seltsam kam uns allen das Argument mit der „Abwehr von Spionen" vor, wo uns doch erst wenige Tage zuvor der Sicherheitsoffizier erklärt hatte, daß Spione nicht über Zäune steigen oder sich mit falschen Ausweisen in die Kaserne einschleichen, sondern sich Handlanger unter den Soldaten und Offizieren anwerben oder ganz normal als Zivilisten in der Bundeswehr-Verwaltung arbeiten.

Viel einsichtiger war uns da schon die Sache mit Kontrolle von Anzug und Fahrzeug, denn welcher Soldat ist nicht schon mal vom wachhabenden Offizier wegen einer fehlenden Kopfbedekkung, einem offenen Knopf oder schmutzigen Scheinwerfern – die man wegen der ständigen Hin- und Herfahrerei nicht saubermachen konnte – aufs kleinlichste schikaniert worden. Aber auch hierfür braucht man keinen riesigen Zaun um die Kaserne und Posten mit scharf geladenen Waffen am Tor und auf Rundgang.

Die nächste Frage des Unterrichtsleitenden (ein Leutnant der Reserve und studierter Jurist) zeigte, wofür man das alles braucht: „Wie verhalten Sie sich, wenn vor dem Tor eine Demonstration von Zivilisten aufzieht?" Die richtige Antwort lautete hier: „Ich schließe das Tor und verständige den Wachhabenden." Unser Juristenoffizier führte dann aus, was wohl der Wachhabende weiter unternehmen würde: „Der Wachhabende wird erst feststellen, ob es sich bei der Demonstration um eine friedliche, demokratische Meinungsäußerung handelt. In diesem Fall wird er die Polizei benachrichtigen, um eine Behinderung der Kasernenzufahrt beseitigen zu lassen. Handelt es sich um eine Demonstration, die gegen den Bestand der Bundeswehr gerichtet ist, und (oder) eine Störung des Dienstablaufes verursacht oder zum Ziel hat, dann fordert er die Demonstranten auf, die Kasernenumgebung zu verlassen oder sich aufzulösen, bei Nichtbefolgen wiederholt er diese Aufforderung und droht weitere Maßnahmen an, bei nochmaligem Nichtbefolgen läßt er erkannte Rädelsführer (ganz besonders, wenn darunter selbst Soldaten sind) vorläufig festnehmen, bei Erfolglosigkeit dieser Maßnahme kann er geeignete Mittel, wie z.B. Tränengas, einsetzen lassen. Wenn die Bedrohung durch die Demonstration dann immer noch nicht beseitigt ist, kann er nach zweimaliger Vorwarnung in die Menge schießen lassen. Die Vorwarnung entfällt, wenn aus der Menge heraus Gewalttaten gegen militärische Einrichtungen oder Leib und Leben von Angehörigen der Bundeswehr zu erwarten sind oder schon begangen werden. Ebensolcher Weg ist beim Auftauchen von einzelnen Zersetzungselementen (z.B. Flugblattverteiler) zu begehen."

Soweit sinngemäß die Ausführungen des Juristenoffiziers.

An diesen Aussagen gibt es nichts herumzudeuteln, sie sind klar und deutlich. Wenn sich die Volksmassen „draußen" aufmachen, sich mit den Arbeitern in Uniform „drinnen" zusammenzuschließen, um einen neuen imperialistischen Aggressionskrieg zu verhindern oder dem Einsatz von Soldaten gegen ihre im Kampf gegen die Kapitalisten stehenden Klassenbrüder zuvorzukommen, dann wird geschossen.

Lang und breit versuchte uns der Offizier klarzumachen, daß diese Demonstranten und Zersetzer die Todfeinde der Soldaten seien, aber es ist ein wenig erfolgversprechendes Unterfangen, die Umkehrung der Wahrheit als Wahrheit verkaufen zu wollen. Zwei Soldaten sagten nach dem Unterricht: „Wir haben in der Grundausbildung viele Flugblätter vor der Kaserne bekommen, die meisten waren aber für die Mannschaften gut und für die Offiziere schlecht." Ein Soldat kam mit nachdenklichem Gesicht aus dem Unterrichtsraum und meinte schlicht: „Da stimmt was nicht, denn draußen sind doch nur unsere Freunde, Familien und Arbeitskollegen." Damit waren die zwei Stunden Hetze und Lüge entlarvt. – (Jäger A., Hammelburg)

Die US-Truppen und die Bundeswehr richteten im Manöver „Bonded Item" (siehe KVZ 43) große Manöverschäden in Schleswig-Holstein an. Die Panzer fuhren über frisch eingesäte Felder. Weil die Aussaatzeiten vorüber sind, kann nicht neu eingesät werden auf diesen Flächen. Auf den Weiden wurden tiefe Spuren in die Grasnarbe eingegraben und Drainagerohre zerstört. Was entschädigt wird von den beschädigten Flächend, ist überhaupt nicht klar. Außerdem dauert es vier bis sechs Wochen, bis die Schäden von Kommissionen festgestellt sind. In Tolk haben die Bauern sofortige Schadenfeststellung durch den Bürgermeister durchgesetzt. Die Zelle Schleswig des KBW schreibt: „Anfangs meinten viele Bauern, das Manöver sei ja notwendig und man bekomme den Schaden ersetzt. Je länger das Manöver dauerte und je deutlicher das Ausmaß der Zerstörungen und Behinderungen wurde, desto mehr wuchs auch die Empörung und Wut der Bauern."



22 Beschwerden gegen Schikane und Unterdrükkung

22 Soldaten der 3. Inspektion der Sanitätsschule der Luftwaffe in der Emil-v.-Behring-Kaserne in Klingholz bei Würzburg haben sich zusammengeschlossen und eine Beschwerde gegen einen Ausbilder geschrieben. Dieser hatte in einer Unterrichtsstunde den Soldaten gedroht, wer sich beschweren gehe, ohne ihn vorher davon zu informieren, lerne ihn kennen. Außerdem hat er einen ganzen Hörsaal (33 Soldaten) nach einer Formalausbildungsstunde halbnackt vor der Inspektion antreten lassen, um diesen mitzuteilen, daß jetzt Dienstschluß ist. 22 Soldaten schrieben, jeder einzeln, eine Beschwerde, in der sie die Äußerungen des Feldwebels Hellmann als Angriff auf ihr Beschwerderecht bezeichnen. Der Inspektionsleiter reagierte ziemlich sauer. Er verhörte jeden einzelnen Soldaten nach Dienstschluß und zwar am Freitag. Damit wurde vielen Soldaten die Möglichkeit genommen, nach Hause zu fahren; denn aus der Kaserne fährt nur einmal täglich ein Bus bis zum nächsten Bahnhof nach Würzburg. Dies ist eine ganz klare Schikane gegen die sich beschwerenden Soldaten. Dem Vertrauensmann sagte der Hauptmann, daß diese Beschwerdeaktion eine Zusammenrottung von Soldaten sei und er nach dem „Rottenführer" suchen werde. Die Beschwerde wurde abgelehnt mit der Begründung, diese sei eine Sammelbeschwerde und deshalb nicht zulässig. Dem Vertrauensmann sagte der Hauptmann, er hätte nach dieser Beschwerdeflut kein Vertrauen mehr zu ihm, er stände ganz klar auf der Seite der Soldaten und dies wäre nicht seine Aufgabe. Vor der versammelten Inspektion drohte er mit weiteren Repressalien, falls die „Unruhe" unter den Soldaten nicht aufhört. Die klare Antwort der Soldaten: Mit den Offizieren dieser Armee wird es nie ein friedliches Nebeneinander geben. Der Kampf wird weitergeführt. – (k., Klingholz)

England. Briefträger im Solidaritätsstreik. „Zum ersten Mal in der Geschichte der britischen Post wird einem Kunden seine Post vorenthalten", rief ein Tory-Abgeordneter im britischen Unterhaus empört aus. Die Briefträger hatten beschlossen, die Londoner Firma Grunwick Processing Laboratories nicht mehr zu beliefern. Die Firma wird seit 13 Wochen bestreikt. Sie zahlt farbigen Arbeitern ganze 42 Pfund (etwa 150 Mark) pro Woche und weigert sich, die Gewerkschaft anzuerkennen. Ferner richtet sich der Solidaritätsstreik dagegen, daß einige der 140 Arbeiter entlassen wurden und daß diejenigen, die gegen die Entlassungen den Streik aufnahmen, ebenfalls rausgeworfen wurden. Die Briefträger beendeten ihren Solidaritätsstreik, als der Kapitalist Verhandlungen zustimmen mußte.

In einer Unterhausdebatte hatten die Labour-Abgeordneten und -Minister keine offene Verurteilung der Streikaktion der Briefträger gewagt. Die Tory-Abgeordneten hatten darauf beharrt, der Streik sei gemäß Postgesetz von 1953 ungesetzlich und die Regierung müsse dagegen vorgehen. – (Nach Financial Times vom 3. und 5. November)

Polen. In einem Brief an Parteisekretär Gierek haben 889 Arbeiter der Traktorenfabrik Ursus die Wiedereinstellung aller Belegschaftsmitglieder verlangt, die in der Folge der Arbeiterdemonstrationen vom Juni entlassen worden waren. Bekannt wurde dieser Schritt der Ursus-Arbeiter durch das Komitee zur Unterstützung der von Repressalien betroffenen Arbeiter, welches 14 bekannte Intellektuelle gegründet haben. Das Komitee erhielt diese Mitteilung von den Unterzeichnern des Briefs selbst. Das Komitee hat ergänzend mitgeteilt, daß nach den Unruhen am 25. Juni etwa 200 Arbeiter bei Ursus entlassen wurden.

Die 889 Arbeiter verlangen von Gierek, daß alle Personen, die Repressalien ausgesetzt worden sind, ihre Arbeit zu den früheren Bedingungen, ohne alle Nachteile wieder erhalten. Ebenso verlangen sie, daß die Löhne für die Zeit der Entlassung nachgezahlt werden müssen. Sie erinnern Gierek daran, daß der Betrieb seine Planziele nicht erfüllen wird, wenn die entlassenen Arbeiter nicht wieder an ihrem Platz stehen. – (Nach Le Monde, 7./8. November 1976)

Albanien. Am 25. Oktober fanden überall in der Volksrepublik Albanien Feiern statt zum Jahrestag der vollständigen Elektrifizierung Albaniens am 25. Oktober 1970. Albanien, einst das Land in Europa, welches über die geringste Elektrifizierung verfügte, ist heute eines der ersten Länder in der Welt mit Elektrizität in jedem Dorf. Das war eine wichtige Maßnahme bei der Realisierung des Programms der Partei zur Aufhebung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land. Dieser Sieg wurde errungen im Kampf gegen die imperialistisch-revisionistische Blokkade Albaniens. Die kapitalistischen und revisionistischen Länder werden von der „Energiekrise" geschüttelt, als einer Erscheinung der Krise des niedergehenden Kapitalismus. Währenddessen baut das sozialistische Albanien zielstrebig seine Energieindustrie aus, als Grundlage für die Entwicklung des ganzen Landes. Die Energieerzeugung beträgt heute das 177-fache des Standes von 1938 und das 8,5-fache des Standes von 1960. Durch Errichtung neuer Wasserkraftwerke wird 1980 bereits eine doppelt so hohe Energieerzeugung wie im Jahre 1975 erreicht werden. „Die rasche Entwicklung der Energieindustrie und die komplette Elektrifizierung des Landes sind das Ergebnis der korrekten marxistisch-leninistische Linie, die die Partei der Arbeit beim sozialistischen Aufbau befolgt hat, der vom Prinzip geleitet wurde, daß die Energieerzeugung der Entwicklung des ganzen Landes voranschreiten muß." (Nach: Albanische Nachrichtenagentur, 25. Oktober 1976)

Albanien. Am Vorabend des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens wurden im neuen metallurgischen Kombinat in Elbasan Stahlwerke, eine Sauerstoffabrik sowie Dolomit- und Kalk-Betriebe ihrer Bestimmung übergeben. Die Bauarbeiter und Monteure haben, geführt von den zuständigen Parteiorganisationen, diese wichtigen Projekte 3 Monate und 15 Tage vor dem gesetzten Planziel fertiggestellt. Bauarbeiter, Monteure und Arbeiter des Kombinats, Werktätige aus Elbasan, Bauern der benachbarten Kooperativen, Schulkinder und andere sowie chinesische Techniker, die an dem Projekt beteiligt sind, feierten die Einweihung. Ramiz Alia, Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und andere führende Mitglieder der Partei und des Staates überbrachten den Arbeitern des Kombinats und den Versammelten die Glückwünsche des Zentralkomitees der Partei und des Ministerrats sowie des Genossen Enver Hoxha.

In den Ansprachen wurde hervorgehoben, daß die neu eingeweihten Betriebe Ergebnis der harten Arbeit der Kommunisten, der Arbeiter, Techniker und Ingenieure sind, die von den Idealen der Partei geleitet wurden. Ebenso sei das Kombinat ein Symbol der kämpferischen Freundschaft zwischen dem albanischen und dem chinesischen Volk. – Der chinesische Botschafter Liu Hsin-chuang erklärte, die Einweihung der Stahlwerke sei ein Erfolg des albanischen Brudervolkes beim Aufbau des Sozialismus; der unter der Führung der Partei der Arbeit mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze erzielt wurde.

Der britische Imperialismus:

Ein alter Blutsauger, der lange nicht genug hat

Die britische Regierung verhandelt gegenwärtig mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) um einen weiteren Kredit in Höhe von 3,9 Milliarden Dollar. Er soll der Rückzahlung früher aufgenommener Kredite und der Stützung des Pfundkurses dienen. Der Internationale Währungsfonds, in dem die USA und die BRD den Ton angeben, hat erklärt, Großbritannien bei Gewährung des Kredits „wirksame Auflagen" machen zu wollen und „den Fonds als Institution zur Beeinflussung der Wirtschafts- und Währungspolitik voll und ganz einzusetzen". (So Bundesbank-Vizepräsident Emminger, Süddeutsche Zeitung, 8.10.1976)

Ohne Zweifel drücken sich darin Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen zwischen den imperialistischen Staaten aus. Der britische Imperialismus, der einst über das größte Kolonialreich der Erde verfügte, ist durch den Befreiungskampf der unterdrückten Völker in besonderem Maß geschwächt worden. Seine Versuche, die Auflösung seiner kolonialen Herrschaft durch verstärkten Kapitalexport wettzumachen, standen auf tönernen Füßen. Denn Voraussetzung dafür ist, daß der Kapitalexport vom Warenexport getragen und vorbereitet wird. Dies setzt die Entwicklung der Produktion und Produktivkraft der Arbeit, d.h. die Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land, voraus. Gerade darin hinkt die englische Bourgeoisie im Vergleich zu ihren wichtigsten Konkurrenten zurück. Während sich der englische Kapitalexport immer mehr steigerte, nahm der Anteil Englands am Welthandel immer mehr ab. Dies ist die Hauptursache der negativen Handelsbilanz und der hohen Auslandsverschuldung des britischen Staates.

Wenn der britische Imperialismus gegenwärtig Rückschläge hinnehmen muß, so bedeutet dies keineswegs, daß er abzudanken gedenkt. Die britischen Finanzbourgeois haben in den letzten Jahren und gerade in der Krise ihre Kapitalanlagen weiter vergrößert.

	1973	1974	1975
Britische Direktinvestitionen im Ausland*			
Wiederanlagen nicht-überwiesener Gewinne	847	861	923
Netto-Erwerb von Beteiligungs- u. Anleihekapital	564	386	143
Sonstige Transaktionen**	271	348	58
Gesamte Nettoinvestitionen	1628	1595	1124
Nettogewinne	1462	1512	1609

* ohne Ölgesellschaften, ** Veränderungen der Verbindlichkeiten zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften sowie zwischen Konzerngesellschaften.

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, übersteigen die Nettoauslandsgewinne des Jahres 1975 die gesamten Kapitalexporte desselben Jahres. Soweit diese imperialistischen Extraprofite nicht verprasst werden, werden sie überwiegend für den weiteren Ausbau des Kapitalexports genutzt.

Britische Direktinvestitionen im Ausland
(in Millionen Pfund)

	1972	1973	1974
Wirtschaftsraum			
Entwickelte Länder	652	1381	1339
davon			
EG*	223	519	367
EFTA**	52	62	67
USA	105	377	401
Entwicklungsländer	85	247	256

* 1972 ohne Dänemark und Irland, ** 1972 einschließlich Dänemark.
Quelle: Department of Industry

Die Tabelle zeigt, daß die Investitionen in „Entwicklungsländern" sprunghaft gestiegen sind. „Besonders stark zugenommen (von 5 % auf 11 %) hat der Anteil Süd- und Südwestafrikas." Aber die britischen Imperialisten treten ihren Konkurrenten auch und gerade auf eigenem Terrain gegenüber. So haben 1973 und 1974 (spätere Angaben lagen nicht vor) die britischen Investitionen in der EG die Investitionen aller EG-Staaten in Großbritannien um das Fünffache übertroffen. Die Kapitalanlagen der britischen Monopole in den USA haben diejenigen der US-Monopole in Großbritannien in den Jahren 1973/74 ebenfalls übertroffen. (Alle Angaben aus: Nachrichten für Außenhandel, 1.9.76)

Die Kosten des Parasitismus der herrschenden Klasse kommen die britische Arbeiterklasse immer teurer zu stehen. Dagegen hat sie sich in heftigen Kämpfen zur Wehr gesetzt, vor allem in wirtschaftlichen Kämpfen und Streiks. Darin hat sie in vielen einzelnen Fällen Erfolge gehabt und sich Rechte erkämpft.

Diese errungenen Positionen der englischen Arbeiterklasse geht die britische Bourgeoisie jetzt daran anzugreifen. Ihre entscheidende Stütze in diesem Feldzug ist die sozialdemokratische Labour-Regierung und die ebenfalls von den Sozialdemokraten besetzte Gewerkschaftsführung. Sie haben einen „Sozialpakt zur gemeinsamen Bewältigung der Krise" abgeschlossen, dessen Kernpunkt schlicht in einer Lohnsenkung von 10 % für alle Lohnabhängigen ab August 1976 besteht. Gleichzeitig verpflichtet sich die Gewerkschaftsführung damit, alle Streiks und Kampfaktionen für illegal zu erklären und zu unterdrücken, die sich gegen diesen Lohnraub und die Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung richten.

Es ist klar, daß die britischen Kapitalisten sich damit keineswegs zufrieden geben, sondern im Gegenteil ermutigt werden, ihren Angriff weiterzutreiben.

Die hohe Verschuldung des britischen Staates will die britische Finanzbourgeoisie nun durch einen Generalangriff auf die Rechte und Lebensbedingungen der Arbeiter und Lohnabhängigen im eigenen Land beseitigen.

„Man muß nicht einen Nobelpreisträger wie Professor Friedmann bemühen, um klarzumachen, daß weitere Maßnahmen, besonders in der Einschränkung der staatlichen Ausgaben und der öffentlichen Kreditaufnahme, erforderlich sein werden. Die Frage ist nur, wann das politisch machbar sein wird. Professor Friedmann verglich in einem Fernsehinterview Großbritannien mit New York und Chile, die letztes Jahr fast bankrott waren. Er nannte Großbritannien ‚ein weiteres schreckliches Beispiel.' Hier haben die öffentlichen Ausgaben 60 % des Nationaleinkommens erreicht. Großbritannien ist am Rande des Kollaps'." (Daily Telegraph, 25.10.76)

Die britische Arbeiterklasse wird den Vergleich mit New York und Chile völlig ernst nehmen müssen: Durch Senkung jener Staatsausgaben, die unter kapitalistischen Bedingungen für die Arbeiter zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft und zur Aufzucht ihres Nachwuchses unentbehrlich sind, ergänzt durch die Plünderung und Zerstörung der Sozialversicherungen der Werktätigen und uferlose Steigerung der staatlichen Ausplünderung, sollen die Arbeiter in einen Existenzkampf verstrickt werden, der sie zwingt, sich mit Haut und Haar der Ausbeutung durch die Kapitalisten auszuliefern.

Die Pfundkrise und der Niedergang des britischen Imperialismus

in: **Kommunismus und Klassenkampf Nr. 4/76**

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Preis: 2,– DM

Engels schrieb einmal, daß „das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat **neben** der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert (ausbeutet), ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt." (Brief an Marx, 7. Oktober 1858)

Die Zeiten des Industriemonopols Englands, worauf diese Beobachtung von Friedrich Engels beruhte, sind lange vorüber. Dennoch hat über einen Zeitraum von mehr als hundert Jahren die britische Finanzbourgeoisie aus der Weltausplünderung durch Kolonialismus und Neo-Kolonialismus Extraprofite in solchem Umfang gescheffelt, daß sie mittels einer Schicht bestochener Arbeiteraristokraten und -bürokraten durch eine Politik des Reformismus und des „Trade-Unionismus" (des Nur-Gewerkschaftertums) die Arbeiterklasse fesseln konnte.

Durch den Befreiungskampf der unterdrückten Völker, die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus und daraus folgend die schrankenlose Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz, wird dieser Politik aber immer zunehmend der Boden entzogen. Die Ambitionen der britischen Finanzkapitalisten sind groß. Aber heute sind sie zu einer mittleren Macht gegenüber den beiden Supermächten herabgesunken. Der Kampf der Staaten um Unabhängigkeit und der Nationen um Befreiung, der Vormarsch der proletarischen Weltrevolution setzen ihrem Expansionsdrang immer engere Schranken. Nur durch die schrankenlose Ausbeutung und Verelendung der eigenen Arbeiterklasse können die Imperialisten im Ringen um die Weltherrschaft mithalten.

In diesem Winter werden 2 Millionen Arbeiter und Lohnabhängige in England arbeitslos sein. Die Geburtenrate fällt stetig, weil sich die Arbeiterfamilien vielfach Kinder nicht mehr leisten können. Die alten Arbeiter erhalten im Durchschnitt nur noch 33 % ihres letzten Lohnes als Rente. Beiläufig teilte die Presse im letzten Winter mit, daß jeden Tag mehrere Rentner in Großbritannien an Erfrierung starben, weil sie nichts mehr zum Heizen kaufen konnten.

Mit der Verschärfung der Klassenspaltung wird sich auch der Widerspruch zwischen der winzigen, bestochenen Schicht von Arbeiteraristokraten und -bürokraten, die Träger des Reformismus und Sozialchauvinismus sind, und der großen Masse des unterdrückten Proletariats entwickeln, das nur durch die proletarische Revolution sich befreien kann. Der Kampf gegen Imperialismus und Reaktion der herrschenden Klassen zwingt die britische Arbeiterklasse, mit Reformismus und „Trade-Unionismus" zu brechen. Mit der Aufnahme des Kampfes für den revolutionären Sturz des britischen Imperialismus wird die britische Arbeiterklasse den Beitrag zum Befreiungskampf des internationalen Proletariats leisten, der ihr zukommt. Notwendig ist dazu der Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei. – (gk)

Nordirland

Demonstrationen und Aktionen gegen die englische Besatzermacht

15 000 haben am Begräbnis von Maire Drumm in Belfast letzte Woche teilgenommen. Maire Drumm war eine Revolutionärin, die für die Befreiung Nordirlands vom englischen Kolonialismus und Imperialismus kämpfte. Reaktionäre Trupps, die im Sold des englischen Imperialismus stehen, haben sie heimtückisch erschossen. Die Kolonialmacht hat Waffenbesitz der Volksmassen verboten. „Dennoch begleiteten 18 schwarz gekleidete IRA-Soldaten den Sarg drei Kilometer bis zum Milltown-Friedhof." (Die Welt, 23. August 1976) Das Begräbnis war eine Demonstration der Volksmassen gegen die englische Besatzermacht; sie haben den Abzug der englischen Truppen gefordert. Hunderte haben am selben Tag die Andersonstown Armee- und Polizeikasernen mit Steinen bombardiert. Ein englischer Geheimpolizist und Spitzel wurde erschossen (Neue Zürcher Zeitung, 4. November).

Nordirland wird vom englischen Imperialismus besetzt gehalten; es ist sein Stützpunkt auf der ganzen irischen Insel. Das imperialistische Kapital beutet die irischen Arbeiter aus und verfügt über die Rohstoffe des Landes. In der Republik Irland im Süden des Landes hat die Regierung kürzlich „Anti-Terror-Gesetze" verabschiedet, die der Unterdrückung des Kampfes der Arbeiter und Bauern gegen den Imperialismus und Kapitalismus dienen sollen. Seit Wochen wird von der Regierung ein Verbot der Sinn Fein, einer Organisation, die sich schon Anfang des Jahrhunderts im Kampf für die Befreiung Irlands vom Imperialismus gebildet hat, beraten.

Die Imperialisten verlangen diese Maßnahmen, denn sie fürchten um ihre Herrschaft über Irland. Dies insbesondere, seitdem sich herausgestellt hat, daß in Irland wichtige Erze vorhanden sind: „Irland ist heute bereits der größte Produzent von Zink-Blei-Erzen und einer der größten Silberproduzenten in Europa. In der Weltrangliste der Barytproduzenten nimmt Irland den fünften Platz ein, und sobald die Erschließung der Zink-Blei-Vorkommen von Navan voll beginnt, wird Irland zum größten europäischen Metallexporteur werden." Folgende Tabelle zeigt die Anteile Irlands an der EG-Erz-Produktion 1974:

	Produktion	Anteile an der EG-Produktion
Zink	66 300 t	36,8
Blei	37 700 t	33,9
Silber	1,98 Mill. Unzen	25,5
Baryt	25 000 t	29,4
Kupfer	12 700 t	77,0
Quecksilber	4 700 kg	4,4

Im Kampf um die Sicherung ihrer Rohstoffversorgung und in der Jagd nach Höchstprofit plündern die imperialistischen Monopole Irland: 1967 mußte die irische Regierung im gesamten Bergbau zwanzigjährige „Steuerferien" für die imperialistischen Monopole beschließen. Diese wurden 1973 aufgehoben, aber durch Abschreibungserleichterungen und Steuerfreibeträge ersetzt. Neben den USA sind es die imperialistischen Bourgeoisien der EG, die Irland unterjochen: „Der EG-Anteil an der irischen Ausfuhr erhöhte sich von 74,2 % im Jahre 1974 auf 79,4 % im Jahre 1975 (ohne Großbritannien von 18,3 % auf 25,2 %), gleichzeitig wuchs der EG-Einfuhranteil von 68,3 % auf 69,1 %." Das Handelsbilanzdefizit ist groß. 1975 betrug es 1,51 Milliarden DM. So wächst die Verschuldung unaufhörlich. Der neue Eurokredit vom September 1976 soll, wie von „Londoner Bankiers zu hören" war, 250 Millionen Dollar betragen, eine Laufzeit von sieben Jahren haben und in den ersten fünf Jahren mit einem Zinssatz erheblich über 5 % verzinst werden. Über die Staatsschuld bereichern sich die Imperialisten und kontrollieren den irischen Staat. An der Spitze der Gläubigermächte steht die Supermacht USA (1,142 Milliarden DM), gefolgt vom britischen und westdeutschen Imperialismus. An die westdeutschen Imperialisten ist die Republik Irland allein mit 238 Millionen DM verschuldet. Weiter erzwingen die imperialistischen Monopole; daß ein erheblicher Teil des Staatshaushaltes der Irischen Republik ihnen in den Rachen geschleudert wird, um glänzende Bedingungen für Kapitalinvestitionen und die Ausbeutung der irischen Arbeiter zu schaffen. Im Jahr 1975 erhielten „insgesamt 39 neue ausländische Projekte mit einem Investitionsvolumen von 471 Millionen DM ..., 122 Millionen DM Subventionszusagen". „20 Prozent der seit 1960 mit Hilfe der IDA" (staatliche „Entwicklungsbehörde") „in der Republik Irland realisierten über 5 600 ausländischen Industrieansiedlungen entfallen auf Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland. Die Kapitalinvestitionen deutscher Firmen betrugen während dieses Zeitraums etwa 150 Millionen DM." Gegenwärtig bereitet die irische Regierung einen neuen „Nationalplan" vor, über den die „Nachrichten für Außenhandel" frohlockend berichten: „Die Regierung ist ihrerseits zu Steuererleichterungen im Interesse der industriellen Entwicklung und zu jeder Maßnahme, die das Industrie- und Investitionsklima verbessert, bereit. Nicht zuletzt hofft die Regierung auch, das Auslandsinteresse an Industrieansiedlungen in Irland zu erhalten oder zu beleben."

In den Fabriken verschärfen die Imperialisten die Auspressung von Mehrarbeit. Das „Gewicht der Neugründungen" zu den Rationalisierungsinvestitionen hat sich von 1974 im Verhältnis 80 : 12,5 % auf 51 : 33 % (1975) verschoben. Jetzt wollen sie noch erreichen, daß für das Jahr 1976 eine „freiwillige Lohnpause" von den Arbeitern hingenommen werden soll. Sie warnten vor „übermäßiger Lohnsteigerung". Die irische Regierung hat einen gesetzlichen Lohnstopp angedroht. Die Arbeiter haben Lohnerhöhungen erkämpft.

Die Kämpfe und bewaffneten Aktionen der Arbeiter und Bauern in der Republik Irland und in Nordirland haben dasselbe Ziel: Zerschlagung der Herrschaft des Imperialismus. Sie ermutigen und unterstützen sich gegenseitig. – (hjh)

Quellen: Blick durch die Wirtschaft, 9. August 1976; Nachrichten für Außenhandel, 12.10.76/4.11.76; Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandel, August 1976.)

Italien:

Kampf gegen das Ausplünderungs- und Unterdrückungsprogramm der Finanzbourgeoisie

Die italienischen Arbeiter und das Volk setzen den Kampf gegen das Ausplünderungsprogramm der Andreotti-Regierung fort. In den einzelnen Provinzen und Regionen werden Generalstreiks und große Massendemonstrationen durchgeführt.

Am 20. Oktober wurde drei Stunden in der Provinz Mailand, dem größten Industriezentrum Italiens, gestreikt. Mehr als 100 000 Arbeiter marschierten aus den Randbezirken und der Umgebung der Stadt Mailand, wo sich die großen Fabriken befinden, in sechs Demonstrationszügen in die Innenstadt und versammelten sich zu einer großen Kundgebung auf dem Domplatz. Eine Woche später, am 28. Oktober, traten die Arbeiter und Lohnabhängigen in der Provinz Piemont (mit dem Zentrum Turin) erneut für vier Stunden in den Generalstreik. Fast täglich finden in irgendeiner Provinz des Landes Streiks und Demonstrationen statt.

Die Arbeiter fordern die vollständige Rücknahme der von der Regierung angekündigten und teils bereits in Kraft gesetzten Erhöhungen der indirekten Steuern, der öffentlichen Tarife und der staatlich festgesetzten Preise. Sie kämpfen gegen den Angriff auf ihre Reallöhne, der mit dem Einfrieren der „gleitenden Lohnskala" für die höheren Gehälter eingeleitet worden ist.

Die Revisionisten und Reformisten versuchen zu spalten

Die Revisionisten und Reformisten, die die Streikbewegung nicht verhindern konnten, versuchen sie zu spalten: sowohl indem sie aus dem Kampf gegen das Plünderungsprogramm eine Aktion zu seiner „Modifizierung" machen wollen, als auch durch die Zersplitterung der Streiks in einzelne örtliche und regionale Aktionen. Wie wir in der KVZ Nr. 42/76 berichtet haben, hatte das Sekretariat der Föderation der drei Gewerkschaftsbünde die Forderung der Metallarbeiter nach einem einheitlichen Generalstreik in ganz Italien abgelehnt und stattdessen zersplitterte Streiks bis zum 20. November beschlossen. Dieses Manöver ist bereits weitgehend geplatzt. Die Streikbewegung zwang die revisionistischen und reformistischen Führungen der Industriegewerkschaften, für den 12. November einen gemeinsamen Generalstreik der Metaller, der Chemiearbeiter und der Arbeiter in der Textil- und in der Nahrungsmittelindustrie zu beschließen.
strie zu beschließen.

Daraufhin wurde von den bürgerlichen Politikern, die das Sekretariat der drei Gewerkschaftsbünde beherrschen, ein neues Manöver gestartet. Zunächst versuchten sie den Generalstreik der Industriegewerkschaften einfach ersatzlos zu streichen. Unter dem Vorwand „Besondere Branchen brauchen besondere Momente der Aktion" und mit der Behauptung „Man braucht nicht das Risiko einzugehen, die gleichen Arbeiter mehrmals streiken zu lassen" (Storti, christdemokratischer Generalsekretär der CISL), versuchten sie die Entscheidung über weitere Streiks an sich zu ziehen, um die Streikbewegung zu unterdrücken. Damit kamen sie nicht durch. Schließlich machten sie das „Angebot", zu einem gemeinsamen Generalstreik aller Lohnabhängigen aufzurufen – für einen Tag zwischen dem 17. und 19. November, das heißt nach der Parlamentsdebatte über das Ausplünderungsprogramm. Offensichtlich rechnen sie sich größere Chancen aus, diesen Streik wieder abzubügeln, wenn im Parlament eh alles beschlossen ist.

Die Aussichten, diesen erneuten Spaltungsversuch gegen die italienische Arbeiterklasse durchzusetzen, sind schlecht. Einer der am meisten gerufenen Sprechchöre auf der Demonstration der Hunderttausend in Mailand war die Forderung: „einheitlicher nationaler Generalstreik!"

Das Programm der imperialistischen Bourgeoisie: Lohnsenkung und Expansion

Der italienischen Finanzbourgeoisie gehen die bisher beschlossenen Ausplünderungsmaßnahmen längst nicht weit genug. Bisher hat die Regierung „Opfer" der Arbeiter und Lohnabhängigen in Höhe von etwa 5,2 Billionen Lire (etwa 15 Milliarden DM) beschlossen. Eine weitere Billion Lire (etwa 3 Milliarden DM) ist bereits fest ins Auge gefaßt. Die Finanzbourgeoisie ist damit immer noch unzufrieden. Die Füllung der Staatskasse, die zum großen Teil überdies für die Zinsen für Auslandsschulden draufgehen wird, senkt zwar den Lohn und ermöglicht weiteren Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats, erhöht aber nicht im gleichen Maß den Profit.

Die großen imperialistischen Konzerne Italiens, vor allem FIAT und die Monopole der Textil- und Elektroindustrie, exportieren einen großen Teil der in Italien hergestellten Waren ins Ausland. Gestützt auf den Warenexport hat der italienische Imperialismus in den letzten Jahrzehnten in großem Maßstab Kapital exportiert. In einigen Bereichen ist er dabei seinen westeuropäischen und US-amerikanischen Konkurrenten voraus. So der FIAT-Konzern z.B. in Spanien, wo er einen großen Teil des Automarkts beherrscht, und in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Ländern.

Die Grundlage der imperialistischen Expansion ist die Ausbeutung der Arbeiter im eigenen Land. Gestützt auf extrem niedrige Löhne hat der italienische Imperialismus in den fünfziger und sechziger Jahren seine Expansion entfalten können. In den letzten Jahren ist es den italienischen Arbeitern gelungen, beträchtliche Reallohnerhöhungen durchzusetzen. Noch immer sind die Löhne aber niedriger als in irgendeinem anderen westlichen imperialistischen Land, ausgenommen Großbritannien. Durch gewaltige Senkung des Lohns will die italienische Finanzbourgeoisie ihre Position in der imperialistischen Konkurrenz festigen und ausbauen. In einem Interview mit der römischen Zeitung „Repubblica" hat FIAT-Chef Agnelli kürzlich das Programm der Finanzbourgeoisie formuliert: Entscheidend sei die Wiederherstellung der Exportfähigkeit der italienischen Wirtschaft, dazu müßte vor allen Dingen die „Produktivität pro abhängig Beschäftigtem" erhöht werden. Mittel dazu: Senkung des Lohns, mehr Überstunden, mehr „Mobilität" der Arbeiter (sprich: Niederschlagung des Widerstands gegen Entlassungen und Umsetzungen). Von „Wiederherstellung der Exportfähigkeit" spricht der größte Autoexporteur Europas, von „Erhöhung der Produktivität pro abhängig Beschäftigtem" der Vertreter einer Monopolbourgeoisie, die in der „Steigerung der Produktivität" in den letzten Jahren nur von der westdeutschen Bourgeoisie übertroffen worden ist. Mehr Überstunden verlangt dieser Bourgeois von der italienischen Arbeiterklasse, für die der
Normalarbeitstag immer mehr zur
Normalarbeitstag immer mehr zur Farce gemacht wird und in weiten Bereichen der Industrie die Wochenarbeitszeit 50 Stunden überschritten hat – unterbrochen von Phasen der Kurzarbeit.



Metallarbeiter in Turin während des Generalstreiks gegen das Plünderungsprogramm der Regierung Andreotti. Auf dem Transparent steht: „Andreotti, du wirst schlimmer enden als Tambroni!" Der christlich-demokratische Ministerpräsident Tambroni, der sich im Parlament auf die Faschisten stützte, mußte 1960 unter dem Druck eines Generalstreiks abtreten.

Kernstück des Programms der Finanzbourgeoisie ist der Angriff auf den Lohn

Gegenwärtig wird er vor allem gegen die „gleitende Lohnskala", nach der die Löhne in gewissem Maß der Inflation der Warenpreise angepaßt werden, geführt. Durch Notstandsdekret der Regierung ist die „gleitende Lohnskala" für Jahreseinkommen über 6 Millionen Lire (entspricht etwa 1 200 DM im Monat) zu 50 % und für Einkommen über 9 Millionen Lire ganz für die Dauer von zwei Jahren eingefroren worden. Direkt sind davon gegenwärtig im wesentlichen höhere und mittlere Angestellte betroffen. Schon nach dem jetzt in Kraft gesetzten Dekret wird aber wegen der fortschreitenden Inflation spätestens in zwei Jahren die Masse der Industriearbeiter, die gegenwärtig zwischen 4 und 5 Millionen Lire im Jahr (ca. 900 DM brutto monatlich) verdienen, unter die „eingefrorenen" Einkommensgruppen fallen.

So lang will die Finanzbourgeoisie nicht zuwarten. Inzwischen plant die Regierung, bereits im nächsten Jahr die Wirkung der „Lohnskala" für alle Lohnabhängigen einzuschränken, indem nur noch ein Teil der „fälligen" Lohnerhöhung gezahlt wird. Die italienische Bourgeoisie hat die „gleitende Lohnskala" nach dem Krieg eingeführt, um den Lohnkampf an die Berechnungen des bürgerlichen Staates zu fesseln. Die italienischen Arbeiter werden sich dadurch nicht fesseln lassen. Im öffentlichen Dienst und in vielen der größten Industriebetriebe werden zur Zeit Streiks für höheren Lohn vorbereitet.

Agnelli über die PCI: „Beweis politischen Edelmuts"

Daß die italienische Finanzbourgeoisie den Angriff auf den Lohn offen über ihren Staatsapparat führen muß, ist ein Zeichen ihrer politischen Schwäche. Auch unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit hat sie bisher keinen wesentlichen Abbau des Lohns in den Tarifkämpfen durchsetzen können. Das ist ein Beweis der Stärke und Kampfkraft der italienischen Arbeiterklasse. Indem die Monopolbourgeoisie den Lohnabbau direkt durch die von den Revisionisten unterstützte Regierung Andreotti durchführen läßt, hofft sie den gewaltigen Drang nach gesellschaftlicher Veränderung, der sich im Wahlergebnis vom 20. Juni ausgedrückt hat, auf die Mühlen der Reaktion zu lenken. Sie sieht sich gezwungen, den Revisionisten die Beteiligung an der Ausübung der politischen Macht anzubieten, um den Klassenkampf noch einmal durch Spaltung zu unterdrücken. Sie tut das nicht gern, und die anderen Imperialisten, bei denen allein der italienische Staat etwa 17 Milliarden Dollar Schulden hat und denen ein Fünftel des italienischen Aktienkapitals gehört, wollen erst recht die Revisionisten von der Regierung fernhalten, weil sie den Einfluß des sozialimperialistischen Rivalen fürchten.

In dem zitierten Interview hat Agnelli gesagt, daß die politische Linie, die die PCI eingeschlagen hat, also die offene Unterstützung des reaktionären Programms der Finanzbourgeoisie, „ein Beweis politischen Edelmuts gegenüber den Interessen des Landes und echten Sinns für Verantwortung" sei. Aber gleich darauf: „Es ist jedoch viel besser, wenn es den Kommunisten (damit meint er die Revisionisten) gelingt, diese Linie durchzuführen, ohne in die Regierung einzutreten."

Die Streikkämpfe der letzten Wochen haben gezeigt, daß der „Edelmut" der PCI gegenüber der imperialistischen Bourgeoisie von der Arbeiterklasse nicht geteilt wird. Daher hat die Bourgeoisie umfangreiche Vorkehrungen getroffen, die offene Unterdrückung der Arbeiterbewegung weiter zu verschärfen. So wurde vor einiger Zeit mit Zustimmung der Reformisten und Revisionisten ein Gesetz beschlossen, nach dem der polizeiliche Todesschuß freigegeben wurde und das bereits eine ganze Reihe von Opfern gekostet hat. Kürzlich wurde in Padua dem Polizeioffizier Margherito wegen „aufrührerischer Aktivität" vor einem Militärgericht der Prozeß gemacht. Margherito, der einer Einsatztruppe der Polizei angehört, hatte Enthüllungen über die Bürgerkriegsvorbereitungen der Bourgeoisie und über die Unterdrückung der demokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung in Armee und Polizei gemacht.

Die Regierung Andreotti hat als eine ihrer dringlichsten Aufgaben eine „Reform" der Geheimdienste eingeleitet, die zusammengefaßt und zentralisiert werden sollen, um einen wirksameren Einsatz dieser Unterdrückungsinstrumente zu ermöglichen.

Gegenwärtig stützt sich die Bourgeoisie bei ihren Anstrengungen zur Niederwerfung der Arbeiterbewegung vor allem auf die Spaltung durch den Revisionismus und Reformismus. Schon jetzt hat sich gezeigt, daß sie die Fesselung der Arbeiter durch den Revisionismus dabei überschätzt und die Selbständigkeit und Einheit der Arbeiter unterschätzt hat. Schneller als erwartet verschleißt sich der Einfluß der Revisionisten auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Auf der letzten Sitzung des ZK der revisionistischen PCI warnte deren Vorsitzender und ehemaliger Generalsekretär Longo, die Partei laufe Gefahr, ihre „Verbindung mit den Massen" zu verlieren. Natürlich hat er nicht vorgeschlagen, die revisionistische Linie zu ändern. Er hat nur ungewollt zugegeben, daß die Politik der Unterwerfung unter die Bourgeoisie keine Verbindung mit den Massen, sondern Feindschaft der Massen einbringt. Für Agnelli, Berlinguer, Longo und ihresgleichen ist das beunruhigend. Für die proletarische Revolution ist das ein Fortschritt. – (ug)

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Conti / Hannover. In meiner Abteilung haben wir eine Kleidersammlung für die ZANU aufgenommen. Ich fragte die Kolleginnen, ob sie nicht brauchbare Kleider und Schuhe hätten. Ich sagte ihnen: „Wir machen eine Sammlung für den Befreiungskampf in Zimbabwe." Es kam zu einer Diskussion über Zimbabwe. Alle finden in meiner Abteilung den Kampf der Volksmassen in Zimbabwe gut und gerecht. Fast alle meine Kolleginnen haben ihre Unterstützung zugesagt, da die Sachen auch wirklich dorthin gehen, wo die Afrikaner um ihre Freiheit kämpfen. Einige haben ihr Versprechen schon wahrgemacht und eine ganze Menge Kleider mitgebracht.

Hannover. Eine Schulklasse ausländischer Kinder (9 bis 11 Jahre alt) hat mit ihrem Deutschlehrer zusammen das Kinderbuch „Freiheit für Zimbabwe" studiert. Darin wird geschildert, wie ein Junge aus Zimbabwe zu einem Ausbildungslager der ZANU geht, um sich dem Befreiungskampf anzuschließen. Die vielen Bilder im Buch haben die Schulklasse ermuntert, selbst ein großes Bild zu malen, das die Ausbildungslager der ZANU darstellt. Schließlich haben die Kinder an Tavanda (so heißt der Junge aus Zimbabwe im Buch) einen Brief geschrieben. Darin heißt es: „Es ist gut, daß du mit den afrikanischen Kindern und Arbeitern gegen die weißen Soldaten und gegen den Direktor kämpfst. (...) Ihr braucht viele Autos und viele Soldaten und Maschinengewehre zum Kämpfen. Auf Wiedersehen, Tavanda!" Es folgen die Unterschriften. – Mehrfach haben die Kinder bei ihrem Lehrer nachgefragt, ob er den Brief auch wirklich losgeschickt und übersetzt hat. Der Brief wurde an die ZANU geschickt, damit er an die Kinder in einem Ausbildungslager übergeben werden kann.

Mannheim. Die Bezirksorganisation Rhein-Neckar I des KBW hat eine Sammlung für ein Photokopiergerät für das ZANU-Büro in Quelimane / Mozambique aufgenommen. Auf der Kundgebung des KBW gegen die „Heldengedenkfeier" der faschistischen Deutschen Volksunion wurden dafür 46,25 DM gesammelt.

Bonn. Die Bonner Zellen des KBW-Bezirks Köln führten am 2. November in einer Gaststädte in der Innenstadt eine Veranstaltung „Das Volk von Zimbabwe kämpft bis zum endgültigen Sieg" durch.

Die 40 Teilnehmer spendeten 144 DM für den Volkskrieg unter Führung der ZANU. Außerdem wurde beschlossen, die Unterstützung in einigen Bonner Stadtteilen durch Sammeln von Kleidern und nützlichen Gegenständen fortzusetzen.

Frankfurt / Kunsthochschule. Ein aufgehängtes Bild und Plakat über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe führte zu anhaltenden Diskussionen, in denen die Gerechtigkeit und Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes vertreten werden konnte. 83 DM wurden bei der werden konnte. 83 DM wurden bei der Aktion für die Unterstützung der ZANU gesammelt.

Hamburg. Am Samstag, dem 6.11., führte die Stadtteilzelle Bergedorf zusammen mit dem Leserkreis einen Basar zur Unterstützung der ZANU durch. Mehr als 160 DM sind an diesem Tag gesammelt worden. Diesen Basar hatten wir vorbereitet durch eine Sammlung von Geld, Kleidern und anderen Gebrauchsgegenständen in vier Straßen. Zehn Säcke Kleidung, Uhren, zwei Radios und allerlei Sachen für den Basar sind gespendet worden. Im Laufe dieser Aktion haben wir 9 Zimbabwe-Broschüren verkauft.

Hamburg-Neuwiedental. Am 6.11. hat der KBW in Neuwiedental einen Flohmarkt zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durchgeführt. Kinder haben ZANU-Fähnchen gebastelt und Spielsachen gespendet. Über Tonband wurden revolutionäre Lieder gespielt und die Rede des Genossen Mugabe von der ZANU, die er auf der Genfer Konferenz gehalten hat, auszugsweise wiedergegeben. Über 40 DM wurden für die ZANU gespendet, mehr als drei Sack voll Kleidung haben die Bewohner der Rüsch-Siedlung in Finkenwerder in der letzten Zeit gespendet.

Darmstadt. Am Samstag, dem 6.11., führte die Stadtteilzelle Johannesviertel des KBW eine Kleidersammlung zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe durch. Vorbereitet wurde die Aktion mit einem Flugblatt, das über die Fortschritte des bewaffneten Befreiungskampfes berichtete und die Interessen der Imperialisten im südlichen Afrika darlegte. Dabei machten wir den Fehler, daß wir das Verteilen des Flugblattes nicht mit Aktionen im Stadtteil verbunden haben und die mündliche Agitation vernachlässigten. So konnten wir nur 2 Kleidersäcke sammeln. Am meisten Erfolg hatten wir, als wir gegen Ende der Sammelaktion mit einer Flüstertüte eine kurze Ansprache in einem Hinterhof hielten. Auf dem Hinterhof und in den Blöcken kam es zu regen Diskussionen, in denen alle Bewohner sich für die Unterstützung des Befreiungskampfes aussprachen. Bei 2 Familien sollen wir noch einmal in der nächsten Woche vorbeikommen, weil sie in der kurzen Zeit nicht mehr ihre alten Kleider heraussuchen konnten

Ein Jahr nach dem „Grünen Marsch" des Hassan-Regimes:

Die FPOLISARIO zerschlägt die marokkanische Invasionsarmee

Der Kampf des Volkes von Westsahara für die Befreiung des Landes von Kolonialismus und Imperialismus ist in eine neue Phase getreten, „die Liquidierung des Kolonialismus in Westsahara (hat) begonnen". (Kommuniqué der FPOLISARIO)

In weniger als einem Monat haben die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee, „Kraft ihrer Überzeugung, daß sie siegen werden und ihrer Bereitschaft, für die vollständige Befreiung unseres Landes jedes Opfer zu bringen", 5 Kampfbomber des Typs F-5 abgeschossen, 420 feindliche Soldaten ausgeschaltet, über 70 Fahrzeuge und 4 große Geschütze und 15 Mörser zerstört. Der Kommandant der Besatzungstruppe von Bou Craa wurde am 29.9. getötet. El Aioun, die Hauptstadt Westsaharas, lag in den letzten Wochen wiederholt unter dem Feuer der Volksbefreiungsarmee. In der Stadt wurde das Hauptquartier der marokkanischen Besatzungstruppen unter Beschuß genommen. Die spanische Zeitung „ABC" berichtet von sehr hohen Verlusten der marokkanischen Truppen, und die Zeitungen „Arriba" und „Ya" melden, „El Aioun sei eingeschlossen". (El Moudjahid, 24.10.76)

Vor einem Jahr hat das marokkanische Hassan-Regime im Schutz des „Grünen Marsches" Hunderttausender Marokkaner Westsahara durch seine Truppen besetzen lassen. Die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des Volkes von Westsahara sollte verhindert werden. Das Volk von Westsahara besteht aus etwa einer Million Menschen, davon 200 000 Arbeiter, die in Europa, vor allem Frankreich, als Lohnsklaven arbeiten. In der FPOLISARIO haben die Bauern und Arbeiter sich das Instrument zur Befreiung des Landes und der Nation geschaffen. Im langdauernden Volkskrieg, den es seit dem 20. Mai 1973 unter Führung der FPOLISARIO führt, hat das Volk von Westsahara den spanischen Kolonialismus in die Knie gezwungen. Im Vertrag von Madrid vom 14.11.1975 konnte dieser aber die reaktionären Regimes von Marokko und Mauretanien für die Annexion Westsaharas und für eine Invasion zur Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts des sahaurischen Volkes gewinnen. Das faschistische spanische Regime und die hinter ihm stehenden US- und westeuropäischen imperialistischen Mächte wollen sich dadurch weiterhin den Zugriff auf die Rohstoffe des Landes sichern und sich Westsahara als strategischen Stützpunkt gegenüber den Kanarischen Inseln im Ringen mit dem sowjetischen Sozialimperialismus erhalten.

Die Phosphatvorkommen in Westsahara werden auf 10 Milliarden Tonnen geschätzt, die bekannten Weltvorräte auf 80 Milliarden Tonnen, 50 Milliarden davon in Marokko. Die Weltproduktion betrug 1973 98,4 Millionen Tonnen, davon 38,5 Millionen Tonnen in den USA, 23,5 in der UdSSR. Die westeuropäischen imperialistischen Mächte sind völlig auf den Weltmarkt angewiesen, wo 1973 der Hauptexporteur Marokko mit 33 Prozent Anteil war. Der Phosphatpreis ist von 12 Dollar 1973 auf 68 Dollar je Tonne 1975 gestiegen. Über die wirtschaftliche und politische Kontrolle Marokkos will sich der US-Imperialismus das Monopol über den Weltmarkt und die Weltvorräte sichern.

Außerdem gibt es Eisenerzvorkommen, Konzerne wie Texaco, Gulf Oil, Mobil Oil, Esso wittern Erdölvorkommen und haben für die Prospektierung bereits im ersten Jahr 600 Millionen US-Dollar investiert. Die 800 Kilometer lange Küste ist äußerst fischreich. Die jährliche Fangmenge beträgt 1,5 Millionen Tonnen, 270 000 Tonnen raubt jährlich Spanien. „Der Rest wird durch die großen Schiffsfabriken amerikanischer, südafrikanischer wie auch sowjetischer (430 000 Tonnen) und japanischer Schiffe (350 000 Tonnen)" geplündert. (L'enjeu du Sahara Occidental, S. 6 und 7)

Das Hassan-Regime und der US-Imperialismus, der die marokkanische Invasionsarmee ausbildet und bewaffnet, dachten sich die Besetzung als Spaziergang. Das sahaurische Volk hat unter Führung der FPOLISARIO den Volkskrieg fortgesetzt und verstärkt. Zwar konnte das Hassan-Regime noch mit Bomben- und Granatangriffen große Teile der Bevölkerung über die Grenze nach Algerien treiben, aber der Gegenoffensive der Volksbefreiungsarmee, die im Frühjahr mit der Gründung der Demokratischen Republik Westsahara am 27.2.1976 begann, konnten sie nicht standhalten. Nach sechs Monaten waren 6 850 feindliche Soldaten außer Gefecht gesetzt, die Invasionstruppen in die Defensive gedrängt. Ihr Versuch, im Nordosten, nahe der algerischen Grenze, entlang der Achse Zag-Mahbes – Ain Bentili von Norden nach Süden eine neue Verteidigungslinie aufzubauen und durch mobile Einheiten das Vordringen der Befreiungskämpfer ins Land zu verhindern, scheiterte. Die Volksbefreiungsstreitkräfte kennen ihr Land, sie haben die Unterstützung der Volksmassen und wählen Ort und Zeitpunkt des Angriffs, um möglichst viele Feinde bei geringen eigenen Verlusten zu vernichten.

Unter den Schlägen der Befreiungskämpfer liegt die Ausbeutung der Bergwerke still. Die Befreiungskämpfer kontrollieren das Land, während die marokkanischen und mauretanischen Truppen sich in die befestigten Stellungen der wenigen Städte zurückziehen mußten. „Es scheint", berichtet ein französischer Journalist, „daß die marokkanischen Infanteristen die ‚Städte', die sie kontrollieren, nur noch verlassen, wenn sie über einen bedeutenden Schutz durch die Luftwaffe verfügen. In der Provinz Saguiat El-Hamra haben sie Militärposten in Mahbes, Idiria, Hausa, Smara, El-Aioun und anderswo, aber bestimmte dieser Städte sind nur noch durch die marokkanische Armee bewohnt ..." (El Moudjahid, 4.11.76) Aber auch da sind sie ununterbrochenen Angriffen ausgesetzt. Mit einer Offensive in den ersten zwei Septemberwochen hat die „neue Phase der Liquidierung des Kolonialismus in Westsahara begonnen", verkündet ein Kommuniqué der FPOLISARIO. Nachdem die Bodenverbindungen der Besatzungstruppen abgeschnitten und sie in ihren Positionen isoliert sind, haben „die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee damit begonnen, sie zu dezimieren". (El Moudjahid, 11.10.76)

Wenn die, in den Stellungen unter Beschuß liegenden, feindlichen Truppen versuchen, sie zu verlassen, werden sie systematisch angegriffen und zurückgetrieben, berichtet das Kommuniqué weiter.

Mit der Unterdrückung des Rechts auf Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara wollte der Imperialismus die Konterrevolution im ganzen nördlichen Afrika stärken und einen Schlag gegen den revolutionären Kampf der Völker in diesem Raum führen. Er wird scheitern. Der revolutionäre Befreiungskampf des saharauischen Volkes stärkt die Front der arabischen Völker gegen den Imperialismus; er wird zunehmend von den Völkern Marokkos und Mauretaniens unterstützt. – (hl)



Kämpfer der F.POLISARIO (Front zur Befreiung der West-Sahara)

Mozambique:

Festes Hinterland für die Befreiung des ganzen südlichen Afrika

Im Kampf gegen den Imperialismus, im Vertrauen auf die eigene Kraft baut das Volk von Mozambique jetzt unter Führung der FRELIMO das Land auf, nachdem es den portugiesischen Kolonialismus zerschlagen hat. Es bildet gleichzeitig ein festes Hinterland für die noch gegen Kolonialismus und Imperialismus kämpfenden Völker im südlichen Afrika, insbesondere den Volkskrieg in Zimbabwe, und setzt selber den Kampf für die Befreiung des südlichen Afrika fort. Erst kürzlich hat es einen Überraschungsangriff des rhodesischen Siedlerregimes in den Provinzen Tete und Gaza zurückgeschlagen. Das ist die dritte bewaffnete Provokation seit der Unabhängigkeit, nach dem Luftüberfall auf die Stadt Mapi im Juni und den Massakern an zimbabwischen Flüchtlingen am 9. August. Die in Mozambique erscheinende Zeitung „Noticias" schreibt dazu: Die Angriffe „zeigen nicht Stärke des rassistischen Smith-Regimes, sondern seine Schwäche und Verzweiflung. (...) Das Volk von Mozambique, das jetzt Blut für die Befreiung Zimbabwes vergießt, ist entschlossen, den gerechten Kampf Zimbabwes bis zum Ende zu unterstützen." (Hsinhua, 3.11.76) Nach dem Überfall auf die Stadt Mapai stellte das Oberkommando der Volksbefreiungsstreitkräfte fest: „Es ist falsch zu glauben, daß Ian Smith uns bloß angreift, weil wir den Kampf des Volkes von Zimbabwe unterstützen. (...) Ian Smith hat uns seit 1965 angegriffen und greift uns heute weiterhin an, weil er ein Feind unserer Unabhängigkeit ist, weil er der Feind der Freiheit unseres Volkes ist, aller Völker ..."

Anstelle des zerschlagenen kolonialen Staatsapparates hat das Volk einen eigenen Staat errichtet, „geschmiedet durch das Bündnis der Arbeiter und Bauern, geleitet durch die FRELIMO und verteidigt durch die Volksbefreiungsstreitkräfte Mozambiques, einen Staat, der die Ausbeutung beseitigt und die schöpferischen Initiativen der Massen und ihre Produktivkräfte befreit ..." (Samora Machel, Rede bei der Verkündung der Volksrepublik Mozambique, 25. Juni 1975)

Innerhalb eines Monats nach der Unabhängigkeit wurden am 25. Juni 1975 das Eigentum am Boden – der Hauptbereich der Ausbeutung, der weitgehend in der Hand der portugiesischen Kolonialmacht war – der vermietete Hausbesitz in den Städten, die Erziehung und das Gesundheitswesen verstaatlicht. Nach 500 Jahren Kolonialherrschaft hatte die portugiesische Kolonialmacht eine rückständige Wirtschaft hinterlassen, die die dringendsten Bedürfnisse der Volksmassen nicht erfüllen konnte. „Trotz der Tatsache, daß wir ein Land sind mit Überfluß an fruchtbarem Boden und Wasser", sagte Präsident Samora Machel in einer Rede am 25. Oktober 1975, „sind wir gezwungen, landwirtschaftliche Produkte einzuführen und die überwältigende Mehrheit unserer Bauernmassen lebt in bitterem Elend, der grundlegendsten Errungenschaften der Menschheit beraubt ..."

Auf 50 Prozent des Bodens, dem fruchtbarsten Teil, hatten zum Großteil ausländische Konzerne durch die Ausbeutung afrikanischer Zwangsarbeit (Jahreslohn etwa 120 DM) Zukker, Baumwolle, Kajunüsse, Tee und Sisal für den Verkauf auf dem Weltmarkt produziert und den Anbau von Getreide, der für die Versorgung der Bevölkerung entscheidend ist, unterdrückt. In den Städten waren 500 000 Arbeiter arbeitslos, 100 000 Arbeiter wurden in einer kaum entwickelten Holz-, Textil- und Lebensmittelproduktion für den Export für einen Jahreslohn von durchschnittlich 200 DM ausgebeutet, 200 000 Mozambiquer verkauften die Portugiesen jährlich als Zwangsarbeiter an die Goldminen-Kapitalisten in Südafrika. Den portugiesischen Kolonialisten und den imperialistischen Konzernen ging es um den Profit. Sie hatten kein Erziehungswesen und keinen Gesundheitsdienst aufgebaut. 85% der 9 Millionen Mozambiquer konnten weder lesen noch schreiben. In der Provinz Sambesi kamen z.B. auf 1,8 Millionen Menschen drei Ärzte.

Da 90 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande leben und hier 75 Prozent des Bruttosozialprodukts produziert wurden, kommt beim Aufbau einer selbständigen Wirtschaft im Kampf gegen den Imperialismus der Entwicklung der Landwirtschaft vorrangige Bedeutung zu. Die Verfassung der revolutionären Volksmacht legt fest:

„Die Volksrepublik Mozambique betrachtet die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als führenden und entscheidenden Faktor der Wirtschaft. Ihre Wirtschaftspolitik hat das Ziel, die Unterentwicklung abzuschaffen und Bedingungen zu schaffen, um den Lebensstandard des arbeitenden Volkes zu heben. Um dies zu erreichen, stützt sich der Staat grundsätzlich auf die schöpferische Kraft des Volkes und auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes."

In den Fabriken wurden Arbeiterkomitees gebildet, die unter Führung der FRELIMO die Produktion anpakken und leiten. Auf dem Lande werden die Bauern aufgerufen, sich in „Gemeinschaftsdörfern" zu organisieren. Samora Machel, der Präsident Mozambiques, erklärte dazu:

„... wenn die ausgebeuteten Bauernmassen sich organisieren, zusammen in den Gemeinschaftsdörfern leben und arbeiten, können sie ihre Anstrengungen koordinieren und vereinen und eine solide Grundlage schaffen für ihre politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung – kurz für eine umfassende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen". Das ganze Land ist auf dem Weg von einer rückständigen Brandrodungslandwirtschaft mit Grabstock zum Anbau von Großkulturen mit Pflügen und Traktoren. Die Bauern bebauen kollektiv die Felder. Was das für den einzelnen Bauern konkret bedeutet, drückte ein älterer Bauer aus in der Provinz Sambesi:

„Das Gemeinschaftsdorf, das wir bauen, ist ein Dorf, wo wir zusammenleben und ein eigenes Krankenhaus, eine Schule, ein Badehaus, eine Entbindungsstation, eine kleine Kinderkrippe und Volksläden, einen Wasserturm und eine große Versammlungshalle haben".

Ein Jahr nach der Unabhängigkeit stellt Samora Machel fest: „Die Praxis hat gezeigt, daß wir unsere Probleme ohne moderne Technologie, ohne große Geldmittel meistern können – mit unseren eigenen Kräften und durch eigene Organisierung. Das bedeutet, hauptsächlich auf uns selbst vertrauen. Die Erfahrungen der Organisierung unseres Lebens in den befreiten Gebieten war erfolgreich, weil wir der Politik den Vorrang gaben. Konkret war die Verstaatlichung auch möglich wegen der täglichen Erfahrungen der Massen in den befreiten Gebieten."

Das Volk von Mozambique steht fest an der Seite der kämpfenden Völker des südlichen Afrika. „Indem wir den Kampf in Zimbabwe unterstützen, verteidigen wir Mozambique. Indem wir den Kampf unserer Brüder in Zimbabwe unterstützen und zu seiner Entwicklung beitragen, halten wir den Feind von unseren Grenzen fern, festigen so unsere Unabhängigkeit und schaffen Bedingungen, die der Sicherung des Friedens dienen können." (Samora Machel, 3. März 1976) – (hl)

VDS-„BAFöG"-Aktion:

Die Studentenbewegung läßt sich nicht in den Postsack stecken und in Bonn überreichen

Es ist noch kein Jahr her, da galt unter den verschiedenen Richtungen, die mit der Rückgewinnung der Studentenmassen für die bürgerliche Ideologie befaßt sind, als unumstreitbarer taktischer Lehrsatz, daß Kämpfe der Studenten nichts auszurichten vermöchten. Grundlage dieser Theorie von der Machtlosigkeit der Studentenbewegung bildete die Ideologie, die Gewährung einer Studienmöglichkeit durch die Bourgeoisie beruhe nicht auf Interessen der Bourgeoisie, sondern sei ein Zugeständnis, das die Bourgeoisie nach eigenem Ermessen auszuweiten oder einzuschränken vermöge.

Wer schon damals anderer Meinung war, und von der Ansicht ausging, die Kämpfe der Studenten wären wirkungsvolle Mittel gegen die Unterdrückung an der Hochschule, der wurde als Aktionist, Illusionenmacher usw. „entlarvt".

Ob die Studentenmassen Empfänger von Gnadenakten und mithin wehrlos sind oder nicht, diese Frage ist inzwischen nicht nur theoretisch entschieden, sondern vor allem durch die Praxis.

Wenn bürgerliche Politiker von Massen reden, so meinen sie stets „viele auf einem Haufen". Dementsprechend werden Massenbewegungen von bürgerlichen Politikern meist ziemlich spät erkannt, ganz abgesehen davon, daß bürgerliche Politiker Massenbewegungen gern totschweigen.

Was vor ein, ja schon vor zwei Jahren erst erkennbar war, ist heute eine Tatsache des gewöhnlichen Hochschulbetriebes. An vielen Instituten und Seminaren ist es inzwischen gang und gäbe, Anwesenheitslisten zu beschlagnahmen und zu vernichten, Prüfungsboykotte sind an der Tagesordnung. Nicht selten gibt es gleich zu Beginn der Seminare heftigen Kampf um die Festsetzung des Lehrstoffs, dessen Eingrenzung ja eine unabdingbare Voraussetzung im Kampf gegen Prüfungswillkür bildet. J e d e Erscheinung des Universitätsbetriebes ist mittlerweile Gegenstand von Kämpfen zwischen den Studenten und den Aufsichtsbeamten des imperialistischen Hochschulapparates geworden. Natürlich nicht überall dauernd und nicht überall gleichzeitig. Die Massenbewegung der Studenten ist aber nicht mehr wegzuleugnen, und in der vielfältig zersplitterten Erscheinung dieser Massenbewegung zeichnet sich ab, diese Bewegung ist kraftvoll und versteht, sich durchzusetzen.

Der imperialistische Staatsapparat, dies kann nur ein Bourgeois verschweigen oder vertuschen wollen, versucht gegen diese Kämpfe hart durchzugreifen. Relegationen sind heute ein breit angewendetes Zuchtmittel gegen die Studenten geworden.

Offene, mit Disziplinarmitteln durchgesetzte Unterdrückung der Wahrheit greift in den Seminaren um sich, und in den Prüfungen wird die politische Linie des Prüflings immer offener der eigentliche Gegenstand der Untersuchung und Angelpunkt der Benotung. Die Lage ist durch Verschärfung a l l e r Widersprüche an der Hochschule wie durch offene Kämpfe gekennzeichnet.

Für die Politiker der A b s t u m p f u n g , der

Für die Politiker der A b s t u m p f u n g , der V e r k l e i s t e r u n g der Gegensätze zwischen Staatsapparat und Studentenbewegung wirft das allerhand Probleme auf. Die Linie, „sich mit fortschrittlichen ‚Profs' und ‚Assis' verbinden, milde Herren suchen", wird durch die praktischen Erfahrungen der Bewegung widerlegt. Noch im Sommer dieses Jahres rechneten die Politiker der Abstumpfung auf eine wahre Verankerung dieser Linie in der Massenbewegung. Als die KHG Westberlin diesem Betrügerkurs eine laut schallende Ohrfeige versetzte, indem sie sich nicht bereitfand, den „Fortschrittler" Lämmert zum FU-Präsidenten zu wählen, wurde angenommen, dies biete die Gelegenheit, der KHG den „Todesstoß" zu versetzen. Für so töricht hielt man die Studenten. Tatsächlich, während viele KHGs in anderen Städten Mitgliederverluste erlitten, konnte die KHG Westberlin Mitglieder gewinnen. Und wer wagt es heut schon noch, von den Vorzüglichkeiten Lämmerts für die Studentenbewegung zu reden?

Jahrelang erprobte Methoden zur Unterminierung der Kampfkraft der Studentenbewegung haben sich abgeschabt und interessieren nicht mehr, weil sie an den praktischen Erfahrungen der Bewegung vorbeigehen.

Die verschiedenen bürgerlichen Politiker, die sich mit der Rückgewinnung der Studenten für die bürgerliche Ideologie befassen, müssen sich etwas Neues einfallen lassen. Dieses Neue besteht in der Taktik der Ablenkung vom Wesentlichen.

Schon vor Monaten konnte man ausrechnen, daß die Studentenbewegung unvermeidlich im Kampf gegen das BAFöG ihre Kraft sammeln und dieses widerwärtige Machwerk beseitigen müsse. Eine M a s s e n b e w e g u n g k a n n sich nicht damit abfinden, daß die Existenzbedingung eines großen Teils ihrer Glieder unterminiert wird, währenddessen sie sich mit etwas anderem beschäftigt. Der Weiterbestand des BAFöG in seiner jetzigen Form hätte indessen genau diese Folge, denn man sagt nicht einfach bloß, „es reicht nicht", sondern es r e i c h t t a t s ä c h l i c h n i c h t .

Mit dem sicheren Instinkt, der Massenbewegungen auszeichnet, wurde von den kämpfenden Studenten dem Rechnung getragen. Die Absicht der im VDS-Vorstand ebenso zusammengeschlossenen wie verstrittenen Jusos, DKP-Studenten und „sozialistischen Basisgruppen", dieses Wintersemester ohne Erörterung des notwendigen Kampfes gegen das BAFöG über die Runden zu kommen und somit ein wichtiges halbes Jahr Verzögerung im Aufbau einer Kampffront gegen das BAFöG zu gewinnen, ist bereits jetzt, wenige Wochen nach Semesterbeginn, gescheitert.

Wir zitieren aus dem Rundschreiben Nr. 4, „betrifft BAFöG Postkartenaktion":

„Deshalb hat der Vorstand der VDS und der VDS-Zentralrat beschlossen, den Kampf gegen die sozialen Verschlechterungen, insbesondere den Kampf um die von der Bundesregierung auf frühestens April 77 verschobene BAFöG-Erhöhung, zum zweiten Hauptaktionsschwerpunkt im WS neben dem Kampf gegen HRG und LHG's zu machen. Dabei soll dieser Aktionsschwerpunkt gleichberechtigt in die VDS-Aktionstage Ende November/Anfang Dezember eingehen."

Die Begriffsbildung „zweiter Hauptaktionsschwerpunkt, der als Aktionsschwerpunkt gleichberechtigt in die VDS-Aktionstage eingehen soll" bezeugt eindrucksvoll die Schwierigkeiten, die bürgerlichen Politikern gesetzt sind, wenn sie dem einfachen Interesse der Studentenmassen am Kampf gegen das BAFöG irgendwie entwischen wollen. Die Bemühung, den notwendigen Kampf gegen das BAFöG irgendwie zum „Eingehen" zu bringen, schimmert zwischen den Zeilen durch. Warum wird sonst verschwommen vom nächsten „April" dahergeredet?

Erklärten die Vertreter der Vereinigten Deutschen Studentenschaften VDS die BAFöG-Sätze für unannehmbar, so müßten sie aufrufen, zu streiken, das heißt durch Aktion unmißverständlich klarzustellen, daß die Studentenmassen unter diesen Bedingungen n i c h t bereit sind, zu studieren.

Das Gerede vom nächsten April läuft darauf hinaus, die BAFöG-Bedingungen, die ja seit Beginn des Semesters g e l t e n , faktisch anzuerkennen. Das zusammengestrichene BAFöG ist damit als Ausgangsbasis für spätere „Erleichterungen" durch die Regierung a n e r k a n n t .

Weil diese Taktik den Interessen der Studenten ins Gesicht schlägt, ist eine ablenkungstherapeutische Maßnahmen erforderlich und wurde im VDS-Vorstand auch ersonnen. Die B A - F ö G - P o s t k a r t e n aktion.

„Neben den örtlichen Kämpfen gegen soziale Verschlechterungen müssen aber sofort Initiativen begonnen werden, um die zentrale BAFöG-Bewegung ‚ins Rollen' zu bringen. Dazu haben VDS-Vorstand und Zentralrat eine **bundesweite BAFöG-Postkartenaktion** beschlossen, die noch in der nächsten Woche beginnen soll."

Es soll also eine Bewegung ohne klare Ziele irgendwie „ins Rollen" gebracht werden? Mit welchen Methoden?

„Neben extra Info-Tischen zur Postkartenaktion wird es meist am sinnvollsten sein, die Studenten dort mit der Aktion zu konfrontieren, wo sie am unmittelbarsten mit ihrer sozialen Lage beschäftigt sind, also z. B. in Wohnheimversammlungen, in den BAFöG-Ämtern, in schon laufenden Sozialaktionen etc. etc."

Ämtern, in schon laufenden Sozialaktionen etc. etc."

Verhöhnung aller ist es, wenn man einen Studenten, der vom BAFöG-Amt soeben ein Hungerschicksal angeordnet erhält, auffordert, eine Beschwerdepostkarte an ebendie Regierung zu schreiben, die dies absichtsvoll veranlaßt hat. Diese Verhöhnung wird schon zu „Konfrontationen" führen. Für den Fall, daß sich nicht verhindern läßt, daß die Studenten dort, wo sie am stärksten sind, nämlich durch den S t u d i e n b e t r i e b o b j e k t i v organisiert auf den notwendigen Kampf gegen das BAFöG zu sprechen kommen.

„Es wird aber sicherlich auch gut möglich sein, Resolutionen in Seminaren und auf Vollversammlungen zu der Aktion zu verabschieden . . . "

Welche Stoßrichtung sollen diese Resolutionen haben, auf welche Aktionen sollen sie abzielen?

„ . . . wo im Anschluß kollektiv die Postkarten ausgefüllt und abgeschickt werden."

Kollektives Ausfüllen von Postkarten. Daß es sich um ein Abfangmanöver handelt, ist ersichtlich. Daß die Studenten diesen Unfug nicht auch noch durch Briefmarkenkauf unterstützen werden, auch. Daher:

„Wir werden versuchen, regelmäßig einen Überblick zu geben, wieviele Postkarten schon bei uns eingegangen sind. (Alle Postkarten werden ja an die VDS geschickt.)"

Hier sucht der VDS-Vorstand nach einer Ausrede. Denn es werden n i c h t viele Postkarten kommen. Der VDS-Vorstand wird sogleich von der „relativen Schwäche der ‚zentralen BAFöG-Bewegung'" daherreden. Der Gipfelpunkt der „zentralen Postkartenaktion" wird sowieso der folgende sein:

„Zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt werden wir dann als Abschluß der Aktion alle Postkarten in einer möglichst spektakulären Aktion an Schmidt oder Rohde übergeben."

So schwebt es diesen bürgerlichen Gestalten vor. Die Referenten der VDS-Vorstandsmitglieder werden mit einem Behälter voller Postkarten vor das Bundeskanzleramt treten, die Ministerialbeamten werden sich die Bäuche vor Lachen halten und die Reißwölfe anwerfen, und dann werden diese Postkarten „übergeben". Vielleicht läßt sich Rohde eine Postkarte einrahmen mit der Inschrift „Solange solche Leute am Ruder sind, muß ich mich nicht sorgen"!

Andreas Möhlich heißt das neue Talent in den VDS, das diese Taktik ersonnen hat, man muß sich den Namen merken, wo jetzt der Juso Hartung zwecks Betreibens der Parteikarriere aus den VDS ausgeschieden ist.

Der Kern des Manövers ist: den Eindruck erwecken, daß etwas geschähe, durch Verschiebung des Zeitpunktes jedoch den Widerspruch entschärfen und dämpfen, sowie die Kraft der Bewegung durch eine lächerliche Aktionsform zersplittern. Weil dieses Manöver so elend durchsichtig ist, hat der VDS-Referent Möhlich auch gar keine Hoffnung, daß damit ein Durchkommen sei. Vielmehr stellt er im gleichen Rundbrief etliche unwahre Behauptungen über die von den Kommunistischen Hochschulgruppen und Studentenbünden propagierte Forderung auf. Zum Beispiel:

„Wenn man berücksichtigt, daß den Studenten z. Z. Kürzungsbescheide von bis zu 250,– ins Haus flattern, spricht die KBW-100,– Forderung der sozialen Lage der Studenten geradezu Hohn: Die Kürzung würde für solche Studenten ‚nur noch' 150,– betragen.

Klar ist, daß solchen Kürzungen, die aus den gewachsenen Nominaleinkommen der Eltern resultieren (ist gleich Erhöhung der nicht anrechnungsfreien Beiträge, die vom Höchstsatz abgezogen werden), neben der Erhöhung des BAFöG Höchstsatzes nur eine deutliche Erhöhung der Elternfreibeträge beikommen kann. Die wird auch vom KBW gefordert (mit unterschiedlichen Zahlen). Diese Forderung nach Erhöhung der Elternfreibeträge führt aber die KBW-Forderung nach 100,– mehr BAFöG für alle BAFöG-Empfänger völlig ad absurdum, denn eine Erhöhung der Elternfreibeträge auf 1 200,– würde Verbesserungen um deutlich mehr als 100,– bewirken, die dann wieder durch die 100,– Begrenzung ‚abgemildert' würden."

Die von den Kommunistischen Hochschulgruppen und Studentenbünden aufgestellte und vom KBW in der Tat unterstützte Forderung lautet: 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher. Elternfreibetrag 1 500 DM, rückwirkend ab 1. Oktober.

Mag sein, daß sich der VDS-Referent Möhlich nicht vorstellen kann, daß man eine Forderung aufstellt, die n i c h t dazu führt, daß unter Berufung auf die Interessen der Jugendlichen der bürgerliche Staat ihre Eltern auf Finanzierung des Studiums in gesteigertem Umfang v e r k l a g e n kann, denn das bedeutet j e d e Forderung auf Erhöhung des Höchstförderungsbetrages. Wir verlangen allerdings, daß alle Jugendlichen, deren Eltern unterhalb der Grenze von 1 500 DM Einkommen haben, in den Kreis der Empfangsberechtigten aufgenommen werden. Auf die so zustandkommenden „Fördersätze" verlangen wir einen Zuschlag von 100 DM für alle gleich. Diesen Zuschlag verlangen wir a u s s c h l i e ß l i c h vom Staat. Außerdem verlangen wir das g a n z e rückwirkend ab 1. Oktober. Weil wir nicht einsehen können, warum die Studenten den gegenwärtigen Hungersatz anerkennen sollen. Dazu fehlt es uns an Liebe und Vertrauen zur Regierung, dem VDS-Vorstand fehlt es daran nicht,

gierung, dem VDS-Vorstand fehlt es daran nicht,

aber das ist eine andere Sache.

Nach unserer Übersicht sind die ziemlich verzweifelten Bemühungen der VDS-Strategen, die von ihnen bisher mit Mühe aufrechterhaltene Forderung von 600 DM Höchstförderungsbetrag bei Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1 200 DM, so ziemlich zum Scheitern verurteilt. An den Universitäten verlassen die Jusos wie auch die Sozialistischen Basisgruppen diesen Kurs. Diese Forderung wird mangels Eignung fallen. Sie wird fallen, weil sie nur tauglich ist, den Kampf gegen das BAFöG zu hindern, und nicht geeignet ist, ihn zu fördern – also weil und insofern dieser Kampf objektiv notwendig ist.

Daß der Kampf gegen das BAFöG unvermeidlich ist, das riecht auch schon die Bourgeoispresse. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" widmet dem Thema in ihrer letzten Samstagsausgabe eine volle Seite.

„Studenten, die an der staatlichen Studienförderung hängen, sind inzwischen dorthin abgerutscht, wo in Hochzeiten des Aufbegehrens die vielbeklagten Randgruppen zurechtkommen mußten. Nach Berechnungen von Fachleuten liegt der Höchstbetrag aus der ‚BAFöG'-Unterstützung noch um hundert Mark unter dem, wa ein junger Mensch notwendig zum Leben und Lernen braucht."

Sybille Krause-Burger, die den langen Aufsatz für die „FAZ" verfaßt hat, entwirft gegen diesen unvermeidlichen Kampf eine Propagandalinie. Sie will die Kampfkraft der Studenten moralisch untergraben, indem sie ihnen „Egoismus" vorwirft:

„An die Stelle des Kampfes für mehr Einkommens- und Bildungschancen der Arbeiter und kleinen Angestellten sind der egoistische Widerstand gegen die Zahlung von Ersatzgeldern und das Streiten für eine Erhöhung der BAFöG-Sätze getreten."

In der Tat, an die Stelle bürgerlich-schwülstiger Beteuerungen, es käme aufs eigene Interesse nicht an und man sei um die Armen und Benachteiligten dieser Gesellschaft besorgt, tritt unter den Studentenmassen das schlichte Bewußtsein der schlichten Tatsachen. Die Bourgeoisie b e n ö t i g t hochschulmäßig ausgebildete Arbeitskräfte. Sie s c h ö p f t diese Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeiter und „kleinen Angestellten", woher denn sonst. Die Bourgeoisie beansprucht während der Zeit der Hochschulausbildung diese Arbeitskräfte bereits für ihre Zwecke. Also muß die Bourgeoisie diese Arbeitskräfte bezahlen. Egoismus? Ich-Sucht? Na freilich, bloß diese Sache hat Methode, es handelt sich um S e l b s t b e w u ß t s e i n , das jeder Ausgebeutete und Unterdrückte haben kann, der wohl bemerkt, daß die Massen ohne die Bourgeoisie auskommen können, niemals aber die Bourgeoisie ohne die Massen. Der bürgerlichen Analytikerin schwant auch, wohin das ganze führen wird. Die Zeiten, in denen die Bourgeoisie ein Bundesausbildungsförderungsgesetz beschließen konnte, das die Angehörigen der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen zwangsweise verpflichtet, die Ausbildung ihres Nachwuchses für Zwecke der Bourgeoisie auch noch aus dem schmalen Lohnsalair zu bezahlen, sind um:

„Es ist bei Leibe keine revolutionäre, sondern eine gewerkschaftsähnliche Bewegung, die da voranzukommen versucht. Der Friede mit den überlieferten Einrichtungen ist längst geschlossen, jetzt sollen sie dazu herhalten, den Studenten zu geben, worüber die Arbeitnehmer, für die man einmal hochherzig ins Feld gezogen ist, längst verfügen: eine Art Tariffähigkeit. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)

als Widerpart der Bundesregierung in der Auseinandersetzung um mehr Geld für die Ausbildungsförderung: das soll, wie sich Eingeweihte zuflüstern, am Ende aller Demonstrationen, Boykottversammlungen und Teach-Ins herauskommen."

Es ist dies das erste Mal, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" dem Kommunistischen Bund Westdeutschland mangelnde revolutionäre Absicht vorwirft. Wenn der „Friede" die Sorge der Bourgeoisie mit der Studentenbewegung ist, warum widmet sie ihr dann eine ganze Seite der „FAZ"? Die Bourgeoisie hat erkannt, daß sich die Studentenbewegung auf einen entscheidenden Schlag konzentriert. – (mf)

Wechselseitige Abschreibbewegung

Das eine, kleinere Nachrichtenmagazin aus Hamburg berichtet seit einigen Jahren mehrere Seiten pro Ausgabe über den KBW. Das andere, größere Hamburger Nachrichtenmagazin letzte Woche erstmalig ein oder zwei Seiten.

Wem es zu wenig Kurzweil bringt, die auf viele Seiten breitgewalzten Ergebnisse der Schlüssellochguckerei des „Arbeiterkampf" im „Arbeiterkampf" zu lesen, der greife zum „Spiegel".

Das journalistische Nachwuchstalent, dem ein irregeleiteter Redakteur die Aufgabe anvertraut hat, einen Bericht über den KBW abzufassen, hat einfach eine kurze Abschreibung der „Recherchen" der Zeitschrift „Arbeiterkampf" abgeliefert. Diese wurde noch mit einigen Bruchstücken aus dem veröffentlichten Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufgepfeffert.

Wenn der Mann dafür länger als zwei und eine halbe Stunde gebraucht hat, so hat er seinen Beruf verfehlt.

Wird sich das kleine Hamburger Nachrichtenmagazin über den Nießbrauch seiner Mühen durch das große beschweren?

Wir glauben nicht. Wer es nämlich leid ist, die Ergebnisse der Schlüssellochguckerei, die der „Spiegel" hinsichtlich China im „Spiegel" betreibt, im „Spiegel" ausgewalzt zu studieren, der kann sich über den jeweiligen Stand der Augsteinschen Gedankengänge ganz gut aus dem „Arbeiterkampf" unterrichten. Die Sache beruht auf Gegenseitigkeit.

Natürlich wird sie jeweils etwas unterschiedlich eingepackt. Das muß sein, denn die „Zielgruppe" des „Spiegel" schließt zwar die Anhänger des „Arbeiterkampf" ein, aber nicht umgekehrt. Das führt unvermeidlich zu Unterschieden.

Immerhin, seitdem nicht nur der „Arbeiterkampf" aus dem „Spiegel" abschreibt, sondern auch umgekehrt, hat man eine genauere Vorstellung von der Schlamperei, die in beiden Redaktionen herrschen muß.

Schlüssellochguckerei gewährt halt keine Übersicht, und bombastische Verpackung kann den Mangel an Untersuchung nicht verbergen. Das blühende Talent, das den „Spiegel"-Bericht über den KBW abgefaßt hat, wird dies im weiteren Berufsleben ebenso bitter vermerken müssen, wie die Zeitschrift „Arbeiterkampf" als ganze. Nur in einem frühen Stadium der Klassenkampfentwicklung glaubt die Bourgeoisie es sich leisten zu können, Idioten auf die Kommunisten anzusetzen.

John Reed: 10 Tage, die die Welt erschütterten Die Große Oktoberrevolution 1917*

Alle Macht den Räten – die Losung des bewaffneten Aufstandes

Der bewaffnete Aufstand

Lenin sprach: „Der 6. November ist zu zeitig. Wir benötigen für die Erhebung eine gesamtrussische Basis, und am 6. November werden noch nicht alle Delegierten auf dem Kongreß erschienen sein. Der 8. November wäre dagegen zu spät. Bis dahin wird sich der Kongreß konstituiert haben, und für eine umfangreiche Körperschaft ist es schwer, schnell und entscheidend zu handeln. Wir müssen am 7. in Aktion treten, wenn der Kongreß zusammentritt, damit wir ihm sagen können:

‚Hier ist die Macht. Was denkt ihr damit zu tun?'"



Sturm auf den Winterpalast. Am Abend des 25. Oktober (7. November russischer Zeitrechnung) gab das revolutionäre Militärkomitee den Befehl zum Sturm auf den Winterpalast. Um 21.40 Uhr gab ein blinder Schuß des Kreuzers „Aurora" das Signal zum Angriff. Offiziersschüler leisteten den heranrückenden Arbeitern, Matrosen und Soldaten Widerstand. Am 26. Oktober (8. November) 2.00 Uhr nachts war der Kampf beendet, der Winterpalast besetzt und die provisorische Regierung verhaftet. Der bewaffnete Aufstand in Petrograd hatte gesiegt.

Während alle Welt erwartete, die Bolschewiki eines Morgens plötzlich auf der Straße erscheinen zu sehen, um jeden niederzuschießen, der einen weißen Kragen umhatte, ging der Aufstand in Wirklichkeit ganz anders, sehr natürlich und in aller Öffentlichkeit vor sich.

Die Provisorische Regierung plante die Entsendung der Petrograder Garnison an die Front.

Derselben Petrograder Garnison von zirka sechzigtausend Mann, die einen so großen Anteil an dem Siege der Revolution gehabt hatte. Die Petrograder Truppen waren es gewesen, die die Kämpfe der Märztage entschieden, die die Sowjets der Soldatendeputierten geschaffen und Kornilow von den Toren der Stadt verjagt hatten.

Jetzt waren sie zum großen Teil Bolschewiki. Als die Provisorische Regierung sich mit dem Gedanken trug, Petrograd preiszugeben, war es die Petrograder Garnison, die erklärte: „Wenn ihr unfähig seid, die Hauptstadt zu verteidigen, so schließt Frieden. Könnt ihr den Frieden nicht schließen, dann tretet zurück und macht einer Volksregierung Platz, die beides vermag."

Es lag auf der Hand, daß das Schicksal jedes Aufstandsversuchs von der Haltung der Petrograder Truppen abhing



Sturm auf den Winterpalast. Am Abend des 25. Oktober (7. November russischer Zeitrechnung) gab das revolutionäre Militärkomitee den Befehl zum Sturm auf den Winterpalast. Um 21.40 Uhr gab ein blinder Schuß des Kreuzers „Aurora" das Signal zum Angriff. Offiziersschüler leisteten den heranrückenden Arbeitern, Matrosen und Soldaten Widerstand. Am 26. Oktober (8. November) 2.00 Uhr nachts war der Kampf beendet, der Winterpalast besetzt und die provisorische Regierung verhaftet. Der bewaffnete Aufstand in Petrograd hatte gesiegt.

Während alle Welt erwartete, die Bolschewiki eines Morgens plötzlich auf der Straße erscheinen zu sehen, um jeden niederzuschießen, der einen weißen Kragen umhatte, ging der Aufstand in Wirklichkeit ganz anders, sehr natürlich und in aller Öffentlichkeit vor sich.

Die Provisorische Regierung plante die Entsendung der Petrograder Garnison an die Front.

Derselben Petrograder Garnison von zirka sechzigtausend Mann, die einen so großen Anteil an dem Siege der Revolution gehabt hatte. Die Petrograder Truppen waren es gewesen, die die Kämpfe der Märztage entschieden, die die Sowjets der Soldatendeputierten geschaffen und Kornilow von den Toren der Stadt verjagt hatten.

Jetzt waren sie zum großen Teil Bolschewiki. Als die Provisorische Regierung sich mit dem Gedanken trug, Petrograd preiszugeben, war es die Petrograder Garnison, die erklärte: „Wenn ihr unfähig seid, die Hauptstadt zu verteidigen, so schließt Frieden. Könnt ihr den Frieden nicht schließen, dann tretet zurück und macht einer Volksregierung Platz, die beides vermag."

Es lag auf der Hand, daß das Schicksal jedes Aufstandsversuchs von der Haltung der Petrograder Truppen abhing

Der große Sowjetkongreß

„Es war genau 8 Uhr 40, als ein Ausbruch jubelnder Begeisterung den Eintritt des Präsidiums, mit Lenin – dem großen Lenin – in seiner Mitte, ankündigte (. . .)

Kamenew gab den Bericht über die Aktionen der Revolutionären Militärkomitees: Abschaffung der Todesstrafe in der Armee, Wiederherstellung der Propagandafreiheit, Freilassung der wegen politischer Vergehen verhaftet gewesenen Offiziere und Soldaten, Erlaß eines Haftbefehls gegen Kerenski, Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte in den privaten Warenhäusern . . . Ungeheurer Beifall.

Noch einmal ein Vertreter vom ‚Bund': ‚Die unnachgiebige Haltung der Bolschewiki wird den Zusammenbruch der Revolution zur Folge haben. Die Delegierten des Bundes sehen sich daher gezwungen, aus dem Kongreß auszuscheiden.' Zurufe aus der Versammlung: ‚Wir meinten, ihr seiet schon gestern gegangen. Wie oft gedenkt ihr uns noch zu verlassen?'

Darauf der Vertreter der Menschewiki-Internationalisten, von erstaunten Zurufen empfangen: ‚Auch ihr noch hier?' Der Redner erklärte, daß nur ein Teil der Menschewiki-Internationalisten den Kongreß verlassen habe, der Rest würde bleiben.

‚Wir erachten die Übernahme der Macht durch die Sowjets für gefährlich, ja sogar für tödlich für die Revolution.' (Lebhafte Zurufe.) ‚Aber wir bleiben im Kongreß, um hier gegen diese Übernahme zu stimmen.'

Andere Redner folgten, offenbar ohne bestimmte Anweisungen, welche Stellung sie einnehmen sollten. Ein Delegierter der Kohlenbergwerke des Donezbeckens forderte von dem Kongreß Maßnahmen gegen Kaledin, der möglicherweise versuchen würde, die Hauptstadt von der Kohle- und Lebensmittelversorgung abzuschneiden. Einige von der Front angekommene Soldaten überbrachten die begeisterten Grüße ihrer Regimenter. Und nun stand Lenin vorn. Als er (...) beginnen konnte, sagte er einfach: ‚Wir werden jetzt mit dem Aufbau der sozialistischen Ordnung beginnen.' Und wieder raste wilder Begeisterungssturm durch den Saal.

‚Das erste ist die Durchführung praktischer Maßregeln zur Verwirklichung des Friedens. Wir werden den Völkern aller kriegführenden Länder den Frieden auf der Grundlage der aller kriegführenden Staaten hier ohne Vorrede verlesen zu können:

‚Aufruf an die Völker und Regierungen aller kriegführenden Länder!

Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 6. und 7. November (24. und 25. Oktober) geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen.

Ein gerechter oder demokratischer Friede, den die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt und den die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste forderten – ein solcher Friede ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Friede ohne Annexionen (das heißt ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.'"

Eine Petrograder Soldatenversammlung entscheidet sich für die Sowjets

„Genossen Soldaten!" begann Krylenko mit vor Müdigkeit heiserer Stimme. „Ich kann leider nur sehr schlecht zu euch sprechen, denn ich habe seit vier Tagen nicht mehr geschlafen.

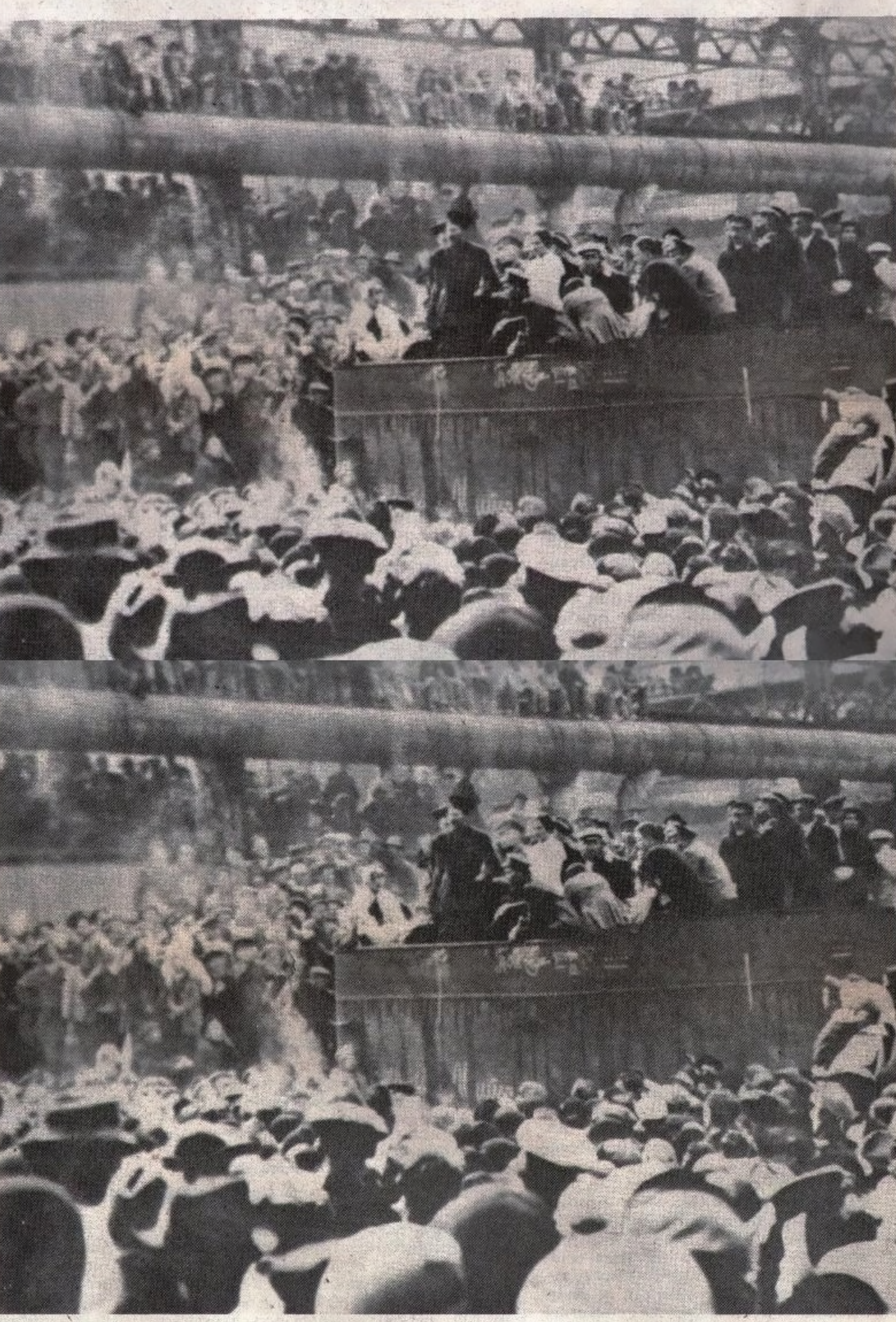
Ich brauche euch nicht erst zu sagen, daß ich ein Soldat bin wie ihr und daß ich den Frieden wünsche. Was ich aber hier sagen muß, ist, daß die bolschewistische Partei, die mit eurer Hilfe und mit Hilfe vieler anderer braver Genossen in der siegreichen Arbeiter- und Soldatenrevolution die Macht der blutdürstigen Bourgeoisie stürzte, das von ihr gegebene Versprechen, ein Friedensangebot an alle kriegführenden Völker zu richten, bereits, und zwar am heutigen Tag, eingelöst hat."(Stürmischer Beifall)

„Man fordert euch hier zur Neutralität auf, während die Offiziersschüler und die Todesbataillone, die niemals neutral sind, uns in den Straßen niederschießen und Kerenski oder irgend einen andern von dieser Bande nach Petrograd zurückbringen wollen. Vom Don aus marschiert Kaledin; Kerenski kommt von der Front, und Kornilow hetzt die Tekinzy auf und will sein Augustabenteuer wiederholen. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die euch hier so ängstlich beschwören, doch um alles in der Welt den Bürgerkrieg zu verhindern, haben sie sich anders an der Macht halten können als vermittels des Bürgerkrieges, der seit dem letzten Jahr nicht aufgehört hat zu wüten und in dem sie immer – genau wie heute – auf der Seite der Bourgeoisie zu finden waren?

Wie kann ich euch überzeugen, wenn ihr euch bereits festgelegt habt? Die Frage ist ganz klar. Auf der einen Seite die Kerenski, Kaledin, Kornilow, die Menschwiki, die Sozialrevolutionäre, die Kadetten, die Duma und die Offiziere. Sie sagen euch natürlich, daß sie das Beste wollen. Auf der anderen Seite stehen die Arbeiter, die Soldaten und Matrosen, die armen Bauern. Die Regierung ist in euren Händen. Ihr seid die Herren. Ganz Rußland gehört euch. Wollt ihr es wieder zurückgeben?"

Chashonow versuchte erneut zu sprechen. Aber „abstimmen, abstimmen!" schallte es ihm entgegen. Er gab schließlich nach und verlas die Resolution, die besagte, daß die Panzereinheit ihren Vertreter aus dem revolutionären Militärkomitee zurückziehen und in dem gegenwärtigen Bürgerkrieg neutral bleiben würde. Wer für die Resolution war, sollte nach rechts, wer dagegen war, nach links treten. Es gab einen Moment des Schwankens. Dann aber begann die Menge in immer schnelleren Tempo, einer über den andern stolpernd, nach links zu fluten. Nicht weit von uns entfernt fanden sich gegen fünfzig Mann zusammen, die für die Resolution gestimmt hatten; das war alles. Während noch die Halle von dem Siegesjubel der anderen widertönte, verließ das Häuflein eiligst das Gebäude – und einige von ihnen auch für immer die Revolution.

Derselbe Kampf spielte sich in allen Kasernen der Stadt ab, in allen Bezirken, an der ganzen Front, in ganz Rußland. Solcher Krylenkos gab es viele; nie zum Schlafen kommend, von Ort zu Ort eilend, die Regimenter überwachend, überredend, drohend, beschwörend. Dasselbe in sämtlichen Ortsorganisationen, jeder einzelnen Gewerkschaft, in den Fabriken, in den Dörfern, auf den Kriegsschiffen der weitverstreuten russischen Flotte. In dem weiten Land Hunderttausende russischer Männer, Arbeiter, Bauern, Soldaten, Matrosen, um die Redner geschart, mit ungeheurem Willensaufwand zu begreifen, zu wählen bemüht, angespannt nachdenkend – und zu guter Letzt so einmütig entscheidend. So war die russische Revolution...



Ein Bolschewik spricht auf einer Versammlung zu den Arbeitern des Brjansker Werkes in Beshiza.

Maßnahmen der Sowjets

Am 2. Dezember erhob sich die Garnison von Mogiljow und bemächtigte sich der Stadt. die Truppen verhafteten Duchonin und das Armeekomitee und zogen mit siegreichen roten Fahnen aus, den neuen Oberbefehlshaber zu begrüßen. Am nächsten Morgen zog Krylenko in Mogiljow ein.

Er fand Duchonin eingesperrt in einem Eisenbahnwagen, den eine wütende Menge umlagerte. Krylenko hielt eine Ansprache, in der er die Soldaten dringend bat, den General ungeschoren zu lassen, da er nach Petrograd überführt und vom Revolutionstribunal abgeurteilt werden sollte. Während er eben endete, erschien plötzlich Duchonin selbst am Fenster, als wollte er eine Rede halten. Aber mit wildem Geheul drangen die Leute in den Wagen, rissen den alten General heraus und schlugen ihn auf der Plattform des Wagens tot. Auf diese Weise endete die Auflehnung des Stabes.

Mächtig gestärkt durch den Zusammenbruch der letzten Feste der feindlichen Militärstreitkräfte in Rußland ging jetzt die Sowjetregierung voller Zuversicht an die Organisierung des Staates. Viele der alten Beamten strömten ihr jetzt zu, und zahlreiche Mitglieder der anderen Parteien traten in den Regierungsdienst. Die aufs Geldverdienen Erpichten wurden allerdings durch das Dekret über die Gehälter der Regierungsangestellten zurückgeschreckt, das die Bezüge der Volkskommissare – die die Höchstbezahlten waren –, auf fünfhundert Rubel (etwa fünfzig Dollar) im Monat festsetzte. Der Streik der Regierungsangestellten brach zusammen, als die Finanz- und Handelskreise die Unterstützung der Streikenden einstellten. Die Bankangestellten kehrten an ihre Arbeit zurück.

Mit dem Dekret über die Nationalisierung der Banken, der Errichtung des Obersten Volkswirtschaftsrates und der Verwirklichung des Landdekretes in den Dörfern, mit der demokratischen Reorganisation der Armee sowie den durchgreifenden Änderungen in allen Zweigen der Regierungstätigkeit und auf allen Gebieten des Lebens, mit all dem – wirksam nur durch den Willen der Arbeiter, Soldaten und Bauern – begann langsam und unter vielen Irrtümern und Hemmungen der Aufbau des proletarischen Rußlands.

Nicht durch Kompromisse mit den besitzenden Klassen oder mit den anderen politischen Führern, nicht durch einfache Übernahme des alten Regierungsapparates eroberten die Bolschewiki die Macht, noch geschah dies mittels der organisierten Gewalt einer kleinen Clique. Wenn die Massen in ganz Rußland nicht zum Aufstand bereit gewesen wären, hätten sie nicht siegen können. Die einzige Erklärung des bolschewistischen Erfolges liegt darin, daß sie die tiefen und einfachen Bestrebungen der unterdrückten Volksmassen in die Tat umsetzten, indem sie sie dazu aufforderten, das Alte niederzureißen und zu zerstören, und daß sie dann gemeinsam mit ihnen inmitten der noch rauchenden Ruinen an der Errichtung einer neuen Ordnung arbeiteten.

* Alle Auszüge aus John Reeds Buch „Zehn Tage, die die Welt erschütterten". John Reed, der Verfasser, war 1920 Delegierter der III. kommunistischen Internationale.